

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Ende dieser Woche ist der vorletzte Extrabeitrag fällig. Versäume niemand seine Pflicht!

Inhalt: Der Hilfskassengesetz-Entwurf. — Sozialdemokratische Parteitag in Essen. — Vollständige Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Auspörrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Christlicher Terrorismus. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschicksal, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Gipsmörtel.

Der Hilfskassengesetz-Entwurf.

II.

Als „kleinere Vereine“ sind nach § 53 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes solche anzusehen, die bestimmungsgemäß einen sachlich-örtlichen oder räumlich des Personenkreises begrenzten Wirkungsbereich haben. Auf Vereine dieser Art finden von den im Abschnitt 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, der von den „Versicherungsvereinen“ auf Gegenständlichkeit, handelt, gegebenen Vorschriften eine ganze Reihe keine Anwendung. Im allgemeinen den Bestimmungen der §§ 21 bis 23 des Bürgerlichen Gesetzbuches unterliegend, genießen sie nach dem § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes gegenüber den „großen“ Vereinen folgende Erleichterungen: sie unterliegen nicht den für letztere Vereine in Betracht kommenden handelsrechtlichen Bestimmungen, in denen u. a. die Eintragung der Firmen und aller Veränderungen in der Zeitung des Vereins und in seinen Satzungen in das Handelsregister zur Pflicht gemacht ist; sie sind nicht gehalten, die Satzungen und die Beschlüsse der Generalversammlungen durch einen Notar beurkunden zu lassen; ihre Bekanntmachungen brauchen nicht im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zu werden.

Anwendung auf die Hilfskassen findet der § 115 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes:

„Der Vorstand einer Versicherungsunternehmung, deren Geschäftsbetrieb sich über das Gebiet eines Bundesstaates hinaus erstreckt, hat den Landeszentralbehörden derjenigen Bundesstaaten, in denen Gebieten sie Geschäftsbetrieb betreiben will, bei der Gründung des Geschäftsbetriebes hiervon Anzeige zu erstatten.“

Die Regierung sagt dazu in ihrer Begründung, es liege nach ihrer Meinung kein ausreichender Anlaß vor, die „kleinen Vereine“ von dieser Verpflichtung zu entbinden; vielmehr erscheine es wünschenswert, daß die Landeszentralbehörden „davon Kenntnis erhalten, welche der Aufsicht des Aufsichtsamtes für Privatversicherung unterliegenden Versicherungsvereine der bezeichneten Art ihren Betrieb auf die einzelnen Staatsgebiete ausdehnen, und daß den Landeszentralbehörden dadurch die Möglichkeit gegeben wird, auch die unterstellten Verwaltungsbehörden von der Gründung des Geschäftsbetriebes solcher Kassen ebenso in Kenntnis zu setzen, wie dies bezüglich der der Landesaufsicht unterliegenden Krankenversicherungsvereine geschehen kann.“

Dahingegen finden nach § 5 Abs. 3 des Entwurfs keine Anwendung § 115 Abs. 2 und 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes; die Hilfskassen sind sonach nicht verpflichtet, in denjenigen Bundesstaaten, auf deren Gebiet sie ihren Betrieb erstrecken, Hauptvertreter zu ernennen. Es kommt hinzu, daß der Entwurf von der Reichstagskommission angenommenen sozialdemokratischen Anträge entsprechende § 6 des Entwurfs:

„Versicherungsvereine der im § 5 bezeichneten Art können für bestimmte Bezirke örtliche Verwaltungsstellen (Abteilungen, Zweigvereine) errichten, deren Verfassung und Befugnisse durch die Satzung des Versicherungsvereins geregelt werden.“

„Die Bescheinigungen der Aufsichtsbehörde über die Zusammenfassung der Verwaltungsorgane dieser Versicherungsvereine und ihrer örtlichen Verwaltungsstellen sind gebühren- und stempelfrei.“

Das ist gegenüber der jetzigen durch § 19 a des Hilfskassengesetzes geregelten Kompetenz der Hilfskassen eine erhebliche Verbesserung, die Beseitigung einer von diesen Kassen oft schwer empfundenen Beschränkung. Jetzt schreibt das Gesetz die Befugnisse vor, die der örtlichen Verwaltungsstelle der Kasse erteilt werden können: Entgegennahme von Beitritts- und Austrittserklärungen; Erhebung der Kassenbeiträge; Auszahlung der Unterstützung; Verwahrung und Anlage der eingegangenen Gelder. Der § 6 des Entwurfs gibt den Kassen die Freiheit, Verfassung und Befugnisse der örtlichen Verwaltungsstellen selbständig im Statut zu regeln.

Der § 7 des Entwurfs bestimmt, daß Versicherungsvereine der im § 5 bezeichneten Art über ein stimmendes Beschlüsse der Generalversammlungen der beteiligten Unternehmungen und auf Grund einer besonderen Satzung sich zu einem Verbande vereinigen können. Diese Bestimmungen sind wörtlich dem § 46 des Krankenversicherungsgesetzes entnommen.

Der hauptsächlich streitige Punkt ist das Aufsichtsrecht. Man hat gesagt, dieses Recht bedrohe die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Hilfskassen; diese Kassen würden damit der „unbedingten Vorherrschaft der Behörde unterstellt; eine besondere Gefahr für die Kassen liege in der Bestimmung, daß die Anerkennung zum Geschäftsbetriebe zu verlangen ist, „wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfindet“. Man hat die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Bestimmung der Behörde eine Handhabe bieten könnte, Kassen deshalb nicht zuzulassen oder zu unterdrücken, weil sie von Sozialdemokraten verwaltet werden.

Wir erachten diese Befürchtung für völlig unbegründet. Sollte die Aufsichtsbehörde die Gesetzesbestimmung mißbräuchlich anwenden, nun, so werden die Arbeiter imstande sein, sich der Ungerechtigkeit zu erwehren. Das Bekenntnis zu einer politischen Ueberzeugung hat gar nichts damit zu tun, was der Gesetzgeber unter Verstoß gegen die guten Sitten versteht.

Das Prinzip der Selbstverwaltung wird dadurch nicht verletzt, daß die Behörde darüber zu wachen hat, daß die Kassennmitglieder nicht überörtlich, nicht beschwindelt werden, daß Gewähr für die Erfüllung ihrer Ansprüche vorhanden ist. Auf der gesetzlichen Grundlage der Sicherung der Versicherungen gegen Verlegung ihrer Interessen haben die Versicherten diese Interessen selbst wahrzunehmen. Die Selbstverwaltung bleibt also unangefastet.

Wie schon erwähnt, hat sich die Sozialdemokratie stets bekannt zu dem Grundsatz, daß die Interessen der Versicherten sicher zu stellen sind. Unter demselben Gesichtspunkte ist die nach § 64 des Versicherungsaufsichtsgesetzes zu gestehende Unterstellung des ganzen Geschäftsbetriebes der Versicherungsunternehmungen, also auch der Hilfskassen, unter die Ueberwachung der Aufsichtsbehörde zu beurteilen. Die Ueberwachung an sich ist ja übrigens für die Hilfskassen gar nichts Neues. Wie sie nach dem

geltenden Hilfskassengesetz bestimmten Vorschriften, betreffend den Inhalt ihres Statuts, unterworfen sind, und wie ihre Zulassung davon abhängig ist, daß ihr Statut den Anforderungen des Gesetzes genügt — so sind sie auch einer Ueberwachung durch die Aufsichtsbehörde unterworfen; sie sind dieser Behörde zu Einwendungen von Uebersichten über die Mitglieder, über die Krankheits- und Sterbefälle, über die vereinnahmten Beiträge und die geleisteten Unterstützungen, sowie zur Einwendung eines Rechnungsabchlusses verpflichtet.

Der wesentliche, aber nach unserer Ueberzeugung die Hilfskassen nicht benachteiligende Unterschied ist, wie wir festgestellt haben: die Ueberwachung resp. Prüfung durch das Aufsichtsamt beschränkt sich nicht auf die Innehaltung der statutarischen Bestimmungen und die Beachtung der normativen Bestimmungen des Gesetzes — der Entwurf bezieht sie aus auf die Leistungsfähigkeit der Kassen zwecks Sicherung der Ansprüche der Versicherten, insbesondere den Ansprüche, die erst später eintreten. In Anbetracht des Umstandes, daß die Kasse später leisten muß, als der Versicherte, der regelmäßig seinen Beitrag zahlt, ist es unter rechtlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten geradezu Pflicht des Gesetzgebers, durch entsprechende Aufsicht sichere Gewähr dafür zu schaffen, daß die Kasse auch nach Jahren noch ihre Verbindlichkeiten gegen die Versicherten zu erfüllen vermag; daß Leistungen und Beiträge, Ausgaben und Einnahmen in richtigem Verhältnisse stehen; daß Reserfonds in entsprechendem Umfange angesammelt werden usw. Dagegen läßt sich grundsätzlich und sachlich nicht das geringste einwenden; es sich dagegen von Seiten der Hilfskassen und der Sozialdemokratie noch niemals Einwände erhoben worden.

Betrachten wir nun, was für die Zweckerfüllungen der freien Hilfskassen nach dem Entwurf in Betracht kommt. Der § 4 des Entwurfs setzt die Bedingungen fest, unter denen die Mitglieder der als „kleinere Vereine“ anzuerkennenden Hilfskassen von der Verpflichtung, der Gemeinderankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, befreit sind. Die Satzungen dieser Vereine müssen zunächst dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, der Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen von der Zwangsversicherungspflicht befreit, wenn diese Kassen „allen ihren versicherungspflichtigen Mitgliedern, oder doch derjenigen Mitgliedsklasse, zu welcher der Versicherungspflichtige gehört, im Krankheitsfalle mindestens diejenigen Leistungen gewährt, welche nach Maßgabe der §§ 8 und 7 von der Gemeinde, in deren Bezirk der Versicherungspflichtige beschäftigt ist, zu gewähren sind.“

Die weiteren Anforderungen, die der § 4 des Entwurfs an die Versicherungsvereine zwecks Befreiung ihrer Mitglieder von der Zwangsversicherung stellt, entsprechen teils geltendem Gesetz, teils sind sie neu. Ziffer 1 lautet:

„Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung des Versicherungsvereins durch die Satzung vorgesehen ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Contributions- oder Unterstützungen, welche mit dem Zwecke des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.“

Es ist dies die wörtliche Wiedergabe des § 8 Abs. 2 des Hilfskassengesetzes. Ziffer 2 handelt von den Unterstützungen, die von den Ver-

sicherungsvereinen ihren Mitgliedern gewährt werden dürfen. Die zulässigen Leistungen der Gutsalassen (§ 12 des Gutsalassengesetzes) sind gegenüber denen, zu welchen nach § 21 des Krankenversicherungsgesetzes die Drastassen befugt sind, nicht unerheblich beschränkt — ein Umstand, über den Gutsalassen oft als über eine ihnen nachteilige Konkurrenz geklagt haben. Ziffer 2 gewährt den Versicherungsvereinen eine bedeutende Erweiterung ihrer diesbezüglichen Befugnisse, und zwar über die Vorschläge der mehrerwähnten Reichstagskommission hinaus. Jetzt können die Gutsalassen folgendes leisten:

— Als Krankenunterstützung den Mitgliedern Krankengeld, ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel, Verpflegung in einem Krankenhause, sowie die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbleibenden körperlichen Mängel. Auch kann die Krankenunterstützung an Wöchnerinnen gewährt und die Gewährung ärztlicher Behandlung auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Den Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder kann ferner eine Beihilfe gewährt werden, welche das Bedürfnis der wöchentlichen Unterstützung, auf die das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet.

Fortan sollen die Versicherungsvereine außerdem leisten dürfen: freie ärztliche Behandlung in Schwangerschaftsbeschwerden; Unterstützung wegen einer durch Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit; die Leistung der erforderlichen Hebammendienste und eine Wöchnerinnenunterstützung. Ferner: auf die Angehörigen der Mitglieder soll sich nicht nur die Gewährung freier ärztlicher Behandlung, sondern auch die Gewährung freier Arznei und sonstiger Heilmittel erstrecken dürfen; auch kann ihnen im Falle der Verpflegung des Mitgliedes in einem Krankenhause eine über das Maß des § 7 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes hinausgehende Familienunterstützung gewährt werden — sie sollen also mehr erhalten dürfen, als die Hälfte des im § 8 letzteren Gesetzes als Krankengeld festgesetzten Betrages. Endlich darf auch den Ehefrauen der Mitglieder, also Personen, die nicht selbst Mitglieder resp. versicherungspflichtig sind, freie ärztliche Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, Unterstützung bei durch Schwangerschaft verursachter Erwerbsunfähigkeit, die Leistung der erforderlichen Hebammendienste und eine Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden.

Das sind ohne Zweifel erhebliche Verbesserungen, um welche die freien Gutsalassen Jahre hindurch gekämpft haben. Die Unterstützungsbezüge werden im wesentlichen nicht nur denen der Zwangsorganisationen der Krankenversicherung gleichgestellt, sondern sie gehen in einigen Punkten sogar darüber hinaus. Der Regierung erscheint das nach ihrer ausdrücklichen Erklärung, „um so unbedenklicher, als in Zukunft die Leistungsfähigkeit der Kassen von Amts wegen zu prüfen sein wird“.

Ueberrassend aus dem Bestehenden Gutsalassengesetz (§ 13) und nicht neu ist die Bestimmung unter § 4 Abs. 3 des Entwurfs, daß zu anderen Zwecken als den bezeichneten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen des Versicherungsvereins erfolgen dürfen.

Neu ist Abs. 4 des § 4 des Entwurfs: „Dem Vorstand und dem Aufsichtsrate dürfen nur volljährige

und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören.“

Dahingegen ist nicht zurückgegriffen auf § 21 Abs. 1 des Gutsalassengesetzes, nach dem in der Generalversammlung nur diejenigen Mitglieder Stimmrecht haben, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Regierung sagt selbst, daß es in der Regel schwierig, wenn nicht unmöglich sei, zu prüfen, ob sich nur Mitglieder an der Abstimmung beteiligt haben, bei denen jene Voraussetzungen vorliegen, erschien es zweckmäßig, diese Bestimmung des Gutsalassengesetzes fallen zu lassen. Der Ausschluß minderjähriger und nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlicher Personen aus dem Vorstand und dem Aufsichtsrat erscheint der Regierung geboten im Hinblick auf das diesen Organen durch den § 32 des Krankenversicherungsgesetzes zuerteilte Wahlrecht.

Folgende beiden ersten Absätze der Ziffer 5 § 4 des Entwurfs sind wieder wörtlich dem § 15 des Gutsalassengesetzes entnommen:

„Wegen Ueberschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung der Satzung der Mitglieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach Bestimmung der Satzung die Aufnahme abhängig ist, darf der Ausschluß nicht erfolgen.“

Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Verein können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsvereine bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausscheidung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes.

Auch diese Bestimmungen sind also bereits geltendes Recht. Der Schlusssatz des § 4 Abs. 5 bestimmt:

„Die Befreiung von der Verpflichtung der Gemeinderkranktenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, ist ferner davon abhängig, daß dem Versicherungsverein eine Bescheinigung gemäß § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt wird, welche sich zugleich darauf erstreckt, daß die Satzung dieses Vereins den Anforderungen des Abs. 1 Nr. 1 bis 5 entspricht.“

Diese Bestimmung entspricht einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 17. Februar 1900, wonach die Erteilung der in Rede stehenden Bescheinigung die Voraussetzung für die Befreiung von der gesetzlichen Zwangsversicherung ist, so daß der Unternehmer nicht zu prüfen braucht (wogu er jetzt nach § 49 des Krankenversicherungsgesetzes verpflichtet ist), ob die Krankenversicherungsunternehmungen, denen die von ihm beschäftigten Arbeiter angehören, den für die Befreiung von der Zwangsversicherung gegebenen gesetzlichen Anforderungen genügen.

Es läßt sich wohl nicht behaupten, daß aus dieser Bestimmung den Versicherungsvereinen Nachteile erwachsen können; es handelt sich für sie um eine leicht zu erfüllende Formalität, die die Erlangung der Bescheinigung, die ohne Zweifel für sie eine Anerkennung ihrer Rechtsstellung in Aussicht auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in sich schließt und sie selbst vor mancherlei Nachteilen schützen kann.

Alles in allem geht unser Urteil über den Entwurf dahin: er ist weder darauf gerichtet noch danach beschaffen, die freien Gutsalassen zu erschöpfen; durch Anerkennung und Annäherung des Sicherungsprinzips wird ihr rechtliches und geschäftliches Verhältnis nicht verschlechtert, ihre Entwicklung nicht erschwert oder verhindert.

Sozialdemokratischer Parteitag in Offen.

Die Verhandlungen des Parteitages nahmen zur festgesetzten Zeit, Sonntag, den 15. September, Abends 7 Uhr, ihren Anfang. Es hatten sich eingeladen 288 Delegierte, 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, sowie die 18 Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Begrüßungsrede namens des Lokalkomitees hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Gewehr-Eberfeld; sie enthielt interessante Hinweise auf die schroffen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit und den Klassenkampf im Ruhrrevier. Zu Vorstehenden wurden gewählt: Singer und Gemoll-Essen. Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Tagesordnung fand Annahme. Schneller als auf einem der früheren Parteitage wurde die Debatte zum Bericht des Parteivorstandes erledigt. Sie nahm nur den ersten Sitzungstag in Anspruch. Das Interesse konzentrierte sich hauptsächlich auf die Frage der Stellungnahme der Partei gegenüber den lokaltätigen Gewerkschaften. Wir haben die dazu gestellten Anträge bereits mitgeteilt. Parteivorstand und Kontrollkommission beantragten folgende Resolution:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den lokaltätigen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen und dem nächsten Parteitag über deren Verlauf zu berichten.“

Der Parteitag verurteilt die von vielen Mitgliedern der lokaltätigen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erblickt in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den lokaltätigen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den Generalkommissionen angegliederten Zentralverbänden anzuschließen.“

Gegenüber dieser Resolution verlangten einige Arbeiter die sofortige Scheidung der Lokaltäten von der Partei.

Kollege Bismarck-Samburg führte aus: „Wenn die Partei in der Folgezeit ihre sehr großen und schwierigen Aufgaben erfüllen soll, so ist ein besserer Ausbau ihrer Organisationen erforderlich. Unter den Beschlüssen der letzten Parteitage ist unabweisbar der, der uns zu einer Zentralorganisation in der Partei führte, einer der bedeutendsten gewesen, und besonders gerecht habe ich mich über die heutigen Ausführungen von Ebert, aus denen hervorgeht, daß der Parteivorstand die Bedeutung dieser Organisation erkannt hat und gewillt ist, auf demselben Wege weiter zu arbeiten. Aber das gleiche wie für die Partei trifft auch für die Gewerkschaften zu. Die Lösung der Aufgaben der Gewerkschaften ist heute ungleich schwieriger als früher; die Organisationen in sich sind erstarrt, aber auch die Unternehmerrorganisationen haben sich gewaltig entwickelt. Wir dürfen sicher sein, daß in demselben Maße, wie die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auch die Unternehmerrorganisationen geklärt werden, und wir werden es in der Folgezeit auf wirtschaftlichem Nachgebiet nicht mehr wie bisher mit einzelnen Kämpfen zu tun haben, die zerstreut über das ganze Land stattfinden, sondern die Kämpfe werden einen vielmehr zentralen Charakter annehmen. Nach meiner Auffassung ist die Zeit gar nicht mehr fern, wo wir Kämpfe auszufechten haben, die sich über ganze Landesteile erstrecken, und es wird die Zeit kommen, wo die Unternehmer versuchen werden, die Organisationen dadurch niederknien zu machen, daß sie mit ihnen Kämpfe führen, die über das ganze Reich ausgedehnt sind. Aus dieser schwierigen Situation ergibt sich von selbst, daß die Arbeiter mit der Organisationszerstückelung ein Ende machen, daß vor allem der Bruderkampf in den Organisationen beseitigt werden muß. (Sehr richtig!) Alle politischen Parteien erblicken ihr Heil in der Gründung von Gewerkschaften; wir haben heute christliche Gewerkschaften, die wollen gründen Gewerkschaften, und daneben haben wir die Christ-Underschieden. Auch die Antarkten haben an Arbeiterorganisationen, die „gelben Gewerkschaften“, zu gründen. Wie schwer der Kampf unter den heutigen Verhältnissen ist, wie jeder, der in der Arbeiterbewegung Weisheit weilt. Umjomehrt sollten diejenigen, die sich zur modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung rechnen, nur einer Organi-

Gipsmörtel.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten)

Der Gipsmörtel wird bei uns in Deutschland, wenn wir von beschränktem Bezirk absehen, nicht in dem Maße verwendet, wie er es verdient. Wir sind gewöhnt, den Gipsmörtel fast nur noch für dekorative Zwecke anzuwenden, namentlich in der Form von Kunstmauerwerk, Stuck und verglichen, wobei wir uns seine Eigenschaften, die angewandte Form korrekt anzunehmen und schnell zu erhärten, zu nütze machen. Aber gerade die schnelle Erhärtung des Materials läßt den Gips oder den Gipsmörtel für die wichtigsten bautechnischen Arbeiten ungeeignet erscheinen; insofern bedarf er nur einer angemessenen Behandlung, um ebenbürtig wie der Kalkmörtel für Maurerarbeiten jeder Art verwendet werden zu können, ja für den inneren Aufbau ist er bisweilen viel zweckmäßiger. Wir sollten diesen Teil der Bautechnik nicht vernachlässigen und vor allen Dingen von den Franzosen und Italienern, die Meister der Technik der Gipsmörtelbereitung sind, manches lernen.

Ich bin z. B. häufig der Ansicht begegnet, daß ein Gipsmörtel für die Ausführung von Mauerwerk im Innern der Gebäude nicht geeignet sei; gerade das Gegenteil ist richtig. Auch in manchen Gegenständen, namentlich aber in Frankreich, versteht man es, mit Stabstellen außerseits sein geglättete Gipsmörtelflächen herzustellen, auf denen naturgemäß ein Oelfarbanstrich, sowie auch Oelfarbmalerien viel schöner und langlebiger

ausfallen, als auf dem rauen Kalkmörtelputz. Wie aber die Anwendung des Kalkmörtels und des Zementmörtels eine genaue Kenntnis des Materials und der anzuwendenden Vorsichtsmaßregeln voraussetzt, so natürlich auch der Gipsmörtel. Nur weil die meisten Maurer mit dem Material nicht genau vertraut sind, und weil man diesen Teil der Bautechnik auch auf den Bauschulen viel zu sehr vernachlässigt, wird der Gips für Maurerarbeiten nur selten in größerem Umfange verwendet.

Die Gipssteine, die als fertiger Gips (Alabaster), Gipsgips, Gipsputz und dichter Gips sehr weit verbreitet sind u. a. am häufigsten und flüßigsten Abgange des Gipses, in Hannover, bei Lindeburg, in Thüringen und Franken, den bayerischen Alpen, Oesterreich-Ungarn, Württemberg usw. vorkommen, geben bei mäßig hoher Temperatur ihr Wasser ab. Der Gipsstein berstet beim Erhitzen auf 100 bis 120 Grad Celsius, 18 pSt. seines Wassergehaltes, während der letzte Rest des Wassers erst bei 200 Grad Celsius entweicht. Wird der gebrannte, pulverisierte und des Wassergehaltes größtenteils beraubte Gips mit Wasser zu einem Brei angerührt, so erhärtet er schnell zu einer festen Masse, indem er gleichzeitig sein Volumen vergrößert. Bei hoher Temperatur zieht der so erhärtete Gips aus der Luft wieder die Feuchtigkeit an. War der Gipsstein beim Brennen zu stark erhitzt, so verliert er die Fähigkeit, in pulverisiertem Zustande einen erhärtenden Brei zu bilden — er wird dann zu allen bautechnischen Zwecken selbstverständlich ungeeignet. Es ist vielfach behauptet worden, es komme darauf an, beim Brennen das Wasser vollständig auszutreiben, aber zu hohe

Temperaturen dabei zu vermeiden, damit nicht das Zokbrennen eintrete. Das ist nicht richtig. Zu hohe Temperaturen sind allerdings zu vermeiden, aber es ist nicht notwendig, das Wasser vollständig auszutreiben; man hat vielmehr erfahrungsgemäß festgestellt, daß der Gips die höchste Wirtschafft erreicht, wenn er noch einen kleinen Rest seines Wassergehaltes bewahrt. Daraus ergibt sich natürlich die Notwendigkeit, die Temperatur beim Brennen auf das sorgfältigste zu regeln; um ein gutes Produkt zu erzielen.

In der Technik brauchen wir schnell oder langsam erhärtenden Gips. Die beim Brennen angewandte Temperatur beeinflusst die Schnelligkeit des Erhärtens; außerdem ist natürlich die Reinheit des verwendeten Gipses, sowie die Sorgfalt beim Anmischen des Gipsbreies von Bedeutung. Es soll nicht mehr Wasser zugefügt werden, als unbedingt notwendig ist. Gips mit 4 bis 5 pSt. Wassergehalt wird außerdem viel härter, als völlig getrockneter Gips. Zum Verfestigen oder „Verziehen“ von Säulen oder sonstigen Gegenständen im Maurerwerk verwendet man einen Gipsbrei, der aus einem Gewichtsteil Gips und 4 Teilen Wasser besteht, während für die Mörtelbereitung in der Regel auf einen Gewichtsteil Gips 4 Gewichtsteile Wasser Verwendung finden. Ferner muß man darauf achten, daß beim Anrühren des Gipses im Wasser möglichst wenig Luftblasen entstehen; denn dadurch bilden sich in der Masse Hohlräume, welche selbstverständlicherweise die Festigkeit und Widerstandsfähigkeit des Mörtels beeinträchtigen. Arbeiter, die mit dem pulverisierten Gips gut umzugehen verstehen, gießen nicht das Wasser auf

fation angehören. (Lebhafte Zustimmung.) Was sich in neuerer Zeit löst, ist in der Regel ein Element, das weder der eine noch der andere gebrauchen kann. (Sehr richtig!) Wenn in einer Organisation wichtige Beschlüsse durchgeführt werden sollen, die dem einen oder anderen nicht passen, oder wenn einem etwas in der Personenfrage nicht paßt, dann schreitet man zur Gründung von Sonderorganisationen. Es ist nichts weiter als die Disziplinlosigkeit, die die Leute in andere Organisationen hineinbringt. (Sehr wahr!) Die Leute der Sozialorganismen kommen ja noch aus der Zeit der Fachvereine, und ich gebe ohne weiteres zu, daß man zu Anfang, als die Zentralvereine begründet wurden, über den Wert und die Wichtigkeit dieser Maßnahmen zweifelhaft Meinung sein konnte. Ich habe bisher deshalb auch niemals eine sehr scharfe Kampfstellung gegen diese Richtung eingenommen, aber heute, nachdem das Verbot des Inverbindlichstehens gefallen ist, und nachdem die Zentralverbände eine so unabweisbare Entwicklung erfahren haben, gibt es gar keinen Grund mehr für die anderen Richtungen, beiseite zu stehen. (Zustimmung.) Es haben heute 1800 000 Sozialisten, 10 000 Sozialisten gegenüber. Wenn diese 10 000 nun so sich behaupten, daß sie die eigentliche Kern der Arbeiterbewegung sind, daß nur sie die Grundründe der Arbeiterbewegung fördern wollen — unter uns wird doch wohl niemand sein, der da glaubt, daß die anderen 1800 000 nicht das Interesse der Gesamtheit im Auge haben —, wenn die Leute so etwas sagen, so kann ich das nur als Überhebungen betrachten. Ich will hier keine scharfen Ausdrücke gebrauchen, das Handeln einzelner Genossen sollte man aber beim richtigen Namen nennen. (Sehr gut!) In Zukunft dürfen wir unter keinen Umständen dulden, daß die Organisationen, die auf demselben Boden stehen wollen, sich gegenseitig in der inoffiziellen Weise beschimpfen und bekämpfen, wie es jetzt noch täglich in Verammlungen und in der Presse geschieht. (Zustimmung.)

Nichtsofortwärtiger haben wir keine Veranlassung. Heute schon weitgehende Beschlüsse zu fassen. Was der Parteivorstand vorschlägt, reicht für uns vollständig aus. (Sehr richtig!) Meinen Sie etwa, daß durch einen einfachen Beschluß die Sache aus der Welt geschafft ist? Nein, aber die Willensstimmung ist immer von Bedeutung. (Sehr wahr!) Die Willensstimmung in Mannheim hatte günstige Folgen, und die Willensstimmung, wie sie in der Resolution des Vorstandes zum Ausdruck kommt, wird den Leuten zeigen, daß es fast haben, die jetzigen Verhältnisse bestehen zu lassen, und sie werden sich allmählich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß ihnen nichts weiter übrig bleibt, als sich den Zentralverbänden anzuschließen. Aber diese Entwicklung geht nicht von heute auf morgen. (Sehr richtig!) Den Kern der Sozialisten in Berlin bilden die Zimmerer- und Maurer. Ich kenne die Leute aus der lokalen Zimmerorganisation, es sind für mich liebe und wertere Genossen, ich weiß auch, daß sie es mit der Versöhnungsfrage ernst meinen. Wie es mit den Maurern wird, weiß ich nicht zu sagen, aber das weiß ich, daß auch unter ihnen Genossen sind, die ernstlich an dem Zusammenschluß arbeiten. Wenn die Dinge so liegen, haben wir keine Veranlassung, störend einzugreifen. (Sehr richtig!) Wir können ruhig den Dingen ihren Lauf lassen, wir werden uns auf dem nächsten Parteitag von neuem damit befassen, und wenn wir dann sehen, daß es bei unseren lokalistischen Genossen reine Bosheit ist, oder wenn wir sehen, daß sich die Leute in einen prinzipiellen Gegensatz zu uns stellen, oder daß sie nur aus Eigennutz eine bestimmte Stelle in der Arbeiterbewegung einnehmen wollen, dann ist es immer noch früh genug, das entscheidende Wort zu sprechen. Das können wir vielleicht im nächsten Jahre machen, aber auf diesem Parteitag nicht. Wir wollen die Entwicklung nicht fördern, weil wir wissen, daß durch Genossenschaft unser Ziel nicht erreicht werden kann. (Beifälliger Beifall.)

In demselben Sinne sprachen auch Wels, Werkin und unser Kollege Silberstein. Letzterer führte u. a. aus: „Die Frage, die im Augenblick das größte Interesse beansprucht, ist auch Gegenstand der Beratung der General-Kommission gewesen. Wir haben uns damit beschäftigt, ob es zweckmäßig erscheint, dem jetzigen Parteitag zugunsten, den entscheidenden Schritt gegenüber den Sozialorganisationen zu machen. Wir gingen von der Erwägung aus, daß diese Genossen allerdings sehr viel Zeit gehabt haben, sich auf dem Boden der Einzelorganisation zu halten und daß die Gründe, die sie davon abhielten, keineswegs

durchschlagend sind, so daß sie sich absetzten von uns stellen müßten. Den ersten ernsthaften Schritt zu einer Einigung mit den Sozialorganismen hat der Mannheimer Parteitag getan. Wir wünschten damals vor allem, daß die Hindernisse beseitigt würden. Es haben sich aber außerhalb des Parteivorstandes Kräfte ergeben, die die Abwendung der Geschehnisse verhindern. Vor allem trat hindernis ein die Reichstagsauflösung. Als die alle Kräfte in Anspruch nehmende Wahrheit bewältigt war, hat der Parteivorstand sofort die einleitenden Schritte zur Einigung getan. Dann aber kam der große Bauarbeiterstreik und damit wieder Verzögerung um Monate. Giernd hat auch mitgewirkt die Art und Weise, wie die Geschäftsleitung der Freien Vereinigung die Sache behandelt. Bestehen bleibt aber, daß die ethischen Kräfte in leitender Stellung unschuldig daran sind, daß die Sache noch nicht zur Entscheidung gekommen ist. Würden wir heute einen entscheidenden Beschluß fassen, so würden wir nicht diejenigen Faktoren treffen, die schuld daran sind, daß die Sache noch nicht zur Entscheidung gekommen, sondern die Kräfte, die nicht im Stande waren, sie schneller zur Entscheidung zu bringen. Eine Entscheidung über den Ausschuß der Partei würde besonders die Kräfte treffen, die bisher ethisch um die Einigung bestrebt waren, aber nicht die Kraft dazu hatten; wir würden damit gute Triebe mit rauher Hand zerören und könnten so das Parteiinteresse aufs schwerste schädigen.

Es mag sonstig erscheinen, daß jemand, der 15 Jahre lang in leitender Stellung in der sozialistischen Bewegung steht, der noch gestern sechs Stunden mit den Vertretern der Freien Vereinigung verhandelte, noch immer die Aufregung hat, daß es in der Freien Vereinigung Genossen gibt, die ethisch eine Einigung erstreben. Es handelt sich aber nicht um Personen, sondern um etwas Höheres: was ist der Partei dienlich? Aus dieser Überzeugung sind wir in der General-Kommission zu der Ansicht gekommen, daß wir dem Antrage des Parteivorstandes freudig zustimmen können. Wir wünschen, daß die Entscheidung bis zum nächsten Parteitag ausgesetzt wird, damit die jetzt beginnenden Einigungsverhandlungen nicht geschädigt werden.

Die Resolution des Parteivorstandes erklärt, was die deutschen Parteigenossen für wünschenswert halten und sie enthält einen ersten Mahnruf in größter Stunde an die Genossen, die heute noch nicht glauben wollen, daß es der einheitliche Ausdruck der Meinung der deutschen Sozialdemokratie ist, daß diesem elenden Streik, der zum größten Teil ein Personenstreik ist, der die Kraft lähmt und uns hindert, den Unternehmern und den politischen Gegnern gegenentgegenzutreten, ein Ende zu machen.

Die Resolution des Parteivorstandes wurde gegen sechs Stimmen angenommen. Wir sind nicht so hoffnungslos, als die Befürworter dieser Resolution, nichtsdestoweniger wünschen wir, daß sie recht behalten mögen.

Zu der Frage der Errichtung eines Nachrichtenbureaus für die Parteipresse referierte Parteisekretär Müller. Er begründete einen die Organisation dieser Einrichtung betreffenden Antrag des Parteivorstandes. Aufgabe des Bureaus soll danach sein: 1. Herausgabe der „Partei-Korrespondenz“. 2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Unterrichtung an die Parteipresse. 3. Sammlung geseggeberischen und statistischen Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist. Der Entwurf wurde einer Kommission von 15 Delegierten zur Vorberatung überlassen.

In seinem Schlusswort zum Bericht des Parteivorstandes konnte Parteisekretär Ebert die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß die Tätigkeit des Vorstandes von seiner Seite eine abfällige Kritik erfahren habe.

Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erstattete Genosse Dr. Silberstein. Die Debatte zu diesem Punkte brachte lebhaftes und scharfes Auseinandersetzen, betreffend den Militarismus und die Stellung der Partei dazu. Man darf da wohl von zwei Richtungen sprechen, die sich gegenüberstehen: die eine, die sogenannte neue antimilitaristische Richtung, vertreten durch die Genossen Redebour, Dr. Lensch, Leipzig, Lehnert u. a., die die schärfste Tonart und Kaltstimm gegen den Militarismus erstrebt, und verlangt, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen keinen Krieg als gerechtfertigt anerkenne; die andere, vertreten durch Webel, Wollmar, Dr. David u. a., die seither für die Partei maßgebend war. Von jener Seite wurde

in durchaus unmotivierter Weise den Genossen Webel und Roske vorgeworfen, daß sie im Reichstag den Militarismus nicht scharf genug kritisiert und sich zu dem — von der Partei stets eingenommenen — Standpunkt bekennt haben, daß die Partei im Falle eines Verteidigungskrieges das Vaterland nicht im Stich lassen werden. Der Verlauf und das Resultat der Beratung zeigte, daß die erdrückende Mehrheit des Parteitag — und mit ihr ohne Zweifel auch die Mehrheit der Partei — für geboten erachtet, von diesem Standpunkte nicht abzuweichen. Den Bräutigam bildete folgender Antrag des sozialdemokratischen Vereins in Kiel:

Bei Beratung des Militäretats sind nur solche Präzisionsredner zu bestimmen, die die völlige Garantie dafür bieten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen im Sinne der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart.

Die Tendenz dieses Antrages war ganz offensichtlich darauf gerichtet, Vertretern der scharferen Tonart und Kaltstimm im Reichstage ein förmliches Repräsentationsrecht zu gewähren. Seine Annahme würde höchst bedenklich in mehrfacher Hinsicht gewesen sein. Seine Ablehnung gegen wenige Stimmen kommt einer Jurisdiktion der „radikalen“ Richtung gleich. Den Bericht über die Parteipresse erstattete Genosse Fischer-Berlin. Sowohl er wie eine Reihe anderer Redner sprachen sich gegen den Versuch aus, die Partei und die Genossenschaft auf die unbedingte Arbeitsruhe am 1. Mai festzusetzen; sie verteilten die Ansicht, daß es geboten sei, mit den Genossenschaften, deren Interessen bei dieser Frage in erheblichem Maße in Betracht kommen, eine Verständigung herbeizuführen. Der Parteivorstand ist in Verhandlungen mit der General-Kommission der Genossenschaften eingetreten. Man darf annehmen, daß sie zu einem befriedigenden Resultate führen werden. Nachzu einmündig wurde folgende vom Referenten vorgelegte Resolution angenommen:

Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Parteipresse, beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der General-Kommission nach den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.

Auch der vom Genossen Singer erstattete Bericht über den internationalen Kongress in Stuttgart führte zu einer längeren, lebhaften Debatte. Es handelte sich hier hauptsächlich um die Stellung der Partei zu der Frage der Konfessionalität, die bekanntlich in Stuttgart so erheblich freitrag war. Der Antrag des Referenten, sich mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses einverstanden zu erklären, fand einstimmige Annahme. In einem dreizehntägigen Referat behandelte sodann Genosse Webel die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Er schilderte sehr anschaulich die Ursachen und die Konsequenzen der Reichstagsauflösung, den Wahlkampf und seine Ergebnisse, die Sozialpolitik und die daraus resultierende parlamentarische und allgemeine politische Situation sowie die Stellung der Sozialdemokratie dazu. Seine erschöpfenden und sehr interessanten Ausführungen gipfelten in einer zündenden Mahnung an die Partei, energig den Kampf weiterzuführen gegen die reaktionären Gewalten und die ihr verbündeten Parteien.

Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die vorliegenden Anträge, wonach die Partei verpflichtet werden sollte, sich bei Stichwahlen zwischen Kandidaten bürgerlicher Parteien unbedingt der Stimme zu enthalten. Daß wir eine solche Festlegung für eine große taktische Unklugheit halten, haben wir bereits dargelegt. Alle diese Anträge wurden nach einer ziemlich ausgedehnten Debatte und nachdem sich der Referent, Genosse Webel, in seinem Schlusswort energig gegen sie erklärt hatte, mit großer Majorität abgelehnt.

Die Frage der Errichtung eines Nachrichtenbureaus wurde nach einem weiteren Referat des Parteisekretärs Müller mit einstimmiger Annahme folgenden Beschlusses der Parteipresse-Kommission erledigt:

1. Die Partei errichtet ein Nachrichtenbureau in Berlin.

2. Aufgabe des Bureaus ist:

1. Die Unterrichtung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur an die Parteipresse;

2. Die Beschaffung geseggeberischen und statistischen Materials für die Parteipresse;

3. Die Herausgabe der Partei-Korrespondenz.

den Gips, sondern lassen einen Strahl des fein pulverisierten Materials aus dem Gipsbehälter in das Wassergesäß schießen, indem sie gleichzeitig das Gemisch vorsichtig und beständig umrühren. Da der gebrauchte Gips hinsichtlich der Erhärtung und Festigkeit nach Verwendung sehr verschiedene Eigenschaften besitzt und auch das aus einer bestimmten Fabrik kommende Material durchaus nicht völlig gleichmäßig ausfällt, so empfiehlt es sich, vor Ausführung größerer Arbeiten in Gipsmörtel Proben anzustellen und sich auf den Probetafeln, die in kleinen Holzrahmen hergestellt werden, Notizen über die Eigenschaften des Materials zu machen, die Tafeln mit Nummern zu bezeichnen, die dann ebenfalls auf den Säcken der betr. Fabrik, bezug der betr. Lieferung verzeichnet werden.

Wenn es Gipsgüsse herzustellen gilt, so vermag man durch den Zusatz mancher im Wasser löslicher Salze die Festigkeit der Abgüsse zu erhöhen, bezw. Abgüsse zu erzielen, die die Feinheit der Form aus genauester wiedergeben. Diesem Zwecke dienen z. B. schwefelsaures Kalium und weinsaures Kalium-Natrium, sowie Wasserglas. Ein Zusatz von Pottasche-Lösung beschleunigt die Erhärtung, während Zusatz von Alumin oder Boraxlösung eine Verzögerung der Erhärtung bewirken. Auch die Verwendung von Weimwasser an Stelle gewöhnlichen Wassers verzögert das Erhärten des Gipsmasses. Man hat es also auf diese Weise in der Hand, je nach der Beschaffenheit des angestrichenen Materials und je nach dem Zwecke, den angewendeten Formen usw. das Material zu beeinflussen. Hier aber interessiert uns an erster Stelle nicht der zu bearbeitenden Gips, sondern der Gipsmörtel

für bautechnische Zwecke. Obwohl der Gipsstein leicht verwittert, ist er in manchen Gegenden doch so dicht, daß er sogar als Baustein für die Fronten der Häuser verwendet wird. Man findet solche Gebäude in Paris — sie zeichnen sich allerdings durch ihre ansehnlichen Formen aus. Im übrigen aber beweisen ja unsere Studiorumamente an den Fronten der Gebäude, daß sie auch recht dauerhaft werden, wenn sie die zweckmäßigen Zusätze erhalten und mit einem Schutzanstrich, z. B. einem Oelfarbenanstrich, versehen werden. Vor dem Kaltmörtel hat der Gipsmörtel ohne Zweifel den Vorzug voraus, daß sich in Gips viel feinere Gießerungen, viel schönere Ornamente usw. erzielen lassen; man ist auf dieses Material geradezu angewiesen, wenn man ohne großen Kostenaufwand einen reicheren Schmuck der Fronten erzielen will.

Nun fragt sich das rasche Abbinden des Mörtels vor der Verwendung von Gipsmörtel zurück. Es wäre selbstverständlich für den Maurer höchst unbequem, wenn er unter Berücksichtigung dieser Eigenschaften immer nur so viel Mörtel bereiten dürfte, als er binnen weniger Minuten verarbeiten kann. Das Anrühren des Kaltmörtels in großen Kassen ist selbstverständlich viel bequemer; jedoch vermag man durch einen Zusatz von Borax diesem Uebelstande zu begegnen. Nach Lehnert verfährt man hierbei am besten in der Weise, daß man in ein mit Wasser gefülltes Faß einen mit Borax gefüllten Korb herab hängt, daß sich der Boden des Korbes etwa 10 cm unter dem Wasserspiegel befindet. Die sich bildende Boraxlösung sinkt als spezifisch schwerere Flüssigkeit in dem Wasser unter; es kommen immer neue Wassermengen mit dem Salz in

Verührung, so daß man binnen kurzer Zeit eine gesättigte Boraxlösung erhält. Bei gewöhnlicher Temperatur nimmt Wasser ein Zehntel seines Gewichtes an Borax auf; ein kochendes Wasser löst also rund 10 kg Borax. Je mehr Boraxlösung man verwendet, desto langsamer erhärtet der Mörtel; man kann die Erhärtungsfrist auf eine halbe Stunde; ja auf eine Stunde ausdehnen und dadurch die Verwendung des Mörtels dem Maurer ganz bequem machen. Häufig kommt es vor, daß man für Baugewebe einen Mörtel bloß aus Gips und Boraxwasser bereitet, der mit der Nette kräftig angeworfen und dann mit eisernen Platten geglättet wird. Namentlich im Innern der Gebäude behält dann ein derartiger Gipsputz sehr lange das schöne, glatte und gefällige Aussehen.

Mörtel aus reinem Gips ist vielen allerdings zu teuer; man kann aber Sand, Quarzsand, pulverisierten Kalkstein, Sand von Hochofenschlacken usw. zusetzen. Man erhält dann allerdings einen etwas rauheren Putz, er ist aber einerseits wesentlich billiger und besitzt dann noch eine große Widerstandsfähigkeit gegen die Witterungseinflüsse, so daß er namentlich zum Verputzen der Außenflächen geeignet ist. Dieser Putz wird auch ohne Schutzanstrich nicht leicht rissig oder bröckelig.

Es kommt also nur auf die Beachtung der maßgeblichen Faktoren an, um die vortrefflichen Eigenschaften des Gipsmörtels in der Bautechnik vollkommen auszunutzen.

§ 8. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird ein Bericht-erstatte- und Mitarbeiterdienst eingerichtet. Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Berichters ist die Vierung politischer Parteien, sowie die Behandlung parteipolitischer und parteipolitischer Fragen.

§ 9. Der Bericht wird teils erfolgt telephonisch, telegraphisch und brieflich.

§ 10. Die Einrichtung des Bureaus, die Anstellung der Mitarbeiter, der Berichterstatter und des Hilfs-personals obliegt dem Parteivorstand, welchem zu diesem Zweck fünf Mitarbeiter der Parteipresse als Beirat zur Seite stehen.

Der Beirat hat in allen das Pressebureau betreffenden Angelegenheiten beschließende Stimme. Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter des Bureaus sein.

§ 11. So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen, sollen hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tages-ordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 12. Die in dem Bureau angestellten Mitarbeiter haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

§ 13. Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteimitglieder gewählt.

§ 14. Die Einrichtungskosten des Pressebureaus werden von der Parteikasse getragen. Die laufenden Unterhaltungskosten des Berichters und des Hilfs-personals sind mit Ausnahme der auf die Parteipresse entfallenden Kosten demnach auszubringen, daß die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Parteiblätter, die telegraphischen und telephonischen Dienst beanspruchen, haben die Gebühren zu erstatten.

Die Alkoholfrage, zu der Genosse Wurm ein längeres Referat erstattete, führte zu einer umfassenden und lebhaften Debatte zwischen Vertretern der unbedingten Abstinenz und denen der Mäßigkeit, zu der auch wir uns bekennen, die sich die Bekämpfung des mißbräuchlichen Alkoholgenußes angelegen sein läßt. Der Verlauf eines Teiles der Abstimmen, die Partei-fürmlich festzulegen auf ihre Ansichten, die Abstinenz gewissermaßen jedem Parteigenossen zur Pflicht zu machen, muß als ein recht unglücklich bezeichnet werden. Das wurde denn auch von mehreren Seiten sehr nachdrücklich zum Ausdruck gebracht. Ein Redner erklärte zwar, daß kein Abstinenzist eine rigorose Abstinenz habe. Aber es steht doch fest, daß nicht wenige Abstinenzler unter den Parteigenossen von der Auffassung geleitet sind, daß die Partei durchaus in ihrem Sinne Stellung zum Alkoholgenuß zu nehmen habe. Folgende vom Referenten Wurm vor-gelegene Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Ent-wicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die ar-beitende Bevölkerung gewachsen.“

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Ver-einbarung hinwirken, haben auch den Anreiz zum über-mäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit ge-steigert: die Lebensanregung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol ausgezwungen und an-gewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum über-mäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr ent-lagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegnern stellen in der Regel den Alkoholgenuß als die vom Volke selbst verschuldet Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprüng-lichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den an-gewöhnlichen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände ver-schulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessen-vertreter haben an der Beseitigung des Alkoholgenußes nur insoweit Interesse, als sie durch die Kosten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholgenußes können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuererhöhungen eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunk-suchtsgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegerichte gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wird jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Bekämpfung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholgenuß nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichtesten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholfahrt fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stun-den, Verbot der Nachtarbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhe-pausen während der Arbeit, Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Vierung an Stelle von Verlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren An-gestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Trunk-scheine), ausnahmsloses Verbot der Stellenvermittlung in Verbindung mit Schenkbetrieb, Kleinhandel mit alko-holischen Getränken und Verzehrgewerbe, durchgreifende ge-werbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuern-

indirekten Steuern, sowie des Wobens- und Wohnungs-wunders. Hebung der öffentlichen Erziehung durch Lungenhal-tung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Lei-stungen des Mannheimer Parteitagess über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Volksschulen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zu-sammenschüssen zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkschwank zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholfahrt, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholgenuß führenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Diesen allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholfahrt führen die politischen und gewerkschaftlichen Organi-sationen der klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Alkoholgenuß Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Ver-ehrung und Unterdrückung Genugtuung, Erholung und Freude zu finden.

Die Grundzüge dieser Resolution entsprechen durchaus der Stellung, welche die Partei, die gewerkschaftlichen Or-ganisationen und ihre Presse zu der Frage des Alkoholgenußs stets eingenommen haben. Besonders bemerkt zu werden aus ihrer Debatte verdienen einige Ausführungen des Referenten über die Bedeutung der Alkoholfahrt als Sozialfrage. Er sagte: Die Sozialfrage ist bisher fast an allen Orten, selbst in großen Städten, nicht gelöst. Wir bekommen die Sozialfrage nicht nur dann, wenn schon ein halbes Duzend Wirte im Lokal Meite gemacht haben. Und der eigentliche schon ruinierter Wirt stellt dann das Lokal der Arbeiterbewegung zur Verfügung, um wieder auf die Beine zu kommen und rechnet gerade darauf, daß die Arbeiter recht viel trinken. (Sehr richtig!) Da gibt es viele Genossen, die trinken nur, um den Wirt zufrieden zu stellen und das Lokal nicht zu ruinieren. Es ist fatal, daß heute gar viele Gewerkschaften mehrmals im Jahre Festlichkeiten veranstalten, obgleich gar kein Anlaß an sich dazu vorliegt, nur um den Wirt zu befriedigen. Wir haben in manchen Orten Gewerkschaftshäuser, die gewiß eine Notwendigkeit sind, aber sie sind nicht auf der Grundlage auf-gebaut, daß sie uns hier helfen können, sie sind meist auf Papier aufgebaut. Sollen wir unseren Brüdern wirklich dienen, dann sollte es Grundlag sein, daß der dem Kauf mindestens 25 pSt. des Anlagekapitals in bgr ausgebracht sind. (Sehr richtig!) Und wenn die Arbeiter richtige Politik treiben wollen, sollten sie es sich zur Pflicht machen, jedes Jahr vielleich 1-1 für die Erhaltung ihres eigenen Heims zu geben, dann werden sie sich in ihren Häusern eine Stätte schaffen, wo der Alkoholgenuß ausgeschlossen sein kann, wo niemand gezwungen ist, zu trinken. Die Arbeiter werden dann bald merken, daß sie diese Wirt gar angelegt haben und sehr viel Geld damit geparkt haben. (Sehr richtig!) In den Orten aber, wo die Arbeiterbewegung schon größer geworden ist, in den großen Städten, sollten die großen Organisationen der Partei und der Gewerkschaften ein für allemal den Grundlag aufstellen, daß weder in Sitzungen noch in Versammlungen serviert werden darf, und sie sollten dafür, weil der Wirt doch von der Luft nicht leben kann, dem Wirt lieber eine Lokalmitte zahlen. (Lebhaftige Zustimmung.)

Nachdem die Beschwerdekommission ihren Bericht er-stattet hatte, der bis auf einen Punkt vom Plenum approbiert wurde, konnte sich der Parteitag der Beratung der allgemeinen Anträge zuwenden, die diesmal erfreulich-weise ausgiebiger behandelt als sonst behandelt werden konnten. Da ist vor allem hervorzuheben die Land-arbeiterfrage. Der Parteivorstand wurde beauftragt, eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhält-nisse in den verschiedenen Teilen des Reiches sowie eine Zusammenfassung des auf dem Gebiete des Landarbeiters-tandes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten zu veröffentlichen und unter Zuziehung von Sachleuten den Entwurf eines umfassenden Land-arbeiterprogramms auszuarbeiten. Der nächste Parteitag wird sich natürlich wiederum mit dieser Frage be-schäftigen und sie ihrer Lösung hinsichtlich bedeutend näher bringen. Von einigen Anregungen zu Organisations-fragen ist erwähnenswert, daß sich der Parteitag für die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitlichen Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials aus-sprach. Auf Antrag des Parteivorstandes und der Kontroll-kommission wurde beschlossen, das Mindestgehalt der Bezirkspartei-sekretäre von 2000 auf 2200 zu erhöhen. Die Frist für Gehaltszulagen wurde von drei Jahren auf zwei Jahre herabgesetzt.

Ferner beschloß der Parteitag, daß die Schaffung von Jugendorganisationen intensiver betrieben werden soll, dagegen wurde es abgelehnt, „eine besondere anti-militärische Propaganda systematisch zu entfalten“.

Der nächste Parteitag soll in Nürnberg abgehalten werden. In den Parteivorstand wurden die bisherigen Ge-nossen wiedergewählt; ebenfalls wiedergewählt wurden die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission.

Die Verhandlungen des Parteitages haben aufs neue bewiesen, daß die Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft dasteht. Stolz und Mühen können wir unsere Bahn weiter verfolgen. Wir brauchen nicht kleinmütig zu sein, wir sind sicher, daß die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland weder niedergeworfen noch niedergebietet werden kann. In diesem Bewußtsein gehen wir an die neue Arbeit. Für die Sozialdemokratie gibt es kein Ruhen und kein Klaffen. Die Sozialdemokratie benutzt die Parteitage, um sich zu ver-gewahren, was sie geleistet hat, um sich darüber klar zu werden, was sie leisten muß. Auch auf diesem Parteitag ist der einmütige Entschluß zu Tage getreten, weiter zu kämpfen, bis das letzte große Ziel erreicht ist. Mit diesen, von lebhaftem Beifall begleiteten Worten schloß Genosse Singer am Sonabend Mittag den Parteitag.

Politische Umschau.

Sozialdemokratie und Sozialgesetz. Zu dem eiser-nen Bestand im Massenarbeitsmarkt unserer Gegner gehört die in den letzten Jahren bei jeder Wahl auftauchende Behaup-tung, daß die Sozialdemokraten gegen die Sozialgesetz ge-stimmt haben. Das ist richtig. Dagegen hüten sich die Gegner, die Motive anzugeben, die die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten für vollst auf begründet erscheinen lassen. Sie sagen auch mit keinem Wort, daß gegen das Krankenversicherungsgesetz neben den 12 Sozialdemokraten auch 87 bürgerliche Abgeordnete gestimmt haben. Gegen die Alters- und Invalidenversicherung stimmten 165 Abgeordnete, dem Reichstag gehörten da-mals — 1888 — aber bloß 11 Sozialdemokraten an. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Gesetz, weil sie den Arbeitern zu wenig boten, die bürger-lichen Gegner stimmten gegen diese Gesetz, weil sie ihnen zu weitgehend waren!

Beim Krankenversicherungsgesetz hatten die Sozialdemokraten beantragt: Ausdehnung auf alle Ar-beiter und Personen, die weniger als 1,750 pro Tag ver-dienen. Ferner sollte geleistet werden ein Krankengeld in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, mindestens aber 2 pro Tag, daneben freie ärztliche Behandlung und freie Lieferung aller Medikamente und Heilmittel. Das sind Forderungen, die selbst heute noch nicht voll erreicht sind.

Die Unfallversicherung sollte die Unter-nehmer von dem viel weiter gehenden Haftpflichtgesetz be-freien. Der Unternehmer mußte für jeden Schaden haften, wenn er nicht nachweisen konnte, daß der Arbeiter den Un-fall selbst verschuldet hatte. Eine Entlastung der Unter-nehmer ist es unter allen Umständen, daß bei Unfällen die Unfallversicherung erst dann eingreift, wenn der Unfall eine längere als 18 Wochen dauernde Arbeitsunfähigkeit nach sich zieht. 75 pSt. aller Betriebsunfälle fallen damit zu Lasten der Krankenversicherung. Die Art der Be-rechnung des Schadens, den ein Arbeiter erlitten hat, widerstreitet allen Grundfragen der Vernunft. Denn nicht der ganze wirklich verdiente Lohn dient als Grundlage für die Berechnung der Rente, sondern nur zwei Drittel des Lohnes, und wenn der Tagelohn 4 übersteigt, dann wird dieser übersteigende Betrag nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht. Die meisten Handwerksgehilfen sind heute noch selbst von dieser Art der Fälschung ausgeschlossen. Das Gesetz benachteiligte direkt jenen Teil der Arbeiter, denen ein Anspruch auf Grund des Haftpflichtgesetzes zu-stand, und schon um deswillen mußten die Sozialdemokraten gegen den Entwurf stimmen.

Gegen den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Alters- und Invalidenversicherung, haben die Sozialdemokraten gestimmt, weil Pflichten und Rechte zu ungleich verteilt waren, weil die Altersgrenze mit 70 Jahren zu hoch ist, weil der Kreis der Versicherten viel zu eng gezogen war und weil schließlich auch alle sozial-demokratischen Verbesserungsvorschläge abgelehnt worden sind. Gegen dieses Gesetz stimmten aber nicht bloß die 11 Sozialdemokraten, sondern auch der ganze Freisinn und das Zentrum mit nur 13 Aus-nahmen. Davon sagen die Gegner in ihren verlogenen Flugblättern kein Wort. Unser Genosse Wibel sagte in der dritten Lesung des Gesetzes:

„Wird das Gesetz nicht angenommen, so wer-den wir für ein neues, besseres Gesetz mit aller Macht agitieren, und wird es an-genommen, so werden wir dem arbeitenden Volk beweisen, daß das Gesetz auch nicht entfernt das bietet, was es fordern kann, und wir werden es anspornen, solche Ver-treter in den Reichstag zu schicken, die sehr wesentliche Ver-besserungen dieses Gesetzes fordern.“

Damit vergleiche man den von unseren Gegnern immer wieder verbreiteten Schwindel, die Sozialdemokraten wollten nicht haben, daß kranke, alte und erwerbslose Leute eine Unterstützung bekommen. Wirklich die Sozialdemokraten sind es gewesen, die seit langen Jahren darauf dringen, daß die Unterstützungs-lage erhöht werden, und die bei Wahlen so „Hilfsbereiten“ Gegner sind es, die diese Anträge immer niederstimmen. Hiergegen war Wind-horst, der ehemalige Führer der Zentrumspartei, nicht nur ein Gegner des Gesetzes, sondern des Grundgedankens überhaupt. Er sagte am 20. März 1889:

„Meine Herren! Es ist im Laufe der Debatte von dem Herrn Abgeordneten Grafen Stolberg die Behauptung auf-gestellt worden, ich sei die Seele der Opposition gegen dieses Gesetz. Wenn das wahr wäre, würde ich mir dieses Zeugnis durchaus zur Ehre rechnen können; denn die Opposition gegen dieses Gesetz hat eine weitgehende Basis hier im Hause und eine weit größere noch im Lande.“ Am 28. April 1897 beantragte das Zentrum die Aufhebung des Versicherungs-zwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der Kleinvertriebsbetriebe, für das Gewerbe und Fortfall des Reichs-zuschusses, der bei jeder Rente 1,50 beträgt.

Als in den Jahren 1899 und 1900 dem Reichstage Ver-fahrensnoten vorgelegt wurden, die eine Verbesse-rung der Sozialgesetz brachten, haben die Sozial-demokraten dafür gestimmt.

Eine große, geradezu wüthende Kesseltrommel wird mit den großen Stimmen getrieben, die für Arbeiterversicherung aufgebracht sind. Man sagt, es sind 784 950 000 für Arbeiterversicherung aufgebracht und sucht den Glauben zu erwecken, daß diese Summe den Arbeitern geschenkt ist. Man verschweigt, daß diese Summe in 21 Jahren auf-gebracht wurde, und daß die Arbeiter selbst 2 991 769 424 direkt als Beitrag gezahlt haben und 3 886 326 214 aus Reichsmitteln gezahlt, also durch in-direkte Steuern aufgebracht sind. Was die Unternehmer bezahlen, haben sie als Produktionskosten mit in Rechnung gesetzt und es sich beim Verkauf der Waren, zuzüglich des Unternehmergewinns, vom Abnehmer der Waren wieder-geben lassen.

Der Unternehmer zahlt seinen Anteil nicht etwa aus seiner Privatkassette, sondern aus dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert. Was die Unternehmer leisten, das müssen ihnen die Arbeiter vorher verdienen.

*** Zentrum und Gewerkschaftsorganisation.** Darum das Zentrum für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter eintritt, beruht auf dem Richtsagungsgründe Dr. Heim in seinem Organ, dem „Regensburger Anzeiger“. In einer bayerischen Agrarerversammlung hatte sich der Regierungspräsident v. Andrian gegen die unter Führung des Dr. Heim betriebene Agitation der christlichen Gewerkschaften unter den bayerischen Landarbeitern ausgesprochen. Der Zentrumsführer antwortet ihm darauf: Wenn es außer dem Herrn Regierungspräsidenten und dem Herrn Dr. Heim keine anderen Leute in Bayern geben würde, so wäre die Sache nur zwischen uns beiden auszumachen. Ich weiß aber nicht, ob dem Herrn Regierungspräsidenten bekannt ist, daß vor meinen Ausführungen auf dem Katholikentag in Würzburg seitens sozialdemokratischer Gewerkschaften mit großer Jähigkeit an der Organisation der ländlichen Dienstboten auf dem Lande gearbeitet wurde. Der Herr Regierungspräsident hat hierüber sich früher nie geäußert. Es scheint ihm auch nicht bekannt zu sein, daß unterdessen sozialistische Gewerkschaften in ländlichen Arbeiter in Bayern schon Erfolge hatten, mitten auf dem flachen Lande. Glaubt nun der Herr Präsident, daß diese sozialdemokratischen Organisationen vor dem Regierungsbereich des Herrn v. Andrian bezwungen werden wollen, weil sich dieser nicht für die Organisation erwärmen kann? Ich bin lange mit mir zu Rate gegangen, ob ich das heilige Eisen angreifen soll. Nachdem ich mir aber darüber klar war, daß es geschehen muß, und daß, wenn wir die Arbeit nicht machen, andere sie machen, mit und ohne Regierungspräsidenten, war für mich aus Liebe zur Landwirtschaft die Sache entschieden. Ich bin fest überzeugt, daß die Organisation so gemacht werden kann, wie ich sie mir denke, daß kein vernünftiger Bauer etwas dagegen hat — und auf die unvernünftigen kommt es nicht an.

Der Herr Dr. Heim sagt also unüberlump, was von der sozialdemokratischen Presse stets behauptet wurde, daß es den Zentrumsschreibern bei ihren Organisationsbestrebungen nicht um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu tun ist, sondern nur um ihre Fernhaltung von den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften. Das Zentrum will sich die Arbeiter als Stimmvieh erhalten und sie von der Erhebung von Forderungen abhalten, die der „Landwirtschaft“, das heißt den Zentrumsschreibern unannehmbar sein könnten. Darum „macht“ Herr Dr. Heim die Organisation so, wie er es sich denkt.

Da es sich bei dieser Agitation nur darum handelt, die Macht der Ultramontanen aufrecht zu erhalten, hat auch die „Atheistische Volkstimme“, das Organ der Zentrumsbauern, nichts dagegen, solange sich die christliche Werberarbeit nur auf Bayern beschränkt. Es warnt aber die „Atheistische Volkstimme“ in Preußen, womit die christlichen Gewerkschaftsführer gemeint sind, einbringlich davor, ihre Agitation auch nach Bundesstaaten zu verpflanzen, wo durch gesetzliche Verbote ein von den Sozialdemokraten ausgehender Versuch, die Landarbeiter zu organisieren, unmöglich gemacht ist. Die Herren Giesberts und Genossen werden ermahnt, „von ihrem herostratischen Vergnügen endlich einmal die Finger zu lassen“ und nicht durch Uebertragung des Sozialistenrechts auf die Landarbeiter „mit läppischer Hand die Dämme eingureißen, die Preußen vor der Möglichkeit einer Aktion der Sozialdemokratie wie in Bayern schützen“; denn „Eines schied sich nicht für alle!“

*** Auf dem Wege zur Erkenntnis.** Bisher wollten die Christlichen von dem Vorhandensein verschiedener Klassen mit gegenseitigen Interessen und von der Notwendigkeit des Klassenkampfes nichts wissen. Der Klassenkampf war nach ihrer Auffassung weder berechtigt noch notwendig. Die Sozialdemokraten hatten ihn „ins Werk gesetzt, um die Massen aufzuwachen und unzufrieden zu machen“. In diese Anschauung ist unter der beschreibenden Wirkung der tatsächlichen Verhältnisse doch mit der Zeit ein anger Nitz gekommen, und so lesen wir in der christlichen Arbeiterpresse heute Dinge, die noch vor kurzem als sozialdemokratische Schreierien galten. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (Wien-Glabach) bringt z. B. in ihrer letzten Nummer einen Artikel über die Entwicklung von der Klasseneinheit zum Klassenkampf, wo wir nichts mehr davon hören, daß der Klassenkampf eine sozialistische Erfindung sei, sondern wo klar und deutlich feststeht, daß der Klassenkampf ein notwendiges Ergebnis der sozialen Entwicklung ist. Der Artikel schildert zunächst das Verhältnis von Geistes- und Körperarbeit unter der Zunahme der Aufzucht der Kunst und Hausgemeinschaft und die sich daraus ergebende Wirkung auf die soziale Lage von Unternehmern und Arbeitern, wobei ersterer in eine immer höhere, letzterer in eine immer tiefere Stellung gerät. Dann heißt es:

„So spaltet sich bei der neuzeitlichen Umschichtung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens das früher sozialisierte Gewerbeleben in zwei getrennte soziale Klassen. Diese Klassentrennung prägte sich nicht bloß aus in der sozialen Stellung, in der gesellschaftlichen Stellung, in die der Industriearbeiter sich versetzt sah; die Wandlung der Dinge kam dem Arbeiter empfindlich zum Bewußtsein durch ihre Wirkung auf den materiellen Untergrund seines Daseins, auf seine Subsistenzmittel. Er sah den Arbeitgeber, den Kapitalisten, höher und höher steigen, sah ihn reich werden; sah aber auch er begreift, arm zu bleiben. Und doch war er, daß seine Arbeit, seine Mühe, sein Schweiß es war, der die großen Werte schaffte. Und er sah und mußte, daß seine Arbeit ebenso gut im Wirtschaftsleben notwendig war wie die Tätigkeit des Unternehmers; sein Menschheitsbewußtsein baumte sich auf gegen die bloße Wertung als Arbeiter und Maschinenmacher, und nicht lange, da schloß ein Band sich um die Angehörigen der neuen Klasse, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Entbehrten. Sie, die Reichthümer der neuen Zeit mit erwerben wollten, wollten nicht immer die Stiefkinder der neuen Zeit sein und ihre Rechte sich wahren und, wenns sein muß, erobern in energischem

Kampfe. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß die beiden Klassen des modernen Industrielebens über kurz oder lang miteinander in Gegenlage und Widerstreit gerieten: zum Kampf von Klasse gegen Klasse.“

Das hört sich merkwürdig anders an als das törichte Gerede über den Klassenkampf als „sozialdemokratische Wache“ zur Verhütung der Massen. Der Klassenkampf wird von dem christlichen Blatte als notwendige Erscheinung der sozialen Entwicklung hingestellt. Das ist immerhin ein Fortschritt.

Mittelschichtliches aus dem Herzen Deutschlands

brachten bürgerliche Blätter:
Im Herzen Thüringens, wo Wälder und Bäche romantisch rauschen, vollzieht sich jedoch ein Vorgang auf agrarpolitischen Gebiete, der bisher viel zu unbeachtet geblieben ist, von den guten Thüringern vielleicht am allermeisten, der aber von den verhängnisvollsten Folgen für die Zugänglichkeit zu den schönsten Thüringer Waldpunkten und für ihre Erschließung und Erhaltung zum Besten der erholungsbedürftigen Menschheit werden muß. Was wir jetzt attemgemäß schildern, passiert nicht etwa in Mecklenburg oder Jütland, sondern im Herzen Deutschlands.

Das fürstliche Hausfeldomum von Schwarzburg-Rudolstadt zieht allmählich die bekanntesten und schönsten Naturplätze des kleinen Landesherrn, die während der letzten 20 Jahre mit vieler Liebe und großen Opfern durch das Land und Privats für den Sommerfrischlerverkehr erschlossen worden sind, durch das sogenannte Aufgebotserfahren an sich und speert sie dann meist zerbüßig für allen öffentlichen Verkehr ab, so daß große Waldbeständen, mit Drohgebäuden umgeben, entstehen, die einzig und allein dem Fürsten und der Hofgesellschaft zugänglich bleiben.

Das Hausfeldomum des Rudolstädter Fürsten ist früher schon nicht unberücksichtigt gewesen, verglichen mit der Kleinheit des Landes, das nur von Rudolstadt bis Neuhaus am Rennsteig ins Gebirge reicht. Es umfaßt zum Beispiel das ganze herrliche Schwarzgatal mit seinen prächtigen Wald- und Felspartien zu beiden Seiten. Das Hausfeldomum vermochte deshalb bereits zu verhindern, daß die Waldbahn von Blankenburg an der Schwarzgatal Schwarzburg durch das Schwarzgatal gebaut werden konnte, was sehr leicht unter größter Schonung der Natur hätte geschehen können und ein Stück Erde erschlossen hätte, das Herz- und Schwarzgatalern um nichts nachsteht, die durch geschickte Bahnanlagen nur gewonnen: Das Land ist zudem arm und braucht eine verständnisvolle kulturelle Hebung durch den Ausbau seiner Erholungs- und Jagdgebiete bitter notwendig. Dafür müßte die Bahn auf riesige Umwege über die Berge gebracht werden, was so riesige Dammbauten erforderte, daß heute noch Sandsteine behaupten, es werde an irgend einer Rutschstelle einmal zu einer Katastrophe kommen.

Außer dem Waldbau auf Umwegen geht man aber noch viel direkter auf das Ziel der Monopolisierung der Rudolstädter Waldschönheiten los. Im Jahre 1906 wurden etwa 600 Hektar Wald zwischen Eigenbach und Trippstein oberhalb Schwarzburg durch gerichtliche Aufgebotverfahren, gegen das sich natürlich keiner der fürstlichen Untertanen auflehnen wagte, nicht bloß diesen, sondern zu einem sehr erheblichen Teile auch dem Sommerfrischlerverkehr entzogen. Vegetation mit Gebirgsgegnen alsbald in diesem Gebiet für die Wirkung der Monopol. Jetzt aber ist von neuem durch das fürstliche Hausfeldomum, vertreten durch die Ministerialabteilung für Finanzen, vor dem Amtsgericht zu Königsberg Aufgebotverfahren für über 700 Hektar Wald, Wiesen und Wege beantragt, das am 30. Oktober dieses Jahres abgeschlossen wird und wieder die schönsten und letzten Reste des öffentlichen Waldbezirks Schwarzburgs dem öffentlichen Verkehr entzieht, wenn sich die öffentliche Meinung, die Touristen, die erholungsbedürftige Welt und vielleicht doch auch endlich der Rudolstädter Landtag nicht rühren.

Nach der amtlichen Bekanntmachung vom 21. Juni dieses Jahres sollen fürstliche Hausvermögen mit Ausnahme der Vermögensgegenstände aller Dritter werden: das Krippstein-Aussichtshäuschen mit seiner großartigen Umgebung, der Weg nach dem Krippstein, eine Reihe anderer herrlicher Spaziergänge und in über dem Schwarzgatal, und es ist bei der in der Kammergutverwaltung herrschenden Richtung nicht abzusehen, wie vieler Verbotstafeln für ahnungslose Spaziergänger man nach Durchführung dieses Planes bedürfen wird. Wer die idyllischen Wälder, Berg- und Wiesengründe kennt, die jährlich Reihenhäusern mindestens ein paar reine und schöne Erholungsstagen bieten, den Vermögenen noch mehr, der wird mit der geheften Welt der Städte wünschen, daß in Schwarzburg-Rudolstadt durch eine gründliche Auseinandersetzung zwischen Land und Fürst die beiderseitigen Interessengebiete weniger einseitig abgegrenzt und der Entwicklungsmöglichkeit, die lediglich in der Richtung naturfreundlicher und landwirtschaftlicher Veredelungsgestaltung liegt, nicht beinahe mittelalterliche Schranken gesetzt werden. Sonst würden im Herzen Thüringens zu allgemeiner Verbitterung und zum Nutzen sehr kleiner Preise Verhältnisse entstehen, die an den englischen Landlordismus und an Schlimmeres erinnern.

Der Kuli — eine arbeitssparende Maschine!

Die Rheinisch-westfälische Zeitung schreibt:
„Deutsche Agrarier haben ja schon bereits einmal die Möglichkeit erwogen, chinesische Kulis für die Landarbeit einzuführen. Wenn sich herausstellte, daß dann die Kulis teurer zu stehen kommen würden als heimische Arbeiter, so könnten sich doch später die Verhältnisse ändern. Tatsache ist jedenfalls, daß das europäische Kapital bei dem herrschenden Arbeitermangel mit den unangehörigen Arbeiterkategorien des asiatischen Festlandes gekommen hat. Die Folgen sind unübersehbar. Die Frage des Kullimportes nach europäischen Ländern wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Da die Sozialisten mit Gründen der Rasse und Nationalität

die allein gegen einen Kullimport ins Feld geführt werden können, nicht gern etwas zu tun haben, suchen sie zunächst glauben zu machen, die Kultur stände im Gefähr. Das ist ein Unfug. Wenn es sich hier um einen modernen Barbareneinbruch handelt, so ist zu bedenken, daß im Grunde noch keine Kultur durch Barbaren vernichtet worden ist. Nur die Römer und Griechen selbst gingen als Nationen in den Stürmen der Völkerwanderung zu Grunde, ihre Kultur lebt noch heute in ihren Ueberwindern, den damaligen Barbaren, fort. Solange der chinesische Kuli bedürfnislos bleibt, kann er der Kultur-nation, die ihn verwendet, nur nützen. Er kann der Kultur des Landes, in das er eingeführt wird, ebenso wenig schaden, wie arbeitssparende Maschinen. Gefährlich für die ihn beherbergenden Völker wird der Kuli erst, wenn er Kultur annimmt, wenn er sich assimiliert.“

Ganz uninteressant befürwortet das Sprachorgan der Rheinisch-westfälischen Kohlen- und Schieferbarone den tatsächlichen Fortbestand der Unkultur und Barbarei des Kullismus. Der Kuli ist ein Grubenmillionäre eine arbeitssparende Maschine; und damit hat der Kuli seinen Zweck erfüllt. Höchster Ruhm der schrankenlosen Kuli ist, ein nützliches Mitglied — nein, eine nützliche, arbeitssparende Maschine der menschlichen Gesellschaft zu sein.

Wie ist das preussische Volk in seinem Landtage vertreten? Diese Frage beantwortet die nationalsozialistische, indem sie die preussischen Landtagsabgeordneten nach ihren Berufen wie folgt aufzählt. Es sind unter den Abgeordneten:

Verwaltungsbeamte	82	
Höhere Justizbeamte	45	114
Sonstige Beamte	27	
Offiziere a. D. (ohne andern Beruf)	19	
Lehrer, Professoren	10	
Geldlöhne	17	
Rechtsanwälte	21	81
Ärzte	6	
Arbeitsbeamte	7	
Schriftsteller	12	
Großgrundbesitzer	111	161
Bäuerliche Landbewirtschaft	60	
Kaufleute	12	
Industrielle	26	44
Händler	7	
Minister	32	88
Sonstige Berufe	1	
Arbeiter	0	
Summa	483	

Es sind also Großgrundbesitzer und höhere Beamte, die die Gesetze des preussischen Volkes bestimmen. Die Arbeiterklasse, auf die der Bestand des ganzen Staates gegründet ist, hat keinen einzigen Vertreter. Liebigens auch ein gar treffliches Zeugnis für die Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien.

Weiße Sklaven. Wie aus New York berichtet wird, sind die Einwanderungsbehörden in Chicago, suchen einer Massenabsehung von Arabern aus den südeuropäischen Ländern auf die Spur gekommen, die das größte Aufsehen erregt und zu Schritten bei den Regierungen in Europa führen wird. Es ist eine große Anzahl von Unternehmern verhaftet worden, die als „Importeure“ dieser aus Kaukasien und anderen entfernten Ländern aller Art verwendeten Jungen große Gewinne erzielen. Die Behörden stellen fest, daß diese „Padroni“ die kleinen Burden durch ein wohlorganisiertes Anwerbesystem in Massen aus Europa bezogen, gleich Sklavenhändlern bei schlechter Nahrung und Abler Behandlung in vollkommener Gefangenschaft hielten und sie an Handels- und Gewerbeleute, die Bedarf an solchem Arbeitermaterial haben, gleich Viehherden um einen bestimmten Preis pro Kopf abgaben. Die Einwanderungsinspektoren haben nun den Antrag gestellt, daß die Regierungen der in Betracht kommenden europäischen Staaten auf diesen ungeheuerlichen Handel aufmerksam gemacht werden sollen, damit schon dort den „Aufkäufern“ dieser lebenden Ware das Handwerk gelegt wird.

Auch in Deutschland ist dieser Sklavenhandel leider nicht unbekannt. In Berlin hatte vor mehreren Jahren das Elowantenunwesen einen großen Umfang angenommen, bis schließlich am 23. Oktober 1903 eine Verfügung des Polizeipräsidenten erging, die es innerhalb weniger Jahre ermöglichte, die Sklavenhändler zu unterdrücken. Ende 1904 wurde noch einmal im Osten Berlins ein Quartier ausgemerkt, in dem ein Unternehmer Elowantenhändler hielt. Jetzt ist der Elowantenhandel aus dem Straßenbild Berlins, in dem er eine typische, aber jämmerliche Erscheinung war, verschwunden. Die polizeiliche Verfügung bestimmte, daß in sämtlichen Berliner Revieren die Elowantenhändlerhaftet sollten. Wer nicht heimatsberechtiget war, wurde ausgewiesen, und wer die Heimatsberechtigung besaß, wurde wegen Uebertretung der Gewerbeordnung — Gewerbschneide hatte ja niemand von ihnen erhalten — bestraft.

Die „Berl. Volks-Ztg.“ erinnert an den letzten großen Schlag, den die Kriminalpolizei gegen sechs der Sklavenhändler in Berlin unternahm. Der Schlamm war ein gewisser Substanz, ein naturalistischer Ungar, der zwei Quartiere für die kleinen Elowanten unterhielt, eins am Dönhofsplatz 7 und das andere in der Hauptstraße 82. Der beschäftigte er eine Anzahl Meister und Kassierer, die die Aussicht über die Jungen führten. Eine Vermittlerin hatte er in Trenzlin, in der ärmlichsten Gegend Ungarns. Die sechs der Eltern der Jungen einen Lohn von 60 bis 80 Kronen für das Jahr bei vollständig freier Station. Gern gingen die Leute auf dieses verlockende Angebot ein, und die Vermittlerin schickte die Burden in Trupps von zehn bis zwölf nach Berlin, wo die bittende Entlohnung ihrer barock. Vom Bahnhof wurden die Elowanten abgeholt und nach ihren Quartieren geleitet, elenden Stellerkern, in denen die Kinder bis zu zwanzig zusammengepfercht hocken mußten. Ihre Lagerstätten waren alle Gerichten, in denen drei bis vier Jungen beinahe auf dem Fuß vermodernden Stroh schliefen. Morgens um 4 Uhr hieß es aufstehen, dann wurden die kleinen Händler, unter ihnen Kinder von zehn Jahren, mit einem Wissen trockenen Brotes in zerlumpter Kleidung in Kbin und Bettler hinausgeschickt.

Die Polizei durfte die Kinder in dem fabriksmäßigen Betriebe nicht finden. Daher mußten sie vor Tagesgrauen hinaus und durften ihr elendes Lager erst nach zehn Uhr abends wieder aufsuchen. Blieben doch einmal einige so lange, bis Kuffert kam, so hatten sie die strengste Befehlsung, sich im Spind, Kamin oder noch in sonst nur konnten, zu verstecken, bis die Gefahr vorüber war. Dann kamen, wenn sie von der Polizei gefangen worden waren. Dann gab es barbarische Schläge mit Stöcken und Keulen. Mit Schlägen wurden sie auch Abendempfangen, wenn es ihnen weder durch Dandel, noch durch Betteln oder Stehlen gelungen war, den vorgeschriebenen Tageslohn von 4. 8 herbeizuschaffen. Die Nachbarn, solcher Quartiere konnten oft die unheimliche Behandlung nicht mit ansehen und wandten sich an die Polizei. Die armen Kinder, die dann überall auf der Straße aufgesperrt und mit einem ihrem Kram, in Genossenschaft genommen wurden, waren aber so eingeschüchtert, daß sie sich falsche Namen beilegen und sich weigerten, ihre Quartiere anzugeben, um es mit ihren Peinigern nicht zu bereden. Erst nachdem allmählich eine ständige Zahl zusammengebracht war, gelang es dem Dolmetscher, fälschlich das Polina, sie zu einer Missetat zu bewegen.

Anschließend sollte, während seine Sklaven hals verhängerten, herrlich in den Gruben und verpackte das Gefäß, das ihm die armen Jungen lieferten, mit teilschönen Mädchen. Seine Frau sollte auf seinen Befehlen in Ungarn. Er unterhielt auch in Potsdam, Hannover und Magdeburg seine Quartiere und schob dorthin seine kleinen Händler ab, wenn ihm in Berlin von der Polizei Gefahr drohte.

Die neuengländischen Zwangsgerichtsgerichte. Neuseeland hat die Einrichtung der Zwangsgerichtsgerichte in Arbeiterfreistädten. Schiedsgerichte dieser Art setzen nachteilig die Machtvollkommenheit voraus, die Befragung derjenigen durchzuführen, die ihrem Urteilsspruch keine Folge leisten. Die Institution wurde nun durch ein Urteil des Richters Williams in Gefahr gebracht, der in einer Streitfrage sich gegen die Zulassung der Befragung ausgesprochen hatte. Der Appellationshof hat diese Entscheidung aufgehoben und erklärt, daß Streikende, die sich weigern, eine ihnen auferlegte Geldstrafe zu zahlen, mit Gefängnisstrafe belegt werden können. Der Appellationshof erklärte ferner, daß alle Arbeiter Neuseelands, die in einen Streit eintreten und dadurch gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts verstoßen, zu Geldstrafen zu verurteilen sind, an deren Stelle im Falle der Nichtzahlung Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre tritt. Sämtliche Arbeiter, die an dem letzten Schiedsgericht in Wellington teilgenommen, haben demnach Gefängnisstrafen zu gewärtigen, falls sie die über sie verhängte Geldstrafe nicht zahlen.

Auf diese Weise aber kann die Einrichtung der Zwangsgerichtsgerichte unter Umständen den Arbeitern zum schweren Nachteil gereichen, zu ihrer Vergeßlichkeit dienen. Es kann sehr wohl der Fall sein, daß sie Ursache haben, mit dem Spruch des Schiedsgerichts unzufrieden zu sein. Das Zwangsmittel die Befragung sollte in Schiedsgerichtsfragen auf keinen Fall Anwendung finden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Oohsenwärd (Sperren über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorleth);

Schleswig-Holstein:

Kiel (Aussperrung), Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Plessburg (Zimmererstreik), Sonderburg (Sperre über Will, Neubau Goethestrasse);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Korf);

Brandenburg:

Berlin und Vorort (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern:

Gammin (Streik), Pölitz (Sperre über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard, Arnswalde (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen:

Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

Posen - Schlesien:

Schwersenz (Sperren über Högg, Iwan, Anders und Manjowski), Kuska (Sperren über Stülz-nagel und Lütz), Militsch (Sperre über Klein), Rawitsch (partielle Streiks), Neusalzbrunn (Sperre über Tübler), Ohlau (Sperren über Rother und Jander, Antonenhütte (Sperre über Jannich);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Möckern, Sohr-strasse, Otto Ange, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brand-vorwerkstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, Fr. Probst & Co., L. Gautsch, Spinnerstrasse, Schneoberg (Sperren über G. Heckel in Schneoberg, Lain in Ane, Ban liegt in Niederschlema, und über den Fabrik-neubau in Oberschlema, Unternehmer Sander, Mülsen (mehrere Sperren), Colditz (Streik);

Thüringen:

Triebes (Streik), Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Langen-salza (Sperre über Zeitzsch);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Celle (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Hönnerbach), Fallingb. (Sperre über Bostel-mann), Salzgitter (Sperre über Bröcker);

Westfalen:

Bagen (mehrere Sperren);

Rheinland:

Orefeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperre über die Kolonienbauten von Gebr. Meier), Schwelm (Sperre über Müller), Coblenz-Vallendar (partielle Streiks), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Gernshelm (Streiks), Rüdeshelm-Geisen-helm (verschiedene Sperren), Weissenau (Diffe-renzen), Offenbach a. M. (Sperre über die Bauten der Zementfabrik);

Elsass-Lothringen:

Hagenau (Streik), Strassburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmers-bach (Sperre über den Schulneubau);

Bayern:

Plattling (Streik), Sell (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperre über Gorbil), Wasserburg (Sperre über Nubauer);

Fliesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperre über die Zwischenunter-nnehmer Jeschowsky und Rummenhölle);

Schweiz:

Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Martigny (Streiks);

Oesterreich:

Leitomschl, Mährisch Weisskirchen (Streiks);

Ungarn:

Agram, Arad, Béo (Streiks).

Gau Cöln.

Der Streit in Dellbrück dauert fort; es wurde jedoch beschlossen, die Zahl der Streikenden bis auf zwei Kollegen zu reduzieren, die den eventuellen Zug abhalten sollen. Die Unternehmer nehmen gegenwärtig keine Arbeiten an; sie glauben immer noch, die Arbeiter werden zu den vor-herigen Bedingungen gern wieder anfangen. Sie be-gehenden dies damit, daß es langsam am Winter geht. Hierin dürfen sich die Unternehmer aber irren, denn hätten die Kollegen fähigkeitslos werden wollen, so war ihnen in den acht Wochen schon Gelegenheit genug dazu ge-boten, da der eine oder andere Unternehmer schon 3 1/2 Lohn-umlage gezahlt und nur seinen Vertrag haben wollte. Bis heute ist aber noch nicht ein Streikender unterge-worfen, was um so erfreulicher ist, als die Kollegen erst ganz kurze Zeit organisiert sind. So weiter ausgefallen wie bisher, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Vom Zweigverein Düsseldorf ist die Firma Oster & Rosch in Kaiserswerth gesperrt worden, weil sie sich weigerte, den im Düsseldorf Vertrag festgelegten Lohn von 60 3 zu zahlen und die neuemalshaltende Ar-beitszeit innezuhalten.

Schon neun Wochen dauert der Kampf in Crefeld und noch immer ist kein Ende abzusehen. Die Unternehmer streben noch immer hartnäckig auf dem Standpunkt, die Organisationen zu vernichten, was ihnen natürlich nicht gelingen wird. Da durch diesen Kampf die ganze Bürger-schaft Crefelds, besonders die Geschäftsteile und die übrigen Bauhandwerker, wie Stuckateure, Baufloßer, Schreiner, Antreiber, Fuhrleute usw. in Mitleidenschaft gezogen sind, so sind diese an die hiesige „Kommission für soziale Fragen“ herantreten und haben um An-nehmung einer Einigung zwischen den beiden streikenden Parteien ersucht. Am 18. September erhielten wir folgendes Schreiben:

Zu einer Vorbesprechung in Angelegenheiten des Bauarbeiterstreiks gestalte ich mir, Sie und die übrigen Vorstandmitglieder auf Samstag, den 14. September 1907, Vormittags 8 Uhr, ins Rathaus, Zimmer Nr. 20, einzuladen.

Vorsitzender der Kommission für soziale Fragen.

Die betreffenden Organisationen, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, folgten dieser Einladung. Herr Dr. Vertam legte den Arbeitern drei Fragen vor: 1. Ob sie gewillt wären, mit den Unternehmern zu verhandeln; 2. ob sie einen Vertrag auf längere Zeit abschließen wollten; und 3. ob sie den Stundenlohn von 30 3 pro Jahr steigen sollte. Alle diese drei Fragen wurden bejaht. Am 17. September fand im großen Saale des Rathauses die erste Verhandlung mit den Unternehmern statt. An der Verhandlung nahmen teil: Herr Dr. Vertam, Beigeordneter Otto und Kom-merzienrat Schürds, 12 Unternehmer und 16 Arbeitnehmer, einschließlich der Bauvorstände. Herr Dr. Vertam leitete die Sitzung und sprach die Erwartung aus, daß heute der Frieden zwischen beiden Parteien geschlossen würde. Kollege Ruff begründete unsere Forderung in bezug auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und Verfürgung der Ar-beitszeit. Herr Bruns, Vorsitzender der Bauinnung, er-klärte kurz und bündig, keinen Pfennig mehr geben zu wollen und auch eine Verfürgung der Arbeitszeit nicht ein-treten zu lassen. Er erklärte weiter, daß im Jahre 1910 die Arbeitszeit geregelt würde, und daß sie dann nicht abgeneigt wären, die Arbeitszeit zu verfürgen; er sagte aber hinterher, daß 1910 in den Städten, wo jetzt eine längere Arbeitszeit wäre, die geistigste wieder ein-geführt würde. Nach langem Hin- und Herreden stellte der

Unternehmer Frings den Antrag, daß die Parteien eine kurze Zeit abtreten sollten, um zu beraten, ob die Unter-nnehmer gewillt wären, höhere Angebotspreise zu machen. Nach etwa 20 Minuten wurde die Verhandlung weiter-geführt, und der Schlichter Bruns erklärte: für dieses Jahr wollten die Unternehmer nichts bemängeln, und für die Jahre von 1908 bis 1910 57 3 für Maurer und Zimmerer und 47 3 für Bauhilfsarbeiter. Arbeitszeitver-fürgung gäbe es nicht. Dieses Angebot war ein Dolch auf unsere gerechte Forderung, wir lehnten es darum ab, und verlangten, daß vor 1910 die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ein-geführt, wenn nicht in diesem, dann im nächsten Jahre oder von 1908 bis 1910. Aber auch dieses Angebot wurde von Herrn Bruns scharf abgelehnt. Kein einziger von den anwesenden Unternehmern nahm einmal das Wort, nur immer der Schlichter Bruns; die anderen saßen da wie die Strohputzen. Kollege Ruff wies in einer längeren Rede darauf hin, daß in den Städten Cöln, Düsseldorf, Elberfeld, Solingen, Remscheid und der ganzen Umgebung die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt wäre, nur in der Großstadt Crefeld sperre man sich noch dagegen. Es handle sich bei den Unternehmern um eine Wuchfrage, sie wollten den Cöln Vertrag des Arbeitgeberverbandes nicht durch-brechen; denn aus lokalen und auch aus allgemeinen kulturellen Gründen müßten sie zugeben, daß die Ver-fürgung der Arbeitszeit für Crefeld unbedingt eine Notwendigkeit ist. Herr Dr. Vertam habe in seiner Rede darauf hingewiesen, daß in Crefeld im allgemeinen keine Arbeitslosigkeit herrsche, das freizeite, aber diese wäre doch am besten durch eine Verfürgung der Arbeitszeit zu hemmen. Herr Bruns warf dem Kollegen Ruff vor, daß er hauptsächlich die Schuld an dem Kampfe trüge, Ruff säme alle zwei Jahre nach Crefeld, um die Maurer auf-zugehen und aufzuwecken. Kollege Hochstetters wies diesen Vorwurf energisch zurück und sagte, Herrn Bruns könnte man eher als Döner und Aufwecker ansehen; denn er habe kein Angebotspreis mehr und würde durch den Streit nicht in Mitleidenschaft gezogen. (Bruns hat nämlich im vorigen Jahre den Kontrakt erklären müssen.) Kollege Hochstetters wies weiter darauf hin, daß es eine Unver-schämtheit von den Unternehmern sei, daß sie uns einen schlechteren Vertrag aufzwingen wollten, als der abgelaufene war. Wenn sie den Kampf noch länger wollten, so könnten sie ihn haben. Die Crefelder Bauarbeiter würden so lange kämpfen, bis ihre gerechte Forderung bewilligt ist; eher würde keine Ruhe im Gewerbe eintreten. Nachdem Herr Dr. Vertam einsah, daß doch kein Friede zu Stande kam, ermahnte er die Unternehmer, unter sich eine Sitzung einuberufen und den Arbeitern mehr Angebotspreise zu machen. Die Arbeiter wären den Unternehmern in weit-gehendem Maße entgegengekommen. Eine Ungerechtigkeit sei es auch, daß die Unternehmer den Arbeitern einen schlechteren Vertrag aufzwingen wollten, als es der ab-gelaufene war. Um aber zu einer Einigung zu kommen, habe er beide Parteien auf Donnerstag, den 19. September, zu einer Sitzung ein und hoffe, daß dann ein Friede zu Stande komme, zum Nutzen der ganzen Bürger-schaft Crefelds. Am 18. September erhielten die Vertreter der Arbeiter von Herrn Dr. Vertam folgendes Schreiben:

„Wie mir seitens des Arbeitgeberverbandes für das Bau-gewerbe mitgeteilt wird, ist der Verband nicht bereit, auf eine Verfürgung der Arbeitszeit einzugehen. Ob und in welchem Betrage eine Erhöhung von 1908 ab zu gewähren sei, hänge in erster Linie davon ab, wie die Arbeiter-schaft sich endgültig zur Frage der Arbeitszeit-verfürgung stelle und wann sie genehmigt, die Arbeit wieder aufnehmen. Der Arbeitgeberverband ist der Ansicht, daß in der auf morgen anberaumten Verhandlung die An-gelegenheit nicht zur Erledigung kommen wird, und will ihr deshalb fernbleiben. Unter diesen Umständen habe ich die Verhandlung auf, weil hierbei nur eine Partei ver-treten sein würde, und bitte Sie, den Mitgliedern ihres Verbandes, die an der Verhandlung teilzunehmen beab-sichtigen, Kenntnis hiervon zu geben. Sollten Sie wünschen, auch in Abwesenheit der Arbeiter noch weiter mit der sozialen Kommission zu verhandeln, so bin ich bereit, das Erforderliche zu veranlassen, bitte aber dann um baldige Nachricht, weil ich Anfang nächster Woche voraussichtlich verreisen werde.“

Kollegen! Ihr erst hieraus, daß der Friede an der Gornnädigkeit der Unternehmer gescheitert ist. Wollen wir unsere Forderung durchdrücken, dann heißt es weiter kämpfen, aber viel energischer als bisher. Jeder Kollege, ob er mittelfeilt, ob er zu den neuen oder alten Bedingungen arbeitet, hat sich der Streikleitung zur Verfügung zu stellen, damit die Zahl der Streikbrecher geringer wird. Die auswärtigen Kollegen aber müssen das Streikgebiet meiden; es darf nicht vorkommen, daß organi-sierte Kollegen nach Crefeld reisen.

Gau Hannover.

In Celle sind zu den schon vorhandenen Streikbrechern noch 22 Italiener gekommen, so daß jetzt insgesamt 44 Italiener und 14 Holländer als Streikbrecher arbeiten. Ob diese die Streikenden ersetzen können, wollen wir erst abwarten. Von dem vom Gewerbegerichtsvorstand ge-planeten neuen Einigungsversuch ist uns noch nichts Näheres bekannt. Unser bisheriger Verfechter Abel, „Tivoli“, hat uns das Lokal feige; unser Verfechter ist darum nach S. Knoop, Frigantiviete, verlegt.

Gau Leipzig.

In Triebes haben die Kollegen den Unternehmern am 9. September eine Lohnforderung gestellt. Es werden auf die jetzt geltenden Stundenlöhne 8 3 Aufschlag ge-fordert. Es kommen zwei Unternehmer in Frage. Einer davon hatte keine Antwort gegeben, während der haupt-sächlich in Frage kommende Unternehmer folgende An-gebotspreise gemacht hatte: vom 1. September an 38 3, vom 1. Mai 1908 an 37 3, vom 1. Mai 1909 an 38 3. Dies Angebot ist von den Maurern als ungenügend ab-gelehnt worden. Da sich nun die Unternehmer auf weiteren Angebotspreisen nicht herbeiließen, auch eine Ausrede ablegten; so legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder.

In den Streiks in Weissenfels und Naumburg sind Änderungen nicht eingetreten.

Gau Albed.

Die reisenden Kollegen werden erlucht, Albed einzuweisen zu werden, da durch die Handhabung des Arbeitsnachweises durch die Unternehmer die ortsansässigen Kollegen gemindert werden.

Gau Stettin.

Arbeitsnachweise. Die Mühlen des Gesehes mahlen wie Gottes Mühlen, langsam, aber trefflich fein; kommen jedoch Unternehmern in Frage, so mahlen sie auch schnell. Ob sehr, mag nachfolgendes lehren. Unserem Zweigverein erschien im Frühjahr d. J. die Arbeitsgelegenheit so ungünstig, daß keine Anträge auf Verbesserung der Löhne gestellt wurden. Die Zimmerer reichten Forderungen ein und wurden ausgespart; unsere Kollegen, als in Mitleidenschaft gezogen, arbeiteten auswärts. Vor einigen Wochen ist die Aussperrung der Zimmerer beendet. Mit einem Schlage wurden nun ein Kreisbau, ein Schulhaus, eine Kegel- und zwei Geschäftshäuser in Angriff genommen. Diesen Moment nutzten unsere Kollegen aus und reichten am 11. September eine Forderung auf 40 S. Lohn pro Stunde ein. Schon am 13. September fanden sich Landrat, Bürgermeister, zwei Kaufleute, und vier Maurermeister zu einer Beratung zusammen. Das Protokoll, das unserem Vorsitzenden zugelegt ist, lautet wie folgt:

Anwesend: Herr Landrat v. Meyer, Herr Bürgermeister Huebner, Herr Kaufmann Schadow, Herr Kaufmann Nabel, Maurermeister: S. Dammann, Günther, Blum und Scheel.

Verhandelt Arbeitsnachweise, den 13. September 1907. Zwischen den hiesigen Maurermeistern und den Vertretern der Maurer zu Arbeitsnachweise ist im Winter 1905/06 ein neuer Lohnvertrag zu Stande gekommen, der vom 1. April 1906 an in Wirksamkeit getreten ist. In demselben heißt es wörtlich:

„Dieser Tarif hat bis zum 28. Februar 1907 seine Gültigkeit. Wünschenswerterweise eine Verlängerung desselben, so ist dies bis zum 1. Januar 1907 mitzuteilen; geschieht dies nicht, so gilt dieser Tarif ein weiteres Jahr.“

Bei der Festsetzung dieses Tarifs wurde über alle Punkte eine Einigung erzielt, nur über die Höhe des von den Meistern an die Gesellen zu zahlenden Stundenlohnes wurde ein Einverständnis zunächst nicht herbeigeführt. Durch Vermittlung des Magistrats gelang es schließlich, auch über diesen Punkt ein Abkommen zu treffen. Am 25. April 1906 kam im hiesigen Rathaus eine Vereinbarung dahin zu Stande, daß die Maurer-Gesellen statt des bisherigen Stundenlohnes von 34 S. ein solcher von 37 S. gezahlt werden sollte. Diese Vereinbarung bildet nach Ansicht der Meister einen festen Bestandteil des übrigen Lohnvertrages, daß auch eine Verlängerung dieser Festsetzung nur nach vorheriger Mitteilung bis zum 1. Januar von einem der vertragsschließenden Teile gewünscht werden kann, daß aber, wenn eine derartige Mitteilung nicht erfolgt, auch der Lohnsatz stillschweigend ein weiteres Jahr gilt.

Die Maurer-Gesellen sind nunmehr, plötzlich an die Meister mit dem Ansuchen herangetreten, den Stundenlohn von 37 S. auf 40 S. zu erhöhen. Sie beantragen diese Lohnerhöhung von Montag, den 17. d. M., an und haben erklärt, für den Fall der Weigerung die Arbeit niederzulegen zu wollen.

Die Meister erblicken in diesem Begehren ein konträrthieriges Verhalten und sind der Ansicht, daß die Maurer tarifmäßig wenigstens bis zum 27. Februar 1908 zu dem bisherigen Satze von 37 S. pro Stunde weiter zu arbeiten haben, weil eine rechtzeitige Kündigung des Tarifs bisher nicht erfolgt ist. Seitens der Meister wird deshalb beabsichtigt, eine Lohnherabsetzung für das laufende Jahr unter allen Umständen abzulehnen.

Die unterzeichneten Bauherren, die Bauten im Gange haben bzw. mit solchen in aller nächster Zeit beginnen lassen wollen, und zwar a) der Landrat v. Meyer namens des Kreis-Ausschusses bzw. des Kommunalverbandes Arbeitsnachweise, b) der Bürgermeister Huebner namens des Magistrats bzw. der Stadtgemeinde Arbeitsnachweise, c) der Kaufmann R. Schadow, d) der Kaufmann A. Nabel erklären hiermit, daß sie den Standpunkt der Maurermeister völlig teilen und deren Vorgehen für richtig halten.

Sie, die genannten Bauherren, entlasten hiermit für den Fall, daß es zur Arbeits Einstellung kommen sollte, die auf die rechtzeitige Fertigstellung der Bauten von Einfluß ist, die Bauunternehmer von der Verpflichtung, die Bauten vertragsmäßig herzustellen. Sie verlangen ferner ausdrücklich, daß in dem laufenden Jahre auf den Bauten kein Maurer-Geselle mit einem höheren Stundenlohn als 37 S. von den Meistern beschäftigt wird. Die unterzeichneten Maurermeister erkennen diese Unterstützung von Seiten der Bauherren dankbar an und übernehmen ihrerseits ausdrücklich die Verpflichtung, im laufenden Jahre keine Lohnherabsetzung eintreten zu lassen.

geg. v. Meyer, Huebner, S. Dammann, R. Schadow, U. Günther, Alfred Nabel, Schmidt und Blum, Scheel.

Für richtige Abschrift: Schneider, Kreis-Ausschusssekretär.

Soweit das Protokoll. Es fällt zunächst auf, daß zu dieser Sitzung kein Vertreter der Gesellen zugegen ist. Wäre es geschehen, dann ließe sich aber der Vorwurf eines Vertragsbruchs — Kontraktbruch heißt es im Protokoll, weil man in diesen Landgegenden so häufig an dem Ausdruck gewöhnt ist — nicht aufrecht erhalten. Der Vorwurf soll ja auch offenbar nur zur Verschleierung des strengen und parteiischen Standpunktes der beschäffigten Vertreter dienen. Die Unternehmer sind nun genug zu sagen, ihrer Ansicht nach bildete der Absatz über Kündigung einen Teil des Vertrages. Sie wissen nur zu gut, daß ein solcher Vertrag gar nicht besteht, und darum müssen wirßen das Siegel aufdrücken. Im Winter 1905/06 sind die Sitzungen ergebnislos verlaufen. Als es im April zum Streik kam, ist den Unternehmern ein neuer Vertragsentwurf ausgestellt. In den Verhandlungen am 25. April 1906 wurde die zehnprozentige Arbeitszeit und ein Lohn von 37 S. festgesetzt. Es konnte also am 1. April 1906 kein Vertrag in Kraft treten.

Als juristisch gebildete Personen mühten Landrat und Bürgermeister wissen, daß zu einem Vertragsabschluß die Zustimmung beider Teile gehört. Verlaßen die Vorverhandlungen im Sande, so kann das Bepföndene doch nur dann in den neuen Vertrag aufgenommen werden, wenn dies bei den erneuten Verhandlungen ausdrücklich erklärt wird, und eine solche Erklärung ist am 25. April 1906 weder mündlich noch schriftlich erfolgt.

Landrat und Bürgermeister sollen unparteiisch sein! Was hinderte die Herren — selbst wenn die Lohnfrage bis zum 27. Februar 1908 geregelt war —, die Beratung über die Lohnhöhe für 1908 schon jetzt einzuleiten? Auch die Unternehmer lehnen ein Verhandeln für 1908 ab; ihnen war es nur um die Streiklausel zu tun. Die beiden Kaufleute müssen sich sehr sicher fühlen, können es auch, weil die Arbeiterkraft in Arbeitsnachweise im großen und ganzen rückständig ist. Wäre es anders, den Herren würde die Sitzung teuer zu stehen kommen.

Unsere Kollegen haben die Forderung zurückgezogen. Warum? — Es ist die Meinung und Kreis-Arbeitsnachweise; das sagt genug für den Eingeweihten.

Auf der Insel Nügen gehen die Unternehmer einer mündlichen Verhandlung aus dem Wege. Sie scheinen selbst einzugehen, daß ihre Gründe zur Ablehnung unserer beschiedenen Wünsche nicht ausreichen. Lohnhöhe und Vertragsdauer sind geregelt. Jetzt weigern sich die Herren, die ausgedehnte Reisezeit, das Fahren, die Lieferung von Heizmaterial und eine genaue Festlegung, wann Lebensstunden zu leisten sind, vertraglich festzulegen. Es ist vorgekommen, daß Kollegen wegen Holzdiebstahls bestraft sind, als sie das zur Heizung der Baubude benötigte Holz sammelten. Am 15. September ist es unseren Kollegen zur Pflicht gemacht worden, den Lohn von 37 S. für die Stadt, 40 S. für das Land und 50 S. für Baubeorte, sowie die Arbeitszeit innezuhalten und somit im Sinne unserer Vorschläge zu wirken. Die Inanspruchnahmen sollen durch eine lebhafte Agitation der Organisation ausgeführt werden.

In Gammeln will die Bewegung immer noch nicht zum Abschluß kommen. Neuerdings finden sich mehr Streikbrecher von auswärts ein, darunter waren auch zwei Stettiner, obwohl in nächster Nähe genügend Arbeit zu besseren Bedingungen ist.

Der Arbeitgeberverband in Colberg erprobt eine neue Methode bei Verhandlungen. Die Unterscheidung zwischen vertragsreifen und vertragsunreifen Organisationen kann noch passieren, aber daß man die Anerkennung der Vertragsreife als ein besonderes Zeichen des sozialpolitischen Verständnisses der Unternehmer ansehen und damit mit einem Butterbrod fressen aufziehen soll, ist neu. So war es am 12. September. In dieser Verhandlung blieb den Unternehmern kein Zweifel, die Maurer wollten Löhne sehen und nicht bloß schöne Worte hören. Wir konnten nachweisen, daß trotz eines Vertragslohnes von 44 S. der durchschnittliche Lohn im Sommer 1906 auf 48 S. stand und 1907 trotz des Einflusses der Unternehmerorganisation immer noch auf 47 S. Angeht dessen wollten die Unternehmer nochmals beraten. Am 18. September ließ sich die Verhandlung vielversprechend an. Dem anwesenden Bauarbeiter wurde eröffnet, daß auch mit ihnen verhandelt würde, sobald mit den Maurern eine Verständigung erzielt sei. Im Nebenräume vertrat eine Stadtmittelsperson seine Führer unter Aufwand aller Vorgesetzten auf's Jenstliche, und bei Orgelflag und Gesang eines frommen Liedes teilte Herr Moritz mit: „Es soll vom 1. Oktober 1908 an ein Stundenlohn von — 45 S. gezahlt werden. Der Vertrag soll bis zum 1. April 1910 gelten.“ Den Lohn, der in diesem Angebot liegt, müssen die Herren selbst selbst empfinden haben. Unserem Vorschlag, über eine stufenweise Erhöhung zu beraten, hörte man mit halbem Ohre zu, und die Verhandlung war zu Ende. Jetzt kommt es darauf an, wer am besten Warten gelernt hat.

In Garz a. d. O. ist der Streik beendet. Es bröckelte in den eigenen Reihen, und so erfolgte die Aufnahme der Arbeit ohne Vertragsabschluß.

In Sammerkeim halten die Mitglieder auch ohne Versammlungstotal gut zusammen. Am 7. September war im Birkenwäldchen Herrenabend. Zwei Polizeigisten witterten Unheil, doch fürchte ihre Anwesenheit die zwangvolle Unterhaltung nicht. An Vervornungung gewöhnt, man sich.

Den Kollegen in Neukettin ist es gelungen, ein Lokal zu besorgen zu erhalten. Günstig wird es jetzt gehalten.

In Stettin ist die Arbeitsgelegenheit geradezu trostlos. Mitte August waren noch 650 Beschäftigte, jetzt sind es kaum noch 400. Neue Arbeit ist, abgesehen von zwei öffentlichen Arbeiten, für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Der Zusammenbruch einer Holzfirma mit 1 1/2 Millionen Mark hat den seit drei Jahren herrschenden Druck noch verschärft. Angesichts der schlimmen Zustände, die viele Kollegen aus dem Orte treiben, ist es bedauerlich, daß sich einige „Raubbeine“ gegen die eigenen Kollegen wie auch gegen die Quartierwirte nicht so betragen, wie es einem Organisierten ziemt. Gierunter müssen gewöhnlich Unschuldige leiden.

In Torgelow wird seit einigen Jahren nicht in Accord gearbeitet, dafür ist beim Kugen ein Lohnaufschlag von 5 S. pro Stunde üblich. Ein Unternehmer zahlt seit kurzem 10 S. pro Stunde mehr. Ein anderer gab Gratifikationen von 10. Gierunter vermutete man heimlichen Accord; infolgedessen wurden zwei Mitglieder ausgeschlossen. Bei erneuter Prüfung konnte nichts Bestimmtes gelang werden, der Ausfluß ist rückgängig gemacht. Als Pflicht jedes Kollegen wird das Unterlassen von Accordarbeit nach wie vor betragt.

Gau Strassburg.

In Strassburg i. El. streifen die Bauhülfsarbeiter, modisch am Schluß der vorigen Woche nahe an 200 Maurer in Mitleidenschaft gezogen waren. Da die letzten und noch etwa in Angriff zu nehmenden Bauten nicht als besonders dringlich bezeichnet werden können, gewinnt das Gemerkel von einer allgemeinen Bauarbeiteraussperrung sehr an Wahrscheinlichkeit. Aber auch ohne dies dürfte bei der Fortdauer des Bauhülfsarbeiterstreiks die Zahl der arbeitslosen Maurer bald auf 400 und mehr gestiegen sein. Zugut ist daher unter allen Umständen fernzuhalten.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Für Mitglieder, die zum Militär eingezogen werden, machen wir darauf aufmerksam, daß sie laut § 26a des Statuts während der Dienstzeit von Rechten und Pflichten entbunden sind; sie können aber in ihre früheren Rechte wieder eintreten, wenn sie sich abgemeldet und bis zum Eintritt des Militärdienstes ihren Beitrag gezahlt haben und sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung anmelden und vom Tage der Dienstleistung ihren Beitrag zahlen. Die Militärzeit wird in solchen Fällen auf die Dauer der Mitgliedschaft angerechnet.

Die Mitglieder, die jetzt zum Militär eintreten, werden dringend ersucht, ihre Beiträge bis zum Tage des Dienstbeginns voll zu bezahlen und das Mitgliedsbuch, bei Familienangehörigen in Aufbewahrung zu geben. Sofern letzteres nicht möglich ist, sind wir bereit, das Mitgliedsbuch aufzubewahren.

Stiergebeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbepfunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 16. bis 21. September für folgende Mitglieder erteilt:

Paul Stieh-Neppen (Frau), Verb.-Nr. 173 688; Alfred Möller-Giltenberg, 68 198; Wpl. Altrich-Wiesbaden, 164 704; Ernst Schulze-Treuenbriegen (Frau), 82 118; Adolf Strüger-Magdeburg, 75 090; Th. Schwarzburger-Weipig (Frau), 86 628; Friedr. Jander-Salzweil, 98 149; Friedr. Telling-Bergen a. R. (Frau), 68 096; Otto Baei-Prenden, 95 896; Verh. Janssen-Delmenhorst, 157 423; Aug. Arnold-Dresden (Frau), 254 935; Wd. Mathias-Frankfurt a. M. (Frau), 21 408; Georg Sigmund-Stuttgart, (300 678); Ost. Boigt-Gotha, 154 634; Arth. Engert-Annaberg i. Sa. (Frau), 246 979; Friedr. Voller-Dessau, 129 570; Nicol. Hartung-Eöln, 60 782; Joach. Kugel-Gnoien (Frau), 72 143; Herm. Korn-Stettin, 45 392; Heimr. Sander-Bremen (Frau), 125 678; Alb. Müller-Zellow, 103 835; Peter Gärner-Seidelberg (Frau), 314 521; Adam Weine-Erlangen, 150 107; Max Arnold-Dresden, 189 669; Carl Mühlberg-Hamburg, 200 479; M. Grosse-Hamburg (Frau), 27 790; Guhl. Varel-Berlin (W.), (Frau), 45 102; Georg Magt-Frankfurt a. M. (Frau), 191 595; S. Gernershausen-Hannover, 32 155; Contr. Franz-Büden-Seid, 183 573.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Rebenbierhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 16. bis 22. September 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
Albed M. 800, Verburg 600, Seidelberg 600, Nedermünde 600, Nordenham 400, Götzen 400, Köffen 300, Apolda 300, König 200, Rheine 200, Wahn 200, Heiligenhafen 100, Schwarzenfeld 51,21, Droyßig 8, Bremer 6400, Bielefeld 2000, Karlsruhe 1600, Sargburg 800, Grunmühlau 800, Blauen i. S. 800, Gommern 800, Borsdam 600, Minden 600, Wittenberg 600, Gummerdorf 400, Bittau 400, Seimfeld 400, Rudenwalde 800, Dören 800, Wittenberg 200, Teterow 100, Schwann 24,30, Vergeborf 19,76, Dorstund 1600, Guben 400, Rudolfs-Hab 252, Rorinberg 150, York a. d. B. 120, Geyer 100, Alt-Cöfel 100, Grimmen 97,12, Jönisch 30, Waren 5, Wittenburg a. Harz 2, Götin 4100, Gurgaben 500, Bremerhaven 800, Senftenberg 650, Grefschadt 450, Burgkahl 400, Reiznig 200, Fürstenwalde 200, Rappin 5, Reiz 100, Gera 1600, Bochum 1400, Sonneberg i. Th. 1200, Mühlort 1000, Wiesbaden 800, Pforzheim 600, Gronau 500, Götlin 400, Spandau 400, Vörsch 150, Sonneberg i. S. 100, Gengenbach 124,21, Steinach 30.

- b) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Götin.
Frankfurt a. M. 5, Senftenberg 6.

- c) Ein Mahnwort zur Verklärung der Arbeitszeit.
Greiz M. 10.

- d) Arbeit und Kultur.
Greiz M. 1,50.

- e) Lohnstatistik und Tarifverträge.
Greiz M. 5.

- f) Für Kalender.
Greiz M. 50.

- g) Für Futterale.
Gengenbach M. 2.

- h) Bericht der Bauarbeiterkommission.
Greiz M. 1,45, Gronau —, 75.

Vom Verbandsvorstande bekräftigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingehandt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verlegen gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Georg Weder-Frankfurt a. M. (Verb.-Nr. 401 746), Emil Joneleit-Königsberg i. Pr. (847 254), Harm Dreesmann-Ber (187 809), Joh. Gehrte-Lettern (185 534), Otto Fiebbe-Bienburg a. d. B. (182 163), Wpl. Friedel-Betten (105 702), Gustav Volk-Apolda (84 678), Fritz Grohmann-Hagen (13 875), Karl Werner-Weipig (89 087), Paul Klotz-Gommern (72 765), Wpl. Wöhmund-Lyden (85 819), F. Seifert-Gemüß (229 457), Ost. Baumgart-Dresden (255 485), Fritz Gerich-Memschel (256 689), Heimr. Rörber-Galeich (266 693), Math. Schulnagel-Holzsteden (268 834), Wpl. Breiter-Mühlort (272 889), Chr. Vlohm-Seide (276 250), Friedr. Steiner-Wismar (304 287), R. Süß-Balsrode (335 425), Peter Schubert-Magen (249 764),

Franz Seifert-Breslau (353 531), Anton Schmitz-Oberhausen (380 782), Hermann Streitenbach-Premerhaven (371 887), Joh. Maabe-Berlin (374 273), Jos. Meierhaver-Greifling (389 025), Karl Landgraf-Burgbladt (424 747), Georg Meunzel-Pamberg (426 381), Benzel-Ge-Geimig (471 263), Gust. Reibig-Leipzig (18 540), Emil. Weber-Warmen (138 297), E. Sattler-Frankfurt a. M. (272 194), Eug. Ludwiger-Strasbourg i. Elz. (376 548), Ern. Walsteri-Strasbourg i. Elz. (426 725).

Gefunden ist das Verbandsbuch des am 2. Mai 1888 zu Mowawes geborenen Kollegen Emil Walter und eine Anzahl Papiere des am 17. November 1873 zu Nittleben geborenen Kollegen Wilhelm Brömmel. Welche Kollegen können ihre Papiere bei uns abfordern.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Wahn: Wilhelm Brückwitz (Verb.-Nr. 51 531), Karl Bolligraun (255 805), G. F. Ehen: Albert Schulte (124 556), G. F. Ehen: Peter Meier (281 933), Bedel: Wilhelm Strauß (106 887), Peter Mathies (106 357), Wilhelm Harg (181 049), Wilhelm Siemsen (181 048), Simon Nagel (414 818), Reichenow: Wilhelm Stein (98 046), Friedr. Boigt (84339), W. E. W. Franz Müller (173 240), Reichenow: Josef Math (320 692), Kamperl Althammer (136 155), W. E. W. Ehen: Ernst Walter (181 442), Albin Bießer (181 444), Otto Theilig (405 806), Arno Walter (405 837), G. E. W. Ehen: Friedrich Prinz (329 498), G. E. W. Ehen: Hermann Hadenbach (354 608), W. E. W. Ehen: Wilhelm Ebnr (16 123), Julius Randomowsky (270 934), Julius Lorenz (18 123), Paul. Barisch (180 200), Düsseldorf: Jakob Weg (265 132).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgefordert, Ihren Verpfändungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Celle: Georg Wellmann (Verb.-Nr. 282 149), geb. am 11. Juli 1888 zu Wölfel b. Celle; Braun: Georg. Heinrich Wendt aus Thiede (12 830); Rempfen: Aligau: Peter Werlen (317 473).

Um Angabe seiner Adresse ersucht der Zweigverein Reichenow die Kollegen Gg. Grashöfner (Nummer des überlieferten Verbandsbuches 2293). Der Kollege soll als Zeuge vernommen werden.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Vorstandsvorstand.

Gerichte.

Verichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Verordnungen sendet man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Bur Bruchung!

Alle Zuschriften an die Redaktion, Administration und Expedition des „L'Operaio Italiano“ sind von nun an zu adressieren:

An die Redaktion des „L'Operaio Italiano“, Hamburg, Bismarckstr. 56.

Den Zweigvereinen, die mit Holland Verbindung unterhalten und das holländische Fachorgan beziehen müssen, zur Kenntnisnahme, daß sie sich direkt an die Redaktion oder Administration des Blattes zu wenden haben. Das Blatt unseres holländischen Bruderverbandes heißt „De Metselaar en Opperman“. Die Adresse der Redaktion ist: A. F. Müller, Tilburg, Gooisestraat 1569; die Adresse der Administration (Verlag und Expedition): J. W. v. Akerbergh, Hilversum, Googe Laarweg 139.

Stärke. Es tut mir leid, den „Grundstein“ noch einmal wegen der Unentschiedenheit der Kollegen in Anspruch nehmen zu müssen. Es ist eine bekannte Tatsache, solange jemand freit, hat er's halbe Nacht, und der Schuldige sieht zu, sich möglichst rein zu waschen. Ich trete jederzeit den Beweis dafür an, daß die Kollegen in Afford gearbeitet haben. Es handelt sich nicht nur allein um den Bau Lemme, sondern auch beim Baugewerk und in Neufeld haben sie in Afford gepuht. Die betreffenden Kollegen werden sich doch wohl noch entsinnen können, daß sie sich mit meinem Meister in Verbindung gesetzt und den Afford berechnet haben. Ich hätte gerade in dem Kontor zu tun und habe selber die Berechnung gesehen. Das kann mir doch keiner abstreiten wollen. Ich will auf den weiteren Teil der Erwiderung nicht eingehen. Der Kollege Ehren ist entweder schlecht unterrichtet, oder aber er will der Sache einen harmlosen Ansprich geben.

Königsberg i. Pr. Christliche Sekretäre als Streikbrecher gehen eine seltsame Erscheinung. Schon des öfteren haben wir den Arbeitererrat der hiesigen christlichen Sekretäre gebührend gekennzeichnet; wir wollen ihrem Vorbeereisen ein neues Nummernblatt hinzufügen. Bekanntlich führten unsere Kollegen in Memel im vorigen Jahre einen schweren Kampf um die Erringung eines Stundenlohnes von 50 A. Wie überall, so unsere Kollegen ihren Lohn verlangen, so kam auch hier der christliche Sekretär Schönelas den Unternehmern zu Hilfe, indem er Streikbrecher heranzuschlepte. Infolgedessen konnten unsere Kollegen nicht auf der ganzen Linie siegen. In diesem Jahre versuchten die Kollegen nochmals

mit aller Energie, die vorjährige Forderung durchzuführen, was ihnen bis auf zwei Firmen, Schmidt und Richter, auch gelang. Bei diesen beiden Firmen kam es zur Arbeits-einstellung, und nun setzten Schönelas und Pallmar wiederum alle Hebel in Bewegung, um Streikbrecher hinzuschleppen und so den Geldsack der Unternehmer zu beschöpfen. Aus dem Zentralstreikbureau in Königsberg, das Pallmar und Schönelas gemeinsam mit Lauffer verwalten, wurden wiederholt Streikbrecher nach Memel geschickt. Jedoch müssen die Leute meistens über den wahren Sachverhalt falsch informiert gewesen sein; denn in Memel angekommen, fehlten sie auch bald wieder um. Aber auch auf schriftlichem Wege wurde alles versucht, um den unsauberen Zweck zu erreichen. Als Beleg hierfür seien folgende Briefe angeführt, die uns im Original vorliegen:

I. Königsberg, den 28. 8. 07.

Lieber Freund!

Wie ich erfahren habe arbeitest du in Memel, da uns in Memel Maurer fehlen, so möchte ich anfragen ob du nicht Lust hast nach dort zu fahren, ich denke im Interesse der Organisation wirst du dieses thun. Der Silbner beträgt 50 A dauernde Beschäftigung evtl. noch Winterarbeit. Das Fahrgeld wird dir von den Unternehmern zurückgestellt. Der Meister heißt Richter und wohnt Alexanderstr. 10. Unser Kassierer heißt Kappler und wohnt Holst. Nr. 3 e. Sollten noch Kollegen sein die mit wollen so kannst du sie mitnehmen, Fahrgeld bekommt jeder zurück. Wenn du schickst so telegraphiere oder schreibe Richter dann wirst du abgeholt.

Mit freundlichen Gruß schickst

Aug. Schönelas.

N. B. gib Nachricht wenn du fährst an Kollegen O. S. Pallmar da ich auf acht Tage verreise.

II. Königsberg, den 30. 8. 07.

Berter Kollege

Auf ein Schreiben teile ich dir mit, daß die Arbeit dir in Memel auch gefallen wird, wenn es möglich ist fahre mit soviel mit, wie du Kollegen bekommen kannst. Die Arbeitszeit ist 10 Std. und 48 - 50 A. Lohn. Herr Richter ist ein guter Kerl der läßt sich reden, er wollte für die auswärtigen Kollegen einrichten zum Schlafen und Kochen, damit das Kollegsicht nicht so hoch ist. Meistens zahlt der Mann anstandslos aus, also nichts zu befürchten. Der Zug von Memel geht um 4.45 Minut. morgens ab, und kommt um 8.14 Minut. in Jasterburg an, von Jasterburg ab, 10.39 Minut. Memel an 2.17 Mittags an. Das ist gerade der passende Zug um sich alles zu besorgen.

Bis dahin mit freundl. Gruß.

O. S. Pallmar.

Unzweifelhaft geht also aus diesen Schreiben hervor, daß man für 48 A Kollegen nach dort losen wollte. Dann sollen auch die Kollegen noch das besondere Vergütungen haben, sich in Schneiseiden ausruhen zu dürfen. Vielleicht gleich mit den Italienern in einer Bude?

Wir glauben nun, daß aus der ganzen Tätigkeit Schönelas und Pallmars zur Genüge hervorgeht, daß wir es hier nicht mit einer christlichen, sondern mit einer ausgesprochen gelben Streikbrecherorganisation zu tun haben. Mögen die Kollegen allerorts dieser Gesellschaft, wo sie es wie hier versucht, sie auf die Veimrute zu legen, die gebührende Mißgunst zu teil werden lassen.

Vorach. Unser Zweigverein hielt Sonntag, den 15. September, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Um der Bummel in Bezug auf die Beitragszahlung ein Ende zu bereiten, wurde folgender Beschluß gefaßt: „Mitglieder, die innerhalb acht Tagen nach zwölfwöchigem Beitragsrückstand nicht zahlen, werden sofort aus den Mitgliedslisten des Zweigvereins gestrichen.“ Es wurde dann von dem Kollegen Franz Mager darüber gefaßt, daß das Bistafel von dem Gauleiter schlecht besetzt würde. Es wurde eine größere Zahl an Mitgliedern vorhanden sein, wenn der Gauleiter hier öfter amiesend sein würde. Der Zweigverein beschloß sich nicht im Stande, das ganze Bistafel ohne Hilfe zu bearbeiten; Hilfe sei dringend nötig.

Mathem. Oberhausen. (Die Wahrheitsliebe der Oberhäuser „Christen“.) In Nr. 88 des Christenblattes findet sich eine Notiz aus Oberhausen, in der die armen Christen wieder die verfolgten Engel sind, die Zentralverbändler aber die reinen Schufale. Ein Blatt, wie die „Baugewerkschaft“, sollte mit der Zeit doch etwas vorlichtiger geworden sein und nicht jedweder Schwindelnotiz ihre Spalten öffnen. Die Fälle, wo das fromme Blatt seinen Schwindel zurücknehmen mußte, sind doch sicher so zahlreich, daß es auf weitere große Lagen verzichten könnte. Zum vorliegenden Fall selbst. Der christliche Algenheld behauptet, daß das Buch des Maurers Moymann gestohlen worden sei. Das Geschwafel, das er darumhängt, wollen wir ihm schenken. Was ist nun die Wahrheit? Moymann ist am 24. Juni 1907 in Duisburg angekommen, hat dort zwei Marken bezahlt und hat sich am 10. Juli in Oberhausen angemeldet. Hier bekam er, wie er sagte, bis Mitte September seine Zeitung und erklärte dann in Gegenwart mehrerer Zeugen, daß er zu uns übertritten wolle. Er übergab, ebenfalls unter Zeugen, das Buch dem betreffenden Häftlingskassierer, damit er ein Buch unseres Verbandes ausgestellt bekomme. Das ist der Sachverhalt, weiterer Algen-Hist. Wenn Du Dich von dem Sinn und Gehälter hast belügen lassen, so beweist das nur, daß ihr einander verzeiht! Wir wollen jetzt aber dem Wahrheitslieber ein anderes Bild vorführen. Waren es nicht christliche Häftlingskassierer, die es sich zu nütze machten, daß unsere Kollegen Sinn und Adamsitz zufällig nicht zu Hause waren, indem sie ihnen durch ihre Hausleute Marken vom christlichen Verband auskauften ließen? Sollen wir nochmals daran erinnern, daß der christliche Kassierer von Freihold im vorigen Jahre seine Marken in die Hände der Zentralverbändler liefe? Sollen wir schildern, in welcher fanatischer Weise unsere Kollegen bei der Firma Kiefer hier tyrannisiert worden sind? Also, Ihr Christen, seid ruhig und froh, daß wir nicht mit demselben Maße messen wie Ihr, sonst würdet ihr ein Spiegelbild

betrachten können, das Euch wahrlich nicht beägen würde. Unseren Kollegen aber raten wir, der Frechdichtigkeit der Wahrheitsverbreiter einen entschiedenen Widerstand zu leisten.

Königsberg i. Pr. Der Fremdenhaß scheint den hiesigen Kollegen, die im christlichen Verbande organisiert sind, noch ziemlich stark in den Gliedern zu liegen. Ein Unternehmer aus Joppot hatte an dem Neubau Monier & Wiesner Reparaturarbeiten übernommen. Zu deren Ausführung hatte er sich den Vorstehenden des christlichen Verbandes aus Joppot und einen Kollegen vom Zentralverband mitgebracht. Als die beiden dort hinfamen, wollten sie an dem Neubau beschäftigten Reparatur christlichen Maurer die Arbeit einstellen. Jenseit ein Zufall hat sie dann davon abgehalten. Als die beiden Joppoter Kollegen am 8. September, Mittags, die Arbeit beginnen wollten, fanden sie ihr Geschäft verstreut auf der Straße liegen. Den Arbeiter, den sie sich angenommen hatten, veranlaßten die Reparatur, die Arbeit einzustellen, so daß der Unternehmer gezwungen war, einen Arbeiter aus Joppot herbeizuholen. Als die beiden Kollegen am folgenden Tage zur Arbeit kamen, fanden sie ihr gesamtes Geschäft geräumt vor; sogar aus dem Wasserwagen waren die Gläser herausgeschlagen. Den aus Joppot engagierten Arbeiter machten sie total betrunken, lösten ihm ein Billet nach Joppot und luden ihn in den nächsten Zug. Wenn es ihnen nun auch nicht gelungen ist, die Fertigstellung der Arbeit durch auswärtige Arbeiter zu verhindern, so beweist dieses Vorkommnis doch, wie groß die Feindschaft der Reparatur gegen fremde Kollegen ist, von denen sie befürchten, daß sie ihnen die Arbeit fortnehmen. Bedenkend ist es auch, daß sie derartige Maßnahmen gegen den Vorstehenden ihrer eigenen Organisation in Joppot ergreifen.

Notenwechsel. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Sonnabend, den 14. September, im Eingangslokal. Der Vorstehende gab zunächst bekannt, daß die Streik-, Arbeitsverordnungs- oder Cautionsarten, die noch nicht abgeteilt sind, eingeliefert werden müssen; ebenfalls sind die Verbandsbücher beim Vorstand oder den Häftlingskassierern abzugeben. Diese werden nach Berlin geschickt zur Kontrolle. Nachdem wurde mitgeteilt, daß der Vorstand kürzlich eine Sitzung abhielt wegen Lohnfreitragigkeiten der Kollegen F. Gampel und Sternsdorff. Letzterer hatte bei G. in der Kolonne im Afford gepuht, am ersten Tage Abends jedoch die Arbeit wieder eingestellt, da ihm der Preis zu gering war. Anstatt nun Sonnabend darauf die tägliche Abfolagszahlung zu bekommen, erhielt St. von G. gar nichts, obgleich G. den Lohn für St. vom Unternehmer erhalten haben soll. Noch unmoralischer handelte der Kollege Karl Kaufstet gegen den jungen Kollegen Langhuf. L. wollte A. das Buzen lehren und versprach 25 Wochenlohn. Am Schluß des dritten Tages aber wurde L. entlassen und erhielt von L. im ganzen A. 7. Diese Sachen wurden von der Versammlung scharf gerügt; es wurde beschlossen, mit den betreffenden nochmals in einer Sitzung zu verhandeln. Die nächste Versammlung soll dann entscheiden, was mit solchen Kollegen geschieht. Sodann teilte Kollege Hebenreich mit, daß im August eine Bausenkontrolle vorgenommen wurde. Kollege B. Schmidt gab einen ausführlichen Bericht darüber, woraus hervorging, daß auf einigen Bauten noch große Mißstände herrschen; so z. B. beim Unternehmer Schröder auf dem Bau Jietenstraße. Dort arbeiten 14 Kollegen. Die Abdeckung war dort so gefährlich, daß jeden Augenblick hätte ein Unfall passieren können. Die dort arbeitenden Kollegen wurden zu einer Sitzung geladen und der Baudeputierte beauftragt, nochmals beim Unternehmer vorstellig zu werden, was auch geschah, worauf der Unternehmer dann die Mißstände beseitigte. Beim Unternehmer Michaelis, Bau Feldstraße, fehlte in der Baudecke der Fußboden, und der Verbandsfalle war sehr mangelhaft. Dies war auch auf mehreren Bauten bei anderen Unternehmern der Fall, ganz besonders bei Engleber auf dem Bau in der Stahndorfstraße; dort fehlte nicht mehr als alles. Der Vorstehende empfahl, den Kollegen, ganz besonders darauf zu dringen, daß die Mißstände auf ihrer Arbeitsstätte beseitigt werden. Unter „Verschiedenes“ erstattete Kollege Adam Bericht von der letzten Gewerkschaftsversammlung und teilte u. a. mit, daß im November im Lokal Einger ein Kunstabend veranstaltet wird, bestehend in musikalischen, Gesangs- und sonstigen Vorträgen. Die Kollegen möchten sich recht zahlreich daran beteiligen, damit die Unkosten gedeckt werden.

Münberg. In der Staatsbürgerzeitung vom 26. August d. J. befand sich ein Artikel aus der Feder eines, wie sich die „Staatsbürgerzeitung“ ausdrückt, „bekannten und zuverlässigen Gewerkschaftsführers“ aus Münberg. In diesem Artikel, der die Ueberchrift „Roter Terror“ trug, war eine Reihe angeblicher Terrorfälle der freien Bauarbeiterverbände angeführt. Auf diesen mit wissentlich unwarhnen Behauptungen gespickten Artikel haben wir in dem Organ der Münberger Arbeiterchaft, „Fränkische Tagespost“, grantwortkund Beweise für die Schauermärchen geliefert, die aber bis heute ausgeblieben sind. Dafür befindet sich in der „Baugewerkschaft“ vom 22. September d. J. ein Artikel mit dem Reichen S. (soll heißen Sommer) und mit der Ueberchrift „Die Blamage in Münberg“. Dieser Artikel ist fast in demselben Stile gehalten wie der oben erwähnte in der „Staatsbürgerzeitung“. Zum Unterschied hat man nun einen Teil der angeblichen Fälle von Terrorismus verschwiegen und sich in der Hauptfache mit dem Vorkommnis bei Frick befaßt, wo unsere Kollegen, nach Ansicht aller Verbandsinstanzen, vorzeitig gehandelt und vertragswidrige Arbeit eingestellt hatten, was sie aber, nachdem wir ihnen den Sachverhalt klar legten, auch einsehen und ruhig die Arbeit wieder aufnehmen. Allerdings hatte es der Arbeitgeberverbrecher sehr eilig mit der Drohung, alle freigeorgisierten Bauarbeiter auszuspüren. Wenn also in einem Falle vorzeitig gehandelt wurde und die Verbandsinstanzen dafür eintraten, daß der unterlaufsene Fehler wieder gut gemacht wird, so nennt das der „zuverlässige Gewerkschaftler“ eine Blamage. Es ist natürlich anzunehmen, daß es den Christen nicht lieb war, daß sich die Dinge anders entwickelten, als der „zuverlässige Gewerkschaftler“ hoffte, da für sie in diesem Falle und nach ihrer Ansicht der Weigen wieder gebüht hätte; denn man hatte bereits beschlossen, sich an der Bewegung nicht zu beteiligen, sondern, ebenso wie im Vorjahre, Streikbrecher zu werden. Wir werden aber auch in Zukunft den Christen keine Freude

auf diese Weise bereiten. Wenn man unser richtiges Verhalten eine Blamage nennt, wie nennt man denn das, was den Christen in Weiden, Eichstätt usw. zugefallen ist? Wir hätten diese Vorkommnisse schon längst in ganz anderem Maße geteilt können, aber wir empfinden keine Freude daran, uns immernoch mit solch „unzuverlässigen“ Gewerkschaften zu befassen. Die größte Blamage ist jedenfalls die, wenn man die Interessen der Arbeiter bei Lohnbewegungen so vertritt, daß man später von seinen eigenen Leuten an die Luft gefegt wird; deshalb braucht man sich auf jener Seite nicht so sehr zu freuen, wenn mal in einer Versammlung ein Kollege seine Ausführungen etwas ungenügend zum Ausdruck bringt, was bei den Christen in jeder Versammlung vorkommt.

Plauen. Hier tagte am 10. September eine öffentliche Maurerverammlung. Kollege Jakob aus Leipzig referierte über das Thema: „Die Entwicklung der deutschen Arbeiterorganisationen und deren Erfolge“. Er entlegte sich seiner Aufgabe in leicht verständlicher Weise. Unter Punkt 1. „Gewerkschaftliches“ stellte Kollege Pfeil den Antrag, die Agitationskommission möge über die Lohnbewegung Bericht erstatten. Dieser Antrag gelangte zur Annahme. Den Bericht gab Kollege Schmidt. Aus dem Bericht war ersichtlich, daß die gegenwärtige Bauwirtschaft in Plauen nicht dazu angetan ist, um mit Erfolg in eine Lohnbewegung eintreten zu können. Die Versammlung gab sich damit zufrieden.

Hamburg. Schon seit geraumer Zeit war hier die Organisation eingegangen. Nur wenige Kollegen zahlten ihre Beiträge im Zweigverein M.M. Am 22. September aber haben sich nun wieder einige ältere Kollegen im Weissen des Gaborvorfandes, Kollegen Stolle, zu einem Zweigverein zusammengesprochen. Sie gelobten sich, treu zusammenzuhalten und eifrig zu arbeiten, um auch die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. Also nun, Maurer Hamburgs: Ginein in den Zentralverband der Maurer Deutschlands!

Reichenbach i. Schl. Sonntag, den 15. September, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Franz Rels aus Langenbielau einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die Arbeit als Kulturwert“, hielt. Der Referent vertrat es sehr gut, den Anwesenden klar zu machen, daß nur die Arbeit der Hauptfaktor der Kultur ist. Es müßte daher die Aufgabe des Staates sein, seine Arbeiter geistig und wirtschaftlich zu unterstützen. Leider sei dies nicht der Fall, und deswegen sei es notwendig, sich in Berufsorganisationen zu vereinen. Es sei daher Pflicht jedes Arbeiters, treu zur Fahne der Organisation zu halten und die noch fernstehenden dem Verbande zuzuführen. Da die Arbeiter von anderer Seite nichts zu erwarten haben, sei nur auf sich selbst angewiesen. So kann nur eine starke Organisation für die Arbeiter von Nutzen sein. Auch sei es falsch, wenn von den Gegnern behauptet werde, daß die Arbeiter nur streiten wollten; richtig sei, daß die Organisationen nur auf friedlichem Wege ihre Forderungen regeln wollten, aber das könnten sie nicht immer durchführen, und deswegen müßten sie zum letzten Mittel, zum Streik, greifen. Nebenher glaubt, daß in Zukunft Streiks und Ausperrungen in geringerem Maße vorkommen werden. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Unter „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, der Familie des zu Tode verunglückten Genossen Hanisch in Randsbüttel 10 Mark der Beihilfe zu überweisen. Ferner wurde noch angeregt, ob es nicht angebracht wäre, für die erkrankten Kollegen, die noch nicht zwei Jahre dem Verbands angehören, eine Krankenunterstützung aus der Beihilfe zu gewähren. Nach reger Diskussion wurde einstimmig beschlossen, daß jeder Kollege, der bis zu seiner Krankheit dem Verbands gegenüber seine Pflichten erfüllt hat, pro Woche 1.50 Unterstützung erhält, nachdem er eine Bescheinigung vom Arzt oder einer Krankenkasse über die Erwerbsunfähigkeit beigebracht hat. Die weiteren Bedingungen sind so gehalten, wie sie bereits im Statut in den §§ 32, 32 d und 32 e festgelegt sind.

Schneidemühl. Am 12. September tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, zu der als Referent Kollege Schulz aus Posen erschienen war. Kollege Schulz wies darauf hin, daß es von großem Nutzen für uns ist, daß wir unsere berechtigten Forderungen zur Geltung gebracht haben, zumal die Unternehmer nicht im Traum daran gedacht haben, daß unsere Organisation jemals wieder den Mut haben würde, mit einer Forderung zu kommen. Durch die Ausperrung im Jahre 1906 glaubten die Herren, unsere Organisation mit Stumpf und Stiel ausgerottet zu haben. Als die christliche Fachabteilung aus dem Kampfplatz erschien und uns durch Verrat hinterging, fand diese Streikbrecherorganisation volle Sympathie bei den bedrängten Unternehmern, und es wurde auch ein Vertrag mit dieser schwarzen Schaar vereinbart und abgeschlossen. Diese Gesellschaft hat eine furchtbare Zersplitterung in unseren Reihen verursacht, unsere Mitgliederzahl schmolz bis auf 20 zusammen. Doch infolge unermüdlicher Agitation im stillen brachten wir es in diesem Jahre wieder auf 80 Mitglieder, und wir fühlen uns stark genug, dem Unternehmer den Krieg zu erklären. Anlaß dazu gab uns der Colmarer Streik, wo die Schneidemühler Fachabteilung wieder den schändlichsten Verrat ausübte, um den Colmarer Kollegen eine Niederlage zu bereiten. Da wir uns mit dem Colmarer Kollegen solidarisch fühlen, stellen auch wir eine Forderung, um den Bezug nach Colmar durch die Fachabteilung etwas abzufächern; unsere Forderung wurde nach dreimaliger Verhandlung, woran auch unser Gaborvorfander, Kollege G. Silber Schmidt, teilnahm, von den Unternehmern durch Vertrag bewilligt und unsere Organisation anerkannt. Kollege Schulz ermahnte die Kollegen, diesen Vertrag zu beachten und ihn getreu zu erfüllen, da die Unternehmer in der Provinz einen Probenialvertrag haben und die Arbeitslosen bis zum Jahre 1910 festsetzen wollen. Weiter referierte Kollege Schulz über den Extrabeitrag. Seine Ausführungen gaben das wieder, was schon sehr oft über dieses Thema in Vorträgen und im „Grundstein“ gesagt worden ist, so daß wir von einer Repetition seiner Rede absehen können.

Waren. In der am 7. September abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte zunächst der Vorsitzende,

Kollege Manin, über die bevorstehende Lohnbewegung. Sodann wurden die Kollegen Karl Barge und Fritz Meinte als erster resp. zweiter Referent gewählt. In „Verschiedenes“ wurde konstatiert, daß die Extrabeitrag in zu freibewilligter Weise bezahlt worden wäre, obgleich sie von vielen Kollegen als zu hoch bemessen erachtet wurden. Der Vorsitzende bedauerte den schwachen Teilnahmsbesuch, indem er konstatierte, daß von 80 Mitgliedern nur 29 erschienen waren. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Wriezen. Am 8. September hielt unser Zweigverein seine regelmäßige monatliche Versammlung ab, die ausnahmsweise gut besucht war. Es kam dem Vorstand zur Kenntnis, daß sich die Kollegen Lehmann sen., Lehmann jun., Weber und Otto Benz als „Arbeitswillige“ nach Berlin begeben haben, um dort während der Ausperrung Streikbrecherdienste zu leisten. Auf fast einstimmigen Beschluß der Versammlung wurden genannte Kollegen beauftragt, die Regelung der Angelegenheit vor die Vertreterversammlung in Berlin zu legen, um sich in Gegenwart eines Vertreters des Zweigvereins zu verantworten. Die Kollegen Lehmann sen. und jun. und Weber gaben die Erklärung ab, daß sie aus Unkenntnis gehandelt hätten, wogegen sich der Kollege Otto Benz auf einen Artikel in Nr. 33 des „Grundstein“ berief, worin gesagt sein soll, daß zur Zeit in Afford in Berlin gearbeitet werden kann. Benz hat den Artikel nicht richtig aufgefaßt. Nachdem den Beschuldigten vom dem Vertreter ihr unaufrichtiges Verhalten vorgehalten und dieses scharf gerügt worden war, wurde vom Vorsitzenden H. Hampe beantragt, daß die Angeklundigten eine öffentliche Erklärung in nächster Versammlung abzugeben hätten und daß außerdem das Verhalten der Beschuldigten im „Grundstein“ und in der „Brandenburger Zeitung“ bekanntzugeben sei. Dieser Antrag wurde angenommen.

Murgen. Dienstag, den 17. September, tagte im Restaurant Schützenhaus eine öffentliche Maurerverammlung. Kollege Jakob aus Leipzig referierte über die Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Im Schluß seiner Ausführungen forderte er die Kollegen auf, unsere Organisation weiter auszubauen. Wir hätten noch ein sehr großes Arbeitsfeld. Durch Statistik sei festgestellt, daß auf neun Arbeiter ein Organistierter komme. Nicht schon damit hätten wir unsere Pflicht erfüllt, wenn wir Beiträge entrichten, sondern jeder müsse mündlich für Gewerkschaft und Partei agitieren. Nur dadurch können wir unserem Ziele ein großes Stück näher. Sodann wurde beschlossen, bis zum 1. Oktober eine Visiterkontrolle vorzunehmen. Da Schneider zu einer Sitzung und zur Versammlung trotz Einladung nicht erschien, wurde die Beschwörung der Kommission nochmals überwiesen. Eine Anfrage wurde vom Kollegen Jakob dahin beantwortet, daß ein Kollege, der infolge Mangelregung gezwungen wird, sich selbständig zu machen, das Amt als Vertrauensmann weiterführen kann, solange keine Beschwerden gegen ihn von den Kollegen kommen. Es hat auch keine Körperschaft das Recht, hieran Kritik zu üben, solange er das Vertrauen der Kollegen hat.

Joppot. Die „Baugewerkschaft“ bemerkt in einem Bericht aus Joppot in Nr. 38, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften daran schuld sind, wenn für Maurer und Zimmerer der Danziger Lohn nicht erreicht wurde, indem sie ohne Zustimmung der Christlichen einen Pfennig abgelassen hätten. Wir wollen dazu nur bemerken, daß wir es recht demagogisch finden, wenn man denen, die die auf dem toten Punkt angelangten Verhandlungen wieder in Fluß bringen, aus einer taktischen Maßnahme einen zu agitatorischen Zwecken bestimmten Vorwurf macht; denn auch die Christlichen meinten, daß dies Heruntergehen unter den Danziger Lohn um 1 Pfennig gerade verfehlt, sondern ihrer Ansicht nach nur zu frühzeitig erfolgt wäre. D. h., wenn sie es gemacht hätten, dann wäre es gut gewesen. Im übrigen wollen wir der Baugewerkschaft aber sagen, daß wenn wir uns bei Streiks nur halb so scholof-betrugen würden (s. Scholofkäs), wie sie, dann würden sie keinen einzigen Kassen gewinnen; denn die Christlichen wollen doch wohl nicht beitreten, daß wir ihnen in Joppot aus der Tasche geholt haben.

Zwickau. Am 17. September tagte hier eine gut besuchte Maurerverammlung, die sich mit dem Thema: „Die letzten Vorkommnisse in der Gewerkschaft“ befaßte. Der Vertrauensmann Petzel führte an, daß die hiesigen Amtsgerichte von Baupolizisten und von Streiks der Zwickauer Maurer schrieben. Siegergen müßte die heutige Versammlung energig Protest erheben, weil nur eine kleine Arbeitsniederlegung auf einem Neubau des Baumeisters Keller erfolgte, wo die Kollegen mit dem Polier in Differenzen geraten waren. Die Amtszeitung lüge natürlich mächtig, indem sie schreibe, der Streik sei erfolgt, weil sich der Polier nicht zum Eintritt in den Verband zwingen lassen wollte. Die Amtszeitung mische sich übrigens in Sachen hinein, die sie gar nichts angehen; sie habe wahrscheinlich ein Interesse daran, daß die Zwickauer Maurer ausgesperrt würden. Der Kollege Petzel stellte fest, daß die Arbeitsniederlegung nur durch die schlechte Behandlung der Arbeiter durch den Polier entstanden ist. Die Versammlung wurde sich dahin einig, künftig derartige Arbeitsniederlegungen zu unterlassen. Es wurde folgende Resolution beschlossen: „Die heutige Versammlung erkläre in den letzten Vorgängen ein eigenmächtiges Handeln der beteiligten Kollegen und beschließt, daß ähnliche Unternehmungen nur im Einverständnis mit der Organisationsleitung zu machen sind. Weiter sieht die Versammlung davon ab, von den Polieren die unbedingte Zugewilligkeit zur Organisation zu verlangen. Es ist daher jedem Polier freigestellt, Mitglied des Maurerverbandes zu werden oder nicht.“ Der Vertrauensmann gab noch die Sperre bei Kämpfer bekannt, die zu Gunsten der Gesellen ausgefallen ist. Weiter rügte er, daß mehrere Kollegen keine Extramarcken bezogen. Kollege Berger stellte einen Antrag, nächstens diese Kollegen zu veröffentlichen. Der gutgemeinte Antrag wurde aber auf Anraten des Kollegen Koch aus Leipzig, der der Versammlung beigezogen hatte, von Berger zurückgezogen. Ferner wurde bekanntgegeben, daß das ehemalige Mitglied Leipziger wegen Unterschlagung von 149,60 Verbandsgebern sieben Wochen Gefängnis erhalten hat. (Wibt es in Zwickau keine Zinte? Red. d. „Grdf.“)

Fliesenleger.

Die drohende Ostatur der Unternehmer. Im Schoße der Unternehmerorganisation des Plattenlegergewerbes bereiten sich wichtige Dinge vor. Im „Baumaterialienmarkt“ macht die Sektion deutscher Plattenlegergeschäfte folgendes bekannt:

„Gelegentlich unserer Sektionsberatungen in Karlsruhe wurde beschlossen, daß eine zu bildende Kommission mit der Ausarbeitung eines Normallohntarifs zu beauftragen sei. Diese Kommission ist ernannt und besteht außer dem Herrn Vorsitzenden Delfot-Hagen aus folgenden Herren bzw. Firmen: Schmalisch-Berlin (i. Sa. Schmalisch & Below), Smid u. Duenning-Bremen, Bielefeld-Gelsenkirchen, Ehrich-Hamburg, Martens-Hannover, Schenck-Karlsruhe, Straube-Kassel (Ernst Scheld), Willerich & Woch-Weipzig.

Die Beratungen finden am Montag, den 23. d. M., Vormittags von 9 Uhr ab im Verbandsbureau, Leipzig, Kronprinzstr. 54, statt. Vereinter Arbeit der genannten Herren wird es hoffentlich gelingen, zu Festsetzungen zu kommen, die für unsere gesamte Branche Geltung haben können. Das Ergebnis bringen wir feinerzeit zur Kenntnis der Mitglieder.“

Danach planen die Unternehmer nicht mehr und nicht weniger als eine einseitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf breiterer Grundlage. Sie verfahren dabei so, als wenn eine Arbeiterorganisation gar nicht existierte. Mögen die Verhältnisse im Plattenlegergewerbe aus einer zentralen Regelung keine erheblichen Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist es doch nur im Verein mit den organisierten Arbeitern zu erreichen. Die Herren belieben diesen Faktor von vornherein auszusparen, wagen aber trotzdem zu hoffen, daß es zu Festsetzungen kommen wird, die für die gesamte Branche Geltung haben können. Wir hoffen zuversichtlich, daß sich die Dinge anders entwickeln werden. Die gut organisierten Fliesenleger sind keineswegs gewillt, sich so ohne weiteres beiseite schieben zu lassen, wo es um ihre unmittelbaren Interessen geht. Sie werden sich keine Arbeitsbedingungen diktieren lassen. Für die Arbeiter des Plattenlegergewerbes muß dies eine ernste Mahnung sein, dort, jezt nachzugehen, wo die Organisation noch Mängel aufweist. Es scheint auch für sie bald die Zeit großer Entscheidungen zu kommen.

Göttingen. Eine öffentliche Fliesenlegerversammlung tagte hier am 20. September im Gewerkschaftshause. Kollege Kreibohm kritisierte zuerst das Verhalten der christlichen Organisation, indem sie es rundweg abgelehnt hat, die Versammlung gemeinschaftlich abzuhalten. Der Referent kommt dann auf die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsverträge zu sprechen und weist nach, daß schon in früheren Jahrhunderten Arbeitsverträge bestanden haben und vielfach auch von Behörden anerkannt wurden. Den heutigen Arbeitsverträgen seien natürlich andere Prinzipien und Ideen zu Grunde zu legen als den früheren. Die heutigen entsprängen dem Bedürfnis der Arbeiterklasse und müßten erlärnt werden, während die früheren mehr dem jeweiligen Staatswesen genügt hätten und daher behördlich anerkannt wurden. Weiter betont Redner, daß neuerdings die Unternehmer ihre Taktik dahin revidiert haben, daß sie heute auf Abschließung von Arbeitsverträgen dringen, während sie früher dagegen waren. Dies geschieht freilich nicht aus humanen Gründen für die Arbeiter, sondern um diesen auf Jahre die freie Bewegung zu unterbinden. Im allgemeinen werden die Tarife im Baugewerbe ziemlich eingehalten, mit Ausnahme der im Plattenlegergewerbe. Die Hauptschuld trägt hier die Affordarbeit, und es ist Pflicht eines jeden Kollegen, deren Verrücktheit anzupöken. Auch die Colner Plattenfirmen versuchen es des öfteren, von den Bestimmungen des Tarifs abzugehen, und es haben dieselben schon einige Schlichtungskommissionssitzungen stattgefunden, wo die Unternehmer an die Einhaltung des Tarifs erinnert und verpöchtelt werden mußten. Trotzdem hält es die Firma Rosenfeld & Co. nicht für nötig, die tarifmäßige achteinhalbfündige Arbeitszeit einzuhalten. Es liegt ja auch zum Teil die Schuld an den dortigen Kollegen mit, und es ist leider kaurig, daß sie wenig beachtet werden. In der Diskussion traten verschiedene Kollegen für die sofortige Sperre des Geschäftes Rosenfeld ein, aber die Leitung der Organisation konnte nicht die Überzeugung gewinnen, daß dieses richtig sei. Einige Kollegen rügten nochmals das Verhalten der christlichen Kollegen, daß sie mit den Willkänden einverstanden sind, oder daß für sie keine bestehen. Es wirkt aber geradezu komisch, wenn man bedenkt, daß in dem Geschäft, wo der Stamm der Christlichen beschäftigt ist, am meisten gegen den Tarif verstoßen wird, daß sogar den Kollegen zugewutet wird, sich den Mörkel selbst zu stellen oder auf nicht ganz einwandfreie Weise zu verschaffen. Selbst der Vorsitzende ihrer Sektion hatte es nicht für nötig befunden, zu erscheinen, trotzdem er es verpöchtete und die Willkände zugewogen hatte. Es wurde dann folgende Resolution zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen: „Die heute, am 20. September, tagende öffentliche Plattenlegerversammlung nimmt Kenntnis von der Nichtbeachtung des Plattenlegertarifs durch die Unternehmer. Sie betrachtet die Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb des Tarifs nicht als diejenige Körperschaft, die bisher zur beiderseitigen Zufriedenheit gewirkt hat. Sollte die Kommission dieses getan, so hätte es nicht vorkommen können, daß die Unternehmer den Tarif völlig ignorierten, obgleich sie in der letzten Schlichtungskommissionssitzung ausdru-

lich verpflichtet wurden, den Tarif einzuhalten. Insbesondere protestiert die Verammlung gegen das Gebot der Firma Mollenfeld & Co., die bis heute die im Tarif festgesetzte Arbeitszeit noch nicht eingeführt hat, obgleich sie diesen Tarif mit Unterzeichnung hat. Die Plattenleger protestieren ferner ganz entschieden gegen das Verhalten der Plattenfirmen in ihrer Veranlassung und bemerken, daß nach dem Tarifverhältnis nicht nur allein Rechte bestehen, sondern auch Pflichten, und diese müssen, soll Frieden im Gewerbe bestehen, auch unbedingt von den Unternehmern befolgt werden. Die Verammlung beauftragt die Organisationsleitung, Schritte zu unternehmen, damit diese Pflichten abgestellt werden.

Christlicher Terrorismus.

Welche Veranlassung unsere „Brüder in Christo“ haben, über den Terrorismus der bösen Zentralverbände zu klagen, wird am besten durch ihre eigenen Handlungen illustriert. Der unferne Dampfer Zweigverein angehörende Kollege Karl Kamin, ein Mann von nahezu 60 Jahren, arbeitete in Joppot an der Bahnhofsunterführung mit zwei „Christlichen“ zusammen. Als unser Kollege seine Verbandslegitimation gezeigt hatte, gingen die beiden an, auf ihn zu schimpfen; er sei kein Maurer, die Mitglieder des Zentralverbandes seien alle die „Nichtigen“. Warum er nicht dem christlichen Verbands beitreten wolle u. u. m. Als sie sahen, daß sie ihr Ziel nicht erreichten, bewies der eine, namens Vordert, seine vorzügliche Christlichkeit dadurch, daß er während der Frühstückspause unseren Kollegen in folgender Weise beschimpfte: „Du Schafstopf, Du Unsel, Du Windvieh, Du Gotteslästerer, Du kannst dich mit meinen Schweinen unterhalten“. Dann nahm er das offene Taschmesser, mit dem er Frühstück gegessen hatte, holte zum Schlage aus und erstarrte in der gequälten Stellung verharrend: „Jetzt sind wir allein in der Wüste, jetzt fannst Du nicht mehr hinaus“. Als Kollege Kamin dann sagte, er habe ihm doch nichts getan, er möge ihn doch zutreiben lassen, ließ er den Arm sinken und forderte unseren Kollegen auf, zu erst zu schlagen. Er lehnte dieses natürlich ab und stellte nach solchen Beweis christlicher Nächstenliebe die Arbeit ein. Dem Beispiele unserer Christen folgend, hat auch Kollege Kamin Strafantrag gestellt; wir sind nun gespannt, was der Staatsanwalt zu seinen Schüligen sagen wird. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch darauf hingewiesen, daß im vorigen Jahre, am 4. Oktober 1906, der Kollege Gustav Brandt, der auf dem Bau Jahr in Adlersdorf bei Joppot arbeitete, gezwungen wurde, die Arbeit einzustellen, weil er sich weigerte, dem christlichen Verbands beizutreten. Nachdem man ihn die Weigerung gestohlen und das übrige Gefährte vertrieben hatte, sagte der christliche Zimmerpolier Viehfeld: „Wenn er nun nicht bald geht, dann haue ich ihn mit dem Spaten vor den Kopf“. Dann wollte er unseren Kollegen über das Gerüst werfen. Bei dem Ringen fiel unser Kollege aber in den Kalkstein und hielt sich fest. Solche Mordwies nennen sich „Christlich“!

Zentralrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 16. bis 21. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 2000, Garsburg 800, Göpenitz 300, Pantow 200, Meersberg 200, Ullersdorf 180, Wittenau 160, Reichensachsen 100, Rehnitz 100, Wloma a. d. S. 100, Pausberge 75, Cumma M. 3705. Zufuß erhielten: Hörde I. Westf. M. 260, Galtz 160, Gellbronn 100, Cumma M. 500.

Altona, den 21. September 1907.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Voreinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schneidest einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Afcherleben. Ein Dedeneinsturz, der leicht schlimme Folgen hätte haben können, ereignete sich Dienstag den 10. September, auf dem Bau der Blechwarenfabrik. Die Halberstädter Firma Wetge hatte auf dem Bau sogenannte freitragende Betondecken mit Dedeneisen angefertigt. Als die Schalung herausgenommen wurde, stürzte die Dachdecke zusammen und durchschlug die untere Decke ebenfalls. Nur einzelne Steine, die noch an den Wänden herumhängen, zeugen davon, daß das Gebäude Dedene bekommen sollten. Zum Glück kamen Menschenleben nicht in Gefahr, da sich die Decke langsam senkte und vom Aussehen bis zum vollständigen Einsturz zirka 20 Minuten vergingen, so daß alles in Sicherheit gebracht werden konnte. Die Schuld wird wohl an der Veranlassung zu suchen sein.

Berlin. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 19. September auf dem Neubau Kropfenstr. 5/6 zugetragen. Der Maurer Otto Seidenhardt verlor bei der Arbeit das Gleichgewicht und stürzte rüttlings von dem Rüstzeug herunter. Er schlug auf das am Baumarm angebrachte Schutzgabel auf und fiel dann zur Erde. Mit schweren inneren Verletzungen fand er im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Mittwoch, den 18. September, verunglückte auf dem Neubau Margrafstr. 1, Ecke Straußenstraße, der bei der Firma Krüger & Laumann beschäftigte Einschalier Arthur Seilmann, indem er beim Einschalen einer Betondecke die 3/4 m hohe Etage verabschiedete. Unten fiel Seilmann auf die bereits fertiggestellte Betondecke, wo er mit einer schweren Verletzung des rechten Fußes liegen blieb. Der Verletzte wurde von seinen Kollegen mittels Dreiwinkel nach dem Wido-Wrankenhaus gebracht. Die gerade beim Einschalen von Betondecken wie auch beim Eisenbetonbau häufig vorkommenden Unfälle mögen den Kollegen als Warnung dienen; denn allzu oft

werden bei der Galt der Arbeit alle Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen; wodurch Leben und Gesundheit aufs schwerste gefährdet werden.

Wietzfeld. (Verpökt.) Am 22. August ereignete sich in Henglenbergs Fabrik ein bedauerlicher Unglücksfall. Zwei Kollegen entriemen die Schalung unter einem Gewölbe. Als sie einige Bäume der Schalung entfernt hatten, stürzten plötzlich die beiden Klappen, unter denen sie gerade standen, und noch eine dritte Klappe ein. Der Kollege Meier aus Braze war dabei so schwer getroffen, daß er bereits tot war, als man ihn unter den Trümmern hervorholte. Meier war erst vor kurzer Zeit Witwer geworden, nun haben seine drei Kinder auch den Vater verloren. Der andere Kollege konnte sich gerade noch in Sicherheit bringen. Die drei eingestürzten Klappen hatten eine Spannweite von 1,80 m. Zwischen den beiden ersten Klappen und der dritten Klappe war eine steile Kante, die allerdings nur 1,30 m Spannweite hatte. Die Gewölbe waren in Henglenbergs hergestell und mit einer Lehmstärke von 15 bis 18 cm befestigt. Das Gerüst hat sich der Sache angenommen, man muß nun abwarten, ob ein sträfliches Verstoßen des technischen Bauleiters resp. Unternehmers vorliegt.

Bromberg. Am dem Neubau in Jasinier, Unternehmer Welm aus Jordan, hat sich Mittwoch, den 4. September, ein schwerer Unglücksfall ereignet. Ein Gerüst, auf dem der Kollege Emil Fuß beschäftigt war, brach in den Augenblick, als es ein Kallträger mit seiner Last betrat, zusammen. Beide Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Der Kallträger kam mit dem bloßen Schreden davon, während der Kollege Fuß schwer verletzt wurde. Ein Kallträger war ihm beim Sturz auf die Beine gefallen. Er erlitt einen Bruch des rechten Beines und innere Verletzungen. Die Ursache des Zusammenbruchs ist darin zu sehen, daß sich die Tauer lösten und die Stange herunterrutschte, so daß die Regel von der Auflage abtauchten. Am 18. September ereignete sich auf dem Umbau des Unternehmers Wichte in der Dampferstraße ein Unfall, durch den der Kollege W. Karstadt schwer verletzt wurde. Beim Gerüstbau rutschte Karstadt von der Leiter und rief sich an einem aus der Verankerung vorkommenden Nagel die Brust an der rechten Hand bis zur Daumenphalanx auf. Der Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Charlottenburg. Ein schwerer Bauunglück ereignete sich am 19. September auf dem Grundstück der Charlottenburger städtischen Elektrizitätswerke. Dort sollte eine neue Dampfmaschine aufgestellt werden, zu welchem Zwecke ein starker Holzgerüst über der Lagerstelle der Maschine errichtet war. Bei dem Schwinden des Zylinders brachen aus noch nicht aufgeläuterter Ursache mehrere Stangen des Gerüsts und der schwere Dampfessel stürzte in die Tiefe, vier der Arbeiter unter sich begrubend. Am überfließen wurden die Schloßer Neuber und Koslanski zu gerichtet. Dem ersten wurden die Unterarmen zerkratzt und er erlitt furchtbare Unterleibsverletzungen. Beide wurden auf Krankenbahren nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Die Arbeiter Walter und Wiesen wurden von der eisernen Last nur gestreift, erlitten jedoch durch herabstürzende Balken Verletzungen am Kopf und an den Hüften. Beide wurden nach der Unfallstation XI in der Braunhoferstraße gebracht und konnten sich, nachdem sie Notverbände erhalten hatten, nach ihren Wohnungen begeben.

Eckmühle. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier Montag, den 16. September, am Neubau der Mollererei. Der Maurer Georg Döller aus Reichensachsen, ein junger Verbandskollege im Alter von 18 Jahren, setzte sich infolge Unvorsicht in ein Fenster des Barockes und stürzte aus diesem in den Keller, wo er bewußtlos liegen blieb. Den ganzen Vorgang hatte keiner bemerkt, da an der betreffenden Stelle nicht gearbeitet wurde. Ein Arbeiter fand aber den Abgestürzten im Keller. Es wurde sofort nach einem Arzt gerufen, und Doktor Guschel war auch gleich zur Stelle, der eine Verletzung der Wirbelsäule feststellte und die Überführung des Verunglückten mittels Kranentragebahren nach seiner entfernten elterlichen Wohnung in Reichensachsen anordnete. Diesen Verletzungen ist nun der Kollege G. Döller am anderen Tage, den 17. September, Mittags 1 Uhr, erlegen. Wir betrauern den frühen Tod des so früh dahingegangenen, noch sehr jungen Kollegen aufrichtig.

Eutin. Freitag, den 13. September, verunglückte der Kollege Darns auf dem Bau des Strohlofts am Kellersee. Beim Tragen eines Balkens trat er einen Fehltritt und stürzte aus einer Höhe von 10 m in die Tiefe. Der Verunglückte hat sich sehr schwere Verletzungen am Kopfe zugezogen, so daß er mittels Krankenbahren nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Bau wird aufgeführt von dem Unternehmer Stenbock; es scheint daselbst recht mild zuzugehen, denn die Balkenlage wurde erst nach dem Unfall abgeändert.

Jümenau. Am einen Tage (das Datum ist nicht angegeben) stürzte auf einem Neubau des Architekten Röhrt ein Mauerwerkstück Röhrt auf Wölfs 13 m tief herab. Er scheint noch einigermaßen glimpflich davongekommen zu sein. Für den Unfall, der sehr leicht zum Tode des Verunglückten hätte führen können, macht man einen Zimmermann verantwortlich, der den Verunglückten hätte anweisen sollen. Erst einige Tage vorher passierte bei demselben Unternehmer ein Unfall, bei dem ein Zimmermann mit seiner Leiter umfiel. Auf dem Bau, wo sich dieser letzte Unfall ereignete, arbeiten laut Erfurter Kollegen, von denen aber leider nichts Näheres zu berichten ist. Statt den vielen hier noch unorganisierten Maurern mit gutem Beispiele voranzugehen, arbeiten sie weit über die übliche Arbeitszeit hinaus, was um so unerwünschter ist, da sie doch für die Verkürzung der Arbeitszeit im Kampfe stehen. Ihr Betragen kann und hier keine Freunde für die Organisation erwerben.

Reudamm. Am 18. September verunglückte der Kollege Friedr. Neundorf von hier auf dem Bau des Unternehmers Grundt in Reudamm bei Solbin dadurch, daß er im Treppenturm mit einem Brett aufsprang und 6 m tief abstürzte, wobei er das Fußgelenk brach.

Mortorf. Am 18. September brach infolge schlechten Gerüstbaues beim Umbau an Rants Hotel (Unternehmer Rehnke) das Gerüst. Ein Arbeiter wurde bewußtlos vom Bache getragen, zwei Maurer kamen größtenteils mit dem Schreden davon. Nachwürdig ist, daß gerade bei dieser

Firma immer wieder Unglück passiert. In diesem Falle fanden die Aufstiege 2 bis 8 m auseinander und alte Balken waren als Kräftegele vermerkt worden.

Wassell. Auf dem benachbarten Gute Franzfeld hatte sich ein Maurer ein ganz absonderliches Gerüst gebaut, mit dem er denn auch schließlich zu großem Schaden kam. Der Unterbau war ein Leiterwagen, vier darüber zwei Türen, darauf ein langer Tisch und dann zwei Böden. Von diesem „Gerüst“ aus wollte der Mann eine Wand abfangen und untermauern. Es dauerte aber gar nicht lange, da lagen Wand und Maurer unten, der letztere mit schweren Arm- und Hüftgelenksverletzungen und einem Doppelbruch des linken Oberarmes. Ob der Mann noch nie etwas von Arbeiterschutz, von handfesten Gerüsten usw. gelesen hat?

Schwennigen. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Donnerstag, den 19. September, indem der Bauhilfsarbeiter Baumann am Bau des Unternehmers Anton Wall mit einer Partie voller Steine aus einer Höhe von 12 m herunterstürzte, wobei er sich schwere Verletzungen zuzog.

Weißenwasser. Der letzte Bauunfall bei der Firma Meier steht noch in guter Erinnerung, und dabei passierte Montag, den 16. September, schon wieder, bei demselben Unternehmer ein Unfall. Als ein Steinträger mit einer Last Steine eine aufgestellte Holzterasse betrat, rutschte diese unten ab und die Steine fielen dem Unglücklichen auf den Kopf, wodurch er schwere Verletzungen am Hinterkopf und im Gesicht erlitt. Schwer zu beurteilen ist, daß die Treppe weder oben noch unten im geringsten befestigt war.

Bautenkontrolle in Mittelweide. Die biesige Bauarbeiterkommission unternahm am 15. und 20. August im hiesigen Wohnbezirk eine Bautenkontrolle. Diese hat ergeben, daß auf 28 Neubauten und 19 Umbauten zusammen 362 Arbeiter beschäftigt wurden. Davon waren 196 Maurer, 68 Zimmerer und 98 Bauhilfsarbeiter. Organisiert waren 192 Maurer, 68 Zimmerer und 97 Bauhilfsarbeiter. Ausländer von diesen drei Berufen waren 107. Die Bauten waren im allgemeinen nicht schlecht; auch wurden sie regelmäßig gereinigt, jedoch unseren Anforderungen entsprechen sie noch lange nicht. — Tische und Bänke waren in jeder Wunde angebracht, auch waren die Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt. Spundnäpfe waren nur in einer Wunde vorzufinden. Werkzeugbuden waren nur auf 12 Bauten vorhanden. Die Aborte waren, soweit es möglich war, in genügender Entfernung von der Baustelle aufgestellt; nur zwei entsprachen den Vorschriften nicht. Das Müllens bestand sich im guten Zustand; es wurden teils Müll, und teils Schmutz verwendet. Schutzvorrichtungen und Schutzgitter fand man im allgemeinen mangelhaft, zum größten Teile gar nicht. Verbandsbüten waren nur auf 12 Bauten vorzufinden. Hierbei muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß Mängel in Bezug auf den Bauarbeiterhaushalt beim Vorfinden der Bauarbeiterkommission, Raul Bolter, Schüßlerstr. 19, sofort gemeldet werden müssen, wenn eine Verminderung der Unfälle und Berufskrankheiten eintreten soll.

Der Wohnungsmarkt in den Berliner Vororten ist durch die Ausperrung im Berliner Baugewerbe stark beeinträchtigt worden. Der Wohnungswandel am 1. Oktober soll diesmal eine weit geringere Ausdehnung haben. Erklärlicherweise profitiert aus diesem Bieckterin das Baugeschäft in den Vororten am meisten, da ein großer Prozentsatz der ausziehenden Mieter die Vororte aufsucht. Durch die Ausperrung wurde jedoch die Fertigstellung vieler Neubauten seinerzeit fraglich, wodurch viele Mieter nicht zum 1. Oktober künften, sondern wohnen blieben. Da die betreffenden Bauten jedoch zum Teile doch noch fertig wurden, zum großen Teile bei der jetzt herrschenden Witterung noch zum Quartale fertiggestellt werden, wird sich ein Ueberfluß an leeren Wohnungen in den Vororten herausstellen, der bei der vielfach ungesunden Finanzlage der Unternehmer eine stattliche Reihe von Substitutionen zur Folge haben wird, was freilich an sich nicht geeignet ist, uns irgendwelche Klagen zu entlocken.

Submissionsblüten besonders duftender Art gab es neulich bei der Vergabe der Tiefbauarbeiten für den neuen Bahnhof der städtischen Staatsbahn in Wale. Zwischen den Städtischen und Niedergerbei besteht laut „N. B.“ ein Unterschied von sechs Millionen Mark. Es wurden geboten von der Firma W. Wulz in Berlin für Los I.: M. 12 801 314, Los II.: M. 845 184, von der Firma Wittenberg für Los I.: M. 6 947 458, für Los II.: M. 788 860. Der Unterschied beträgt M. 6 353 856.

Bei der Vergabe der Arbeiten zu einer Wasserbrücke bei Garmeln wurden Angebote abgegeben, die zwischen M. 371 634 und M. 651 865 schwanken. Auch sehr starker Tabak!

Zur Erlangung der Maurerarbeiten zur Bahnhofserweiterung in Berlin hatten bei der Inspektion St. Wendel Offerten abgegeben:

	Los I	Los II	Los III
Kaiser-Saarbrücken	61787,10	97481,80	19976,02
Gebr. Denfelberg-Stern	70555,10	118377,70	23467,89
J. Becker u. Co.-Görlitz	80276,70	118443,80	24531,23
W. Dören-Görlitz	73141,20	122092,90	34902,83
W. Kloss-Görlitz	85350,90	127769,70	31973,68
W. Witz-Dortmund	84342,01	148778,78	33641,55
W. Müller-Mannheim	95979,30	169480,50	29161,59
Fr. Steig-Stern	94359,75	—	31268,37
J. Ohlig-Stern	—	—	87303,56

Aus anderen Berufen.

*** Lohnkämpfe in Warschau im ersten Halbjahr 1907.** Nach den Materialien der Zentralkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Polens und Litauens ergibt sich folgendes Bild der Lohnkämpfe, die von 12 sozialdemokratischen Gewerkschaften Warschaws im ersten Halbjahr 1907 geführt wurden.

Die größte Zahl der Streiks und Konflikte weist das Schneidergewerbe auf (40 Streiks und 200 Konflikte). Und trotzdem die wirtschaftliche Konjunktur in diesem Gewerbe eine sehr günstige war, haben sich die allgemeinen Arbeits-

und Lohnbedingungen verschlechtert. Ein Teil der Wertpapiere ist aufgelöst und die Heimarbeit wieder eingeführt; an Stelle des Neunstundentages herrscht jetzt bei den Vermittlern 12 bis 18 stündige Arbeitszeit; der Stundenlohn ist wiederum eingeführt und der Lohn um 50 Kop. herabgesetzt. Im Baugewerbe dagegen kam es trotz der starken Krise häufig zu neuen Konflikten, die fast alle erfolgreich endeten. Die Lohnbedingungen wurden aufgebessert (bei den Maurern um 100 pSt. bei Aufrechterhaltung des früheren Achtstundentages). Im Bädergewerbe, wo es zu 60 Konflikten und 2 Ausperrungen kam, sind auch trotz der Krise gute Erfolge zu verzeichnen. Die Arbeitsbedingungen blieben dieselben (8 stündiger Arbeitstag, Wochenlohn 11 bis 14 Rubel, Laris). Bei den Fuhrleuten herrscht eine starke Krise. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sich bedeutend verschlechtert (der Arbeitstag ist im Durchschnitt um 3 Stunden gestiegen, der Tagelohn um 1,2 Rubel gesunken). Bei den Metallarbeitern (Streiks und 2 Konflikte) haben sich die Arbeitsbedingungen trotz der Krise nicht verändert. Bei den Kleibern und Köchen (8 Streiks und 150 Konflikte) wurden bloß 25 pSt. der Lohnkämpfe erfolgreich beendet. Die Arbeits- und Lohnbedingungen sind dieselben geblieben. Bei guter ökonomischer Lage in den betreffenden Gewerben sind die Arbeitsbedingungen dieselben geblieben: bei den Lackierern, Buchbindern und Pharmazeuten, wobei letztere 4 Streiks und viele Konflikte mit Erfolg durchführten. Bei gleichfalls guter ökonomischer Situation kam es zu häufigen Lohnkämpfen bei den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten (1 Streik, 80 Konflikte, 2 Obstruktionen). Die Arbeits- und Lohnbedingungen blieben unverändert. Im Schuhmachergewerbe führte die Krise zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Die Schuhmacher verloren einen Teil der Wertpapiere (Heimarbeit wieder eingeführt); die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter ist um 30 bis 60 pSt. gesunken, der Lohn — um 5 bis 10 pSt. gefallen. Bei den Textilarbeitern endlich sind 9 Streiks zu verzeichnen, von welchen 6 mit Erfolg beendet wurden. Die Lage der Industrie war günstig; in den Arbeitsbedingungen ist eine Besserung eingetreten.

Aus allen diesen Angaben läßt sich ein bestimmter Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Konjunktur und dem Ausgang der Lohnkämpfe schwer konstruieren. Bloß das eine kann konstatiert werden: Der Erfolg der Lohnkämpfe hing weniger von der ökonomischen Situation, als von der Stärke der Gewerkschaft ab.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Betrügerische Unternehmer**, die sich um die Beitragsleistung zu den Krankenaffen bekümmern, finden immer noch milde Richter. So mußte die Strafkammer in Düsseldorf kürzlich wieder gegen vier Unternehmer wegen Unterschlagung von Kassenbeiträgen verhandeln. Der erste, ein Bauunternehmer Ludwig Andree, hatte A 1908,79 an Beiträgen unterschlagen; er ersuchte sich damit, daß er durch einen Konturs A 80.000 verloren habe. Im Antrage dieses Umstandes beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von A 100; der Angeklagte ist ohne eigene Schuld in Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil dem Angeklagten nicht nachgewiesen sei, daß er die Mittel hatte, sich das Geld widerrechtlich aneignen. Die Versicherungsbeiträge würden erst nach Monaten einfließen; um nun den Nachweis der Unterschlagung zu führen, müsse dem Angeklagten nachgewiesen werden, daß er genützt habe, er wäre nach Monaten nicht in der Lage, solche hohe Summen zahlen zu können. Dieser Nachweis sei nicht erbracht.

Ein Maurermeister hatte A 743 an Beiträgen unterschlagen, die Strafe lautete auf A 30. A 20 muß ein dritter Unternehmer zahlen, der A 81,25 an Krankenaffenbeiträgen unterschlug. Der vierte kam mit A 10 davon, ihm waren A 65,77 an den Fingern kleben geblieben.

Wir haben im allgemeinen nichts gegen milde Strafen und halten gerade bei Eigentumsvergehen menschliches Mitleid für geboten. In diesem Falle können wir aber die hier angewandte Milde nicht für richtig halten. Wenn ein Unternehmer für eine Unterschlagung von A 700 eine „Strafe“ von A 30 zu zahlen hat, so ist das überhaupt keine Strafe, sondern höchstens eine kleine Steuer, die dem betrügerischen Verrückten durchaus nicht wehe tun kann. Solche Strafen reizen moralisch schwankende Unternehmer geradezu zum Betrug und fördern damit das Uebel, das sie bekämpfen sollen. Zur vollen Würdigung des Urteils müßte auch noch zu bedenken, daß sich der Betrug gegen arme Versicherte resp. deren Familien richtete. Arme Leute waren es, auf deren Kosten sich die Unternehmer einen unverschämten Vermögensvorteil verschaffen wollten und zum Teil auch verschafft haben. Ist das wirklich eine vom „sozialen Geiste“ getragene Rechtspflege?

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Gh. Seit Jahren wird von Ärzten und Unternehmern ein großes Geschrei über die unverschämte Gier der Arbeiter nach Renten erhoben. Wir werden am besten solchen Leuten Vorschub leisten, die darauf ausgehen, sich durch unwohne Behauptungen eine Rente zu erschleichen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten — das verlangen wir von jedem Menschen. Aber ebenso wichtig ist es, daß solche Arbeiter, die in der Tat nicht mehr arbeiten können, ihre Rente ohne Schwierigkeit erlangen, und daß man sie nicht unverschämterweise als Schwindler hinstellt.

Hierauf wird nach unserer Beobachtung nicht immer genügend Rücksicht genommen. Selbst das Reichsversicherungsamt hat schon wiederholt Entscheidungen getroffen, die wir als eine schwere Ungerechtigkeit gegen arme, unglückliche Arbeiter empfinden — Ungerechtigkeit, die selbstverständlich nicht auf eine böse Absicht der Richter, sondern einzig und allein auf eine ungenügende Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse zurückzuführen ist.

Von diesem Gesichtspunkte aus erscheinen uns auch die folgenden Ausführungen des Reichsversicherungsamts, die in dem letzten Heft der „Ämlichen Nachrichten“ veröffentlicht worden sind, sehr bedenklich. Es handelte sich um einen Fall, in dem der ärztliche Sachverständige höhere Merkmale für die behauptete Arbeitsunfähigkeit

eines Arbeiters nicht feststellen konnte, trotzdem dem Arbeiter für invalide erachtete mit Rücksicht auf das allgemeine Verhalten des Mannes. Der früher arbeitssame Mann, jetzt aber seit langer Zeit nicht mehr zur Arbeit bewogen werden konnte. Wegen dieser Begründung der Invalidität macht das Reichsversicherungsamt „schwere Bedenken“ geltend: Es liege auf der Hand, daß dieser Weg schließlich zu der Notwendigkeit führt, jedem die Invalidenrente zu bewilligen; der sich beharrlich der Arbeit entzieht und für erwerbsunfähig erklärt. Das Reichsversicherungsamt gibt zwar zu: ein gewisses Maß von Verdienstreue sei der Vermutung nicht abzusprechen, daß derjenige, der plötzlich die Lust zur Arbeit verliert und damit auf einen früher regelmäßig erzielten guten Verdienst verzichtet, an Erwerbsfähigkeit erheblich eingebüßt haben werde. „Immerhin“, heißt es dann in den Ausführungen des Reichsversicherungsamts weiter, „ist doch klar, daß diese Vermutung nur einen bedingten, je nach Lage der Verhältnisse sehr verschiedenen Wert hat.“ Denn auf der anderen Seite sei sicher — so ungeläufig auch in diesen Beziehungen die Frage nach Natur und Wirkungen der Neugierde und der Sympathie sei —, daß bei diesen Leiden häufig der Einfluß der Begehrtsvorstellungen und verwandter Willensmomente, sei es aus Unbequemlichkeit, eine große, nur freilich äußerst schwer festzustellende Rolle spielt. Um deswillen sieht es das Reichsversicherungsamt als die erste Aufgabe der Rechtspflege an, alle verfügbaren Mittel anzuwenden, um ungerechtfertigten Einflüssen der Begehrtsvorstellung auf die Rentenbewilligungen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Die gewissenhafte Erfüllung dieser Aufgabe liege im dringenden Interesse sowohl der Arbeiter als auch des Volkes. Denn werde diese Aufgabe vernachlässigt, so würde mit Notwendigkeit eine Erschlaffung der Arbeitsfreudigkeit und des sittlichen Verantwortungsbegriffs in den Kreisen der nicht mehr voll erwerbsfähigen Versicherten und damit gleichzeitig eine Schwächung der Volkskraft wie eine ungerechtfertigte Belastung der Versicherungsanstalten eintreten. Diese Belastung würde um so nachteiliger sein, weil die ohne Grund bewilligten Renten in der Regel am längsten bezogen werden. So das Reichsversicherungsamt.

Wir stimmen diesen Ausführungen in ihrem prinzipiellen Punkte zu: daß nämlich alle verfügbaren Mittel anzuwenden seien, um ungerechtfertigten Einflüssen der Begehrtsvorstellung auf die Rentenbewilligungen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Wir befreiten aber, daß die Verweigerung der Rente in einem derartigen Fall eine gute Wirkung auf den tranken Arbeiter ausüben kann. Wer durch den Hunger noch zur Arbeit aufgestachelt werden kann, der wird sich mit der Invalidenrente — die paßt hier in Frage — wohl nicht begnügen. Ist doch die Rente so gering, daß sie den glücklichen Reichrentner durchaus nicht vor Hunger schützt.

Uebrigens wird in den meisten derartigen Fällen nach Verweigerung der Invalidenrente die Armenpflege eingreifen müssen, da man doch nicht solche unglückliche Leute aus Furcht vor ihren „Begehrtsvorstellungen“ offenkundig verhungern lassen kann. Wo bleibt aber dann der Anreiz zur Arbeit, den das Reichsversicherungsamt mit der Verweigerung der Invalidenrente bewirkt?

Dagegen wird der tranken Arbeiter in seiner nervösen Ueberreizung nur noch mehr erbitzt und zur Arbeit erst recht unfähig. Das ist das Gegenteil von dem, was die Invalidenversicherung bewirken soll. Die tatsächliche Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter sollen daher bewahrt werden, Armenunterstützung in Anspruch nehmen zu müssen. Und die Arbeiter, die noch von ihrem Leiden befreit werden können, sollen in angemessener Weise einer Heilbehandlung unterzogen werden. Demgemäß geht es nicht an, daß das Reichsversicherungsamt sagt: wir verweigern dem Arbeiter die Rente, dann wird er schon wieder gesund werden. Zu einer solchen — Heilung bedarf es nicht der vielgerühmten sozialen Fürsorge. Nein, der Kranke muß, wenn Aussicht auf Heilung vorliegt, von Spezialärzten nach wohlüberlegtem Plane behandelt werden. Oft genug wird die Ueberweisung des Kranken an eine für die Heilung solcher Leiden besonders eingerichtete Krankenheilanstalt notwendig sein. Das ist die Hilfe, welche die Arbeiter mit Recht von der sozialen Fürsorge zu erwarten haben — auch wenn dabei die Versicherungsanstalten weniger „sparen“ können als bei der vom Reichsversicherungsamt beliebigen Hungerkur.

Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang die legendäre Wirkung der Arbeiterorganisationen in Bezug auf die Steigerung der Arbeitsfreudigkeit und des sittlichen Selbstverantwortungsgefühls bleiben. Je mehr die Arbeiterorganisationen existieren, einen je größeren Einfluß sie auf die Regelung der Arbeits- und Lebensverhältnisse ausüben, um so günstiger gestalten sie die Lage der Arbeiter, eine um so höhere wirtschaftliche und sittliche Stufe erreichen die Arbeiter, um so arbeitsfreudiger und ihrer sittlichen Verantwortung bewußter werden die Arbeiter.

Die Stellungnahme des Reichsversicherungsamts zu solchen Fällen hat nun aber zur Folge, daß die Schiedsgerichte und namentlich die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung und die Berufsvereinigungen der Unfallversicherung noch viel weiter gehen. Immer wieder hören wir von Entscheidungen, in denen den Versicherungen der arbeitsfähigen Arbeiter kein Glauben geschenkt und die Arbeitsfähigkeit in einer für die Arbeiter völlig unverständlichen Weise nachgewiesen wird. Nach dem Invalidenversicherungsgebot ist bekanntlich der Arbeiter erst dann arbeitsunfähig, wenn er nicht mehr im Stande ist, durch seine eigenen Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunden Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Einem Arbeiter war die rechte Hand völlig betripelt und gegen Kälte sehr empfindlich. Auch konnte er das rechte Schultergelenk nur unter Schmerzen bewegen. Der rechte Arm war erheblich abgemagert, die Muskulatur dürrig und weich, das Ellbogengelenk etwas in der Streckung behindert. Schon nach einer nicht sehr beträchtlichen Anstrengung klagte

die Pulszahl von 80 auf 120 und die Atmung wurde leicht angeengt und beschleunigt. Danach befand sich der Arbeiter in einer ungünstigen Lage, als wenn er die rechte Hand oder selbst den rechten Arm verloren hätte. Denn eine gegen Kälte sehr empfindliche Hand bedingt die Möglichkeit des Luftentzuges im Freien, und ein Arm, dessen Bewegung Schmerzen verursacht, ist nicht nur unbrauchbar, sondern wirkt auch störend. Dazu war auch noch das Herz des Arbeiters erregt. Trotzdem entschied das Schiedsgericht, der Arbeiter sei nicht arbeitsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgebotes, da er noch durch Voten, Pförtner- und dergleichen Dienste ein Drittel seines Verdienstes in gesunden Tagen verdienen könne. Jemand einen Nachweis, wie der Arbeiter dieses Kunststück fertig bringen soll, enthielt die Begründung dieses Urteils selbstverständlich nicht. Den Richter genügt die — Annahme einer solchen Möglichkeit.

Das ging aber dem Reichsversicherungsamt demnach zu weit. Es verlangte auf Grund einer genauen, die persönlichen Verhältnisse des Arbeiters und die sachlichen Verhältnisse des Arbeitsmarktes berücksichtigenden Feststellung des Nachweis, daß der Arbeitsmarkt die Gelegenheit zu solchen Tätigkeiten in einem Maße bietet, daß ihre Berücksichtigung rechtfertigt, also nicht ganz unerschöpflich ist, und ferner, daß der Arbeiter körperlich und geistig befähigt ist, diese Gelegenheit in nennenswertem Umfang auszunutzen. In dieser Beziehung, heißt es in der Begründung der reichsversicherungsamtlichen Entscheidung, die ebenfalls in dem letzten Heft der „Ämlichen Nachrichten“ veröffentlicht ist, weiter, ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Fabrikpförtnerstellen selbst in einer industriell sehr belebten Gegend begrenzt ist, und daß diese Stellen, soweit sie nicht nur gesunden Personen offen stehen, in der Regel den Invaliden des eigenen Betriebes vorbehalten werden, also kaum dem für den freien Wettbewerb offenen Arbeitsmarkt zugerechnet werden können. Außerdem erforderlich ist eine gewisse Gewandtheit, Umsicht, Ruhe, Sicherheit des Auftretens und ähnliche Eigenschaften, die nicht ohne weiteres bei jedem einfachen Arbeiter vorausgesetzt werden können. Den Pförtner der Wohnhäuser aber liegen Aufgaben wie das Reinigen von Treppen, Fluren, Räumen, Fenstern ab, von denen nicht sicher ist, daß der Arbeiter sie ohne fremde Hilfe würde leisten können. Die Votendienste endlich nötigen häufig zum Verweilen auf der Straße, ohne Rücksicht auf die Witterung, in der Regel auch zum Tragen von größeren oder kleineren Kisten. Soweit es sich aber um Gelegenheitsdienste handelt, ist bei dem jetzigen entwidelten Post- und Telefonverkehr die Gelegenheit so selten und ihre Auffindung so vom Zufall abhängig, daß es kaum möglich ist, sie als Quelle eines Verdienstes zu betrachten, der auch nur einigermaßen regelmäßig und erheblich ist.

Polizei und Gerichte.

* **Ämlicher Rechtspflege** gegen Arbeiter wird wieder einmal durch einige Gerichtsurteile ganz augenfällig gezeigt. Im März 1907 entließ der Bauherr Thomas in Baugewerk während der Frühstückspause Knall und Pöhl einen Maurer. Dessen Kollegen glaubten, diese Art Entlassung und die näheren Gründe nicht anerkennen zu können, erklärten sich mit dem Entlassenen solidarisch und stellten die Arbeit sofort ein. Sie sollte nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die Entlassung zurückgenommen sei. Die Bauarbeiter schlossen sich den Maurern an und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Natürlich befanden sich auch einige Leute unter der Herde, die weder von Organisation noch von Arbeiterrecht etwas wußten und den Streikenden in den Rücken fallen wollten. Zu einem dieser „Kollegen“, Herrn Hofas, sagte der Arbeiter Rochus Piep: „Du bist mir ein schöner Kollege; Du willst also weiter arbeiten? Du bist ein Streikbrecher, wenn Du nicht in den Verband gehst!“ O. schloß sich in seinen heiligen Gefühlen gekränkt und strengte eine Klage gegen Piep an. Das Schöffengericht wogte verurteilte ihn darauf wegen Drohung und wegen Vergehens gegen die A 152 und 153 der Gewerbeordnung. Eine Verurteilung vor dem Landgericht war erfolglos; der Angeklagte habe den Hofas durch ehrenverletzende Äußerungen zur Niederlegung der Arbeit bestimmen wollen. Es sei dem Manne eine niedrige Gesinnung hervorgerufen worden; das Wort Streikbrecher sei, wie das Oberlandesgericht schon wiederholt entschieden habe, als Beleidigung aufzufassen. Nunmehr wandte sich der Angeklagte mit einer Revision an das Oberlandesgericht und rügte eine Verletzung des A 152 der Gewerbeordnung; eine Verabredung im Sinne dieses Paragraphen habe nicht stattgefunden. Der Angeklagte habe, da günstigere Arbeitsbedingungen erzielt werden sollten, im Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Das Wort „Streikbrecher“ könne als bedingte Äußerung keine Beleidigung sein.

Die Revision wurde dem Strafenat kostenpflichtig verworfen. Die Feststellungen der Vorinstanz genügten zur Stützung des Urteils. Eine Drohungsbildung sei vorhanden gewesen und die beleidigende Eigenschaft des Wortes Streikbrecher habe der Strafenat bereits des öfteren anerkannt.

Das stimmt: Aber selbst bürgerliche Sozialreformen haben befunden, daß Streikbruch als eine ehrlose Handlung, Entehrung, niedriger Gesinnung, zu betrachten ist. Des Standpunkt des Oberlandesgerichts führt nur dazu, daß man einer Sache nicht straslos den richtigen Namen geben darf. „Arbeitsunwilliger“ klingt ja schöner.

Damit vergleiche man nun folgenden Vorgang, der uns aus Bayern gemeldet wird.

In Schwemfurt hatte ein Mitglied unseres Verbandes den unorganisierten Maurer Otto Effenmann zum Eintritt in den Verband eingeladen. Effenmann antwortete jedoch durch Schimpereien und sagte u. a.: er ist ... krenzweilig auf den Verband; beim letzten Streik sei er abgereist, aber als der Streik vorbei war, habe man nicht einmal 8 S. gehabt, um ihn zu benachrichtigen, weil alles Geld verloschen worden sei. Wegen der letzteren Äußerung stellte die damalige Streikkommission Klage wegen Beleidigung. Das Schöffengericht sprach jedoch E. frei, weil man es einem Arbeiter in Anbetracht seines niedrigen Bildungsgrades nicht verübeln könne, wenn er Dinge behaupte, deren event.

Tragweite er nicht erkennen könne". Auch das Landgericht als Berufungsinstanz fällt einen Freispruch mit der Begründung, die angeführte Äußerung sei zwar eine Beleidigung der Streikkommission, doch habe der Beklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und durch seine Worte nur betonen wollen, daß er vom Verband nichts wissen wolle. — Bei demselben Streik haben die selben Gerichte, wenn es sich um ganz geringfügige Beleidigungen Arbeitswilliger durch Streikende handelte, empfindliche Strafen verhängt; sie nehmen offenbar an, daß nur organisierte Arbeiter einen Bildungsgrad haben, der sie befähigt, die Tragweite ihrer Äußerungen zu ermessen, so bemerkt unser Berichterstatter dazu. Einiges Kommentars bedarf im übrigen die Gegenüberstellung der beiden Urteile nicht. Ihr Charakter ist offensichtlich aus dem beschränkten Menschen! Wundern muß man sich nur, daß es trotz alledem noch Leute gibt, die ernsthaft bestreiten, daß es eine Klassenjustiz gebe.

Streikführer. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am 16. September eine Sache verhandelt, die einen Tatbestand zu Tage förderte, der wieder ein sprechender Beweis dafür ist, wie sehr der heute so eifrig betriebene „Eckzug der Arbeitswilligen“ das Streikbrechergesindel zu einer Gefahr für die persönliche Sicherheit der Streikenden werden läßt. Der Bauarbeiter Kiehl sollte den „Arbeitswilligen“ Kapte „Streikbrecher“ genannt haben. Der Angeklagte gab zu, mit einigen Streikbrechern ein paar harmlose Worte gewechselt zu haben, worauf er von einem derer tödlich mißhandelt worden wäre, dagegen hätte er mit dem Zeugen Kapte gar nichts zu tun gehabt. Kapte gab als Zeuge an, er hätte gesehen, daß der Angeklagte zu einigen Arbeitswilligen, die zehn Schritte vor ihm gingen, gesprochen hätte. Was Angeklagter gesagt hätte, wußte er nicht; nur hätte er gesehen, daß Angeklagter von einem der Angeklagten eine Karte bekommen hätte, die so heftig war, daß Angeklagter an die Gasse des flog. Darauf hätte er zum Angeklagten gesagt: „Menschenkind, lauf doch nicht die Gasse um!“ worauf der Angeklagte ihm erwiderte hätte: „Was willst Du, Streikbrecher?“ Der Zeuge bestätigte ausdrücklich, daß der Angeklagte ihn nicht angesprochen hätte. Ein zweiter Arbeitswilliger, Zeuge Hindemann, versuchte zunächst, eine Rede über den „sozialdemokratischen Zentralverband“ zu halten und zu erklären, weshalb er nicht mitgestreikt hätte. Der Vorleser ließ von der Sache selbst mitgeteilt. Der Angeklagte wurde ihm erst ermahnen, zu erzählen, was er eigentlich von der Sache selbst wußte. Der Zeuge konnte im wesentlichen nur bestätigen, was Kapte gesagt hatte. Auf die Frage des Verteidigers Rechtsanwält Wolfgang Heine mußte er zugeben, daß der Angeklagte ihm in keiner Weise zu nahe getreten war. Der Verteidiger hatte jedoch einen Zeugen Müller lassen, der auf Verlangen des Angeklagten, einen den Beobachter gezogen und den Angeklagten mit den Worten: „Lump, ich schlage Dich nieder!“ bedroht hätte.

Der Angeklagte war der einzige, der fixiert worden war. (1) Weder dem, der ihn mit dem Kopf an die Mauer gemessen hatte, noch dem Revolvergänger war verglichen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung 15 Geldstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine hob hervor, daß Kapte und Hindemann sich zu benennen hätten, als wollten sie einen schlichten Zusammenstoß geradezu hervorheben. Wenn der Angeklagte durch die vorherige Mißhandlung, dann durch die Revolveration Kaptes, endlich noch durch die Drohung mit dem Revolver von Hindemann gezeigt, sich willkürlich zu einer Gewalttat hätte hinreichend lassen, dann hätte Hindemann den Vorwand gehabt, zu schreien, es hätte vielleicht Blut geflossen, und man hätte dann womöglich den Angeklagten noch begünstigt, der schuldige Teil zu sein. Der Verteidiger beantragte, das vom Angeklagten gebrauchte Wort „Streikbrecher“ mit der ihm von Kapte vorher zugefügten Beleidigung zu kompensieren und den Angeklagten für straflos zu erklären. Das Gericht folgte zwar diesem Antrag nicht, erkannte jedoch mit Rücksicht auf die Milde des Falles auf eine Geldstrafe von nur 15.

Man fragt sich, wo hier das „öffentliche Interesse“ liegen hat, das bei einer Anklage von Amts wegen vorliegen soll. Hätte der Angeklagte den Streikbrecher nicht „beleidigt“, sondern alles ruhig eingeht und Strafantrag gestellt, wir glauben nicht, daß der Staatsanwalt dann Anklage erhoben hätte. Eine Verletzung der Streikbrecher liegt allerdings auch nicht im Interesse der Unternehmern, und deren Interesse wird heute leider noch allzuoft dem Staats- oder öffentlichen Interesse gleichgesetzt.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 51 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Der Kongreß der Sozialistischen Partei in Rom. Von Ch. Rappoport (Paris). — Die irische Frage. Von B. Brinkmann (London). — Die südafrikanische Weinfleite und die Regierung. Von Paul Groß-Montpellier. (Schluß). — Löhne und Warenpreise. Von B. Brinkmann. — Notizen: Zentralisierung der Arbeiterbibliotheken. Von Bernhard Schuler, Berlin.

Die „Neue Gesellschaft“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Elin Braun, Verlag Berlin NW 6, Charlottenstr. 2, Verbandsbureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Preis für das Einzelheft 10 Pf., Probehefte kostenlos). Heft 18 des 6. Bandes. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Essen. Wolfgang Heine: Das Reichsvereinsgesetz. — Mary Macarthur: Der englische Gewerkschaftskongreß. — Bruno Buchwald: Die Gewerkschaftsbaut.

Von Genf bis Stuttgart. Eine Gedenk- und Festschrift an den Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart 1907. 20 Seiten mit 41 Illustrationen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 20 Pf. Aus der reichen Fülle der letzten Beiträge nennen wir: „Der Elgesang der Internationalen“ von Franz Mehring. „Die Kongreßstadt und ihr Parteilieben“ von J. E. Einbrüche des internationalen Frauenkongresses“ von Dora B. Warckhore. „Eibieren und Stuttgart“ von Leo Deutsch. „Der Internationalismus der Gewerkschaften“ von Staret, Wien. Ferner enthält die Schrift Beiträge von Karl, Wandersche, Ferri, Kiseff und anderen.

Die Illustrationen stellen neben den Porträts und Abbildungen hervorragender Führer der sozialistischen Internationalen Gruppenbilder einzelner Delegationen und des Massenmeetings auf dem Stuttgarter Plätzen, ein Bild der Eröffnungssitzung um. Wir empfehlen die Schrift als ein Gedenkblatt an die Tagung des ersten internationalen Sozialistenkongresses, der auf deutschem Boden stattgefunden hat. Zu beziehen ist die Schrift durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

Briefkasten.

Oberramstadt, A. Sch. Die Meise muß für das Vierteljahr voll bezahlt werden, da die Kündigung im letzten des Quartals nur die Wirkung auf das nächstfolgende Vierteljahr haben konnte. In Ermangelung eines schriftlichen Mietvertrages treten die gesetzlichen Bestimmungen in Kraft, und nach diesen ist der spätere Kündigungstermin fest der dritte Werktag im neuen Quartal.

Alten, F. B. Den vorigen Bericht haben wir nicht abgedruckt, weil er zu spät eingegangen war.

Treibisch, W. V. Zum Abdruck eignet sich Deine Klage nicht. Die Sache läßt sich aber auf andere machen. Es werden doch sicher im Zweigverein fünf oder sechs Kollegen sein, die von der Notwendigkeit des Erwerbsbetrages wohl überzeugt sind und auch anderen Kollegen die Gründe klarlegen können. Mögen sich diese dahin einig werden, daß sie die widerstrebenden Kollegen in ihren Wohnungen aufsuchen und sie durch persönliche Vorstellungen davon überzeugen, daß diese Opfer gebracht werden müssen. Wenn diese Arbeit auch ziemlich unangenehm und mühsam ist, so verpricht sie aber doch immer noch den besten Erfolg.

Alten, ein Mitglied. In zehn Jahren. Jede Forderung des Richters in der anhängigen Sache unterbricht die Verjährung.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste kostet 15 Pf.)

Bielefeld. Am 15. September starb unser Kollege **Bruno Mosig** im Alter von 19 Jahren an Keuchhusten.

Borghorst i. W. Am 19. September starb unser treuer Kollege **Wilh. van Führen** nach langem, schwerem Krankenlager an der Schwindsucht.

Chemnitz. Am 21. September verstarb unser Verbandskollege **Franz Kochmann** im Alter von 30 Jahren infolge eines Unfalles auf dem Bau.

Cresfeld. Am 19. September starb unser treuer Verbandskollege **Nissen** im Alter von 60 Jahren an Speiseröhrenkrebs.

Danzig. Am 9. September starb unser Kollege **Otto Nadolny** im Alter von 27 Jahren an Lungenschwindsucht.

Dresden. Am 17. September starb unser Verbandsmitglied, der Kollege **Max Arnold** aus Aßbühl bei Dresden im Alter von 28 Jahren infolge eines Unfalles beim Schleusenbau; er wurde von einbrechenden Erdmassen erdrückt. — Am 18. September starb unser Verbandsmitglied, der Kollege **Moritz Lösch** aus Aßbühl bei Dresden im Alter von 53 Jahren an Herzschlag.

Gera. Am 20. September starb unser Kollege **Emil Geier** freiwillig aus dem Leben.

Gannover. Am 18. September verstarb unser Kollege **Simon Germershausen** im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden. — Am 18. September verstarb unser Kollege **Karl Schulz** an Magenkrebs.

Lübeck. Am 16. September starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Johann Geertz** im Alter von 59 Jahren an Lungenleiden.

Reichenbach. Am 17. September starb unser Kollege **Georg Dölle** im Alter von 18 Jahren infolge eines Sturzes am Neubau der Molkerei in Gschwege, wobei er sich eine Verletzung der Wirbelsäule zuzog.

Reinick. Am 12. September starb unser Kollege **H. Howe** im Alter von 64 Jahren an Leberkrebs.

Schleiz. Am 17. September starb unser Kollege **Richard Paffe** im Alter von 24 Jahren an Lungenleiden.

Stuttgart. Am 17. September starb unser Verbandskollege **Georg Sigmund** im Alter von 43 Jahren. — Am 17. September starb unser Verbandskollege **Albert Drees**, Gipsler, aus Wolfslungen im Alter von 24 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Hagen i. W.

Wir sagen hiermit allen Kollegen, die sich um den Sozialistenposten bemühen haben, besten Dank und geben bekannt, daß der Kollege **Carl Dege**, Halle a. S., gewählt ist. [M. 1,80] Der Vorstand.

Altdamm.

Die Wohnung des Vorstehenden **H. Matthe** befindet sich vom 1. Oktober an Etagardstr. 75, 2. Et. [M. 1,20]

Barth.

Unter erster Vorstehenden, Kollege **Johann Wehne**, wohnt Gartenstraße 329. [M. 1,20] Der Vorstand.

Gera.

Vom 1. Oktober an ist die Adresse des ersten Vorstehenden **Wilhelm Kruse**, Gera-Ruß, Bauereisenstr. 5a, p. [90 Pf.]

Leer.

Der erste Kassierer **H. Nebur** wohnt Westertende 5.

Ilmenau.

Die Wohnung des Kassierers **Albin Bauersfeld** ist jetzt Wenzelsberg 1, 1. Et. [M. 1,20]

Nortorf.

Wegen Fortzuges unseres bisherigen ersten Vorstehenden sind Zuschriften an den zweiten Vorstehenden, **Ch. Rubink**, Neustadtstr. 4, zu richten. [M. 1,50] Der Vorstand.

Oranienburg.

Den zugereisten und zurückkehrenden Kollegen diene zur Nachricht, daß sich die **Gewerkschaftsbergrube** bei Heiser befindet. [M. 1,50]

Sonneberg i. Th.

Die Wohnung unseres jetzigen Kassierers **Aug. Pommer** befindet sich in Oberlind, Unterlinderstraße 209. [M. 1,20] Der Vorstand.

Der Maurer **Alfred Körck** aus Leipzig-Rindemann wird geben, seine Adresse an den Unterlinder gelangen zu lassen. Kollegen, die den Aufenthalt des Genannten kennen, werden um Mitteilungen gebeten.

Gustav Hennig.

Eveling bei Werder i. Westf., Hauptstr. 218.

Der Kollege **Fritz Seifert** wird hierdurch gebeten, zwecks Regulierung von Erblasserangelegenheiten, seinem Cousin **Karl Faust**, Essen a. d. Ruhr, Severinstr. 65, seine Adresse zukommen zu lassen. [M. 1,20]

Gesucht wird der Maurer **Ernst Bertram**, geboren am 18. April 1889 zu Eschdorf bei Okerode a. Harz, wegen Familienangelegenheiten. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, werden gebeten, die Adresse dem Vorstand des Zweigvereins Okerode a. Harz, **Herrn Kesse**, in Eschdorf bei Okerode a. Harz, mitzuteilen. [M. 1,80]

Oskar Reinhold, wo steht Du? Warum läßt Du Deine Eltern im Ungewissen? Laß ihnen umgehend Antwort geben. Kollegen, die den Aufenthalt Reinholds kennen, bitten wir, uns Mitteilung zu geben. Er ist geboren am 18. Mai 1885 in Wallendorf. **Otto Seynarth**, Kassierer, Eschfeld. [M. 1,80]

Allstedt.

Sonntag, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr:

Herbstbergnügen

im Fokale des Herrn **Rechenbach**.

Die Kollegen des Allstedt und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

— Entree 30 Pf. —

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Manuer.

Sonntag, den 28. September.

Kahla. Abends 8 Uhr. Bücher sind mitzubringen betreffs Kontrolle der Eigenbedürfnisse.

Sonntag, den 29. September.

Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Zentralhalle“.

Nebra. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Burg“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Pasewalk. Nachm. 4 Uhr bei Wolf, Am Markt 18. Mitgliedsbücher mitbringen. 3 Uhr bei Schmitt's Restaurant. L. D.: Stellungnahme zum Protest Hamburg.

Schkeuditz. Nachm. 3 Uhr im Fokale des Herrn Gernum.

Völktershausen. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Zur Krone“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Referent erscheint.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz.

Montag, den 30. September.

Cöln. (Bücher und Kugeln). Abends 8 Uhr bei Herrn Bongers, Rammstraße 18. L. D.: Die Vertagung der Arbeitstagung. Referent: E. W. u. b. Die Veranstaltung am Sonntag fällt aus.

Dienstag, den 1. Oktober.

Bitterfeld. Abends 7 Uhr im „Hofgarten“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Torgau. Mitgliedsberversammlung.

Mittwoch, den 2. Oktober.

Wittenberg. Abends 8 Uhr bei Otto.

Donnerstag, den 3. Oktober.

Bad Oeynhausen. Monatsversammlung. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Danzig. Abends 7 Uhr bei Gruppen in Schloß. L. D.: 1. Die Entwidlung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre Reorganisation. Referent: Genosse G. u. b. 2. Die Vertagung auf den Wuststein und die Inzestualität einzelner Kollegen. 3. Verschiedenes.

Glogau. Abends 8 Uhr im Restaurant. L. D.: Abrechnung vom Stiftungsfest.

Spandau. Abends 8 Uhr bei Runkel, Schmalenstraße 88.

Sonntag, den 5. Oktober.

Lucka. Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Sonntag, den 6. Oktober.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Vereinslokal. Bücher sind mitzubringen.

Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Elsterwerda. Nachm. 4 Uhr. Referent anwesend.

Langenweitzendorf. Nachm. 6 Uhr bei Sporn. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher mitbringen.

Drad: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Almer & Co. in Hamburg.